

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement-Preis pränumerando: Vierteljährlich 3,30 M., monatlich 1,10 M., wöchentlich 28 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonelle oder deren Raum 60 Pfg. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (festgedruckte) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Geschäftsanzeigen das erste Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 10. Februar 1910.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Parteigenossen! Arbeiter!

Der Wahlrechtsentwurf, den die preussische Regierung dem Landtage zugehen ließ, ist ein perfider Streich gegen das preussische Volk, wie nur wenige gegen zivilisierte Völker geführt worden sind.

Solche Streiche haben reaktionäre Regierungen nur dann gewagt, wenn ein nach Freiheit und höherer Kultur strebendes Volk mit brutaler Gewalt niedergeworfen war. So war es in Preußen vor 60 Jahren, als man dem Volke das allgemeine gleiche Wahlrecht raubte, und die politischen Rechte bei den Wahlen den Besitzenden gab.

Selbst Bismarck, wahrlich kein Vertreter revolutionärer Gesinnungen, nannte vor 40 Jahren diese Skizze eines Wahlrechts das elendeste aller Wahlsysteme.

Als in den letzten Jahrzehnten die Junker immer unerschämter die Gesetzgebung zur persönlichen Bereicherung benutzten, forderte das preussische Volk mit immer größerem Nachdruck das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung für die Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhaus.

Der gegenwärtige Landtag wurde 1908 mit einer Thronrede eröffnet, in der die organische Fortentwicklung des Wahlrechts versprochen wurde.

Was bietet nun die Vorlage der Regierung? Die Vermessung des Wahlrechts nach dem Geldbeutel, das Dreiklassenwahlrecht, soll als Grundlage des Wahlrechts bestehen bleiben. Das ist ein Hohn auf den in der Verfassung anerkannten Grundsatz, wonach alle Preußen vor dem Gesetze gleich sind.

Die öffentliche Wahl, welche Wähler in abhängiger Stellung zwingt, entweder auf die Ausübung des elementarsten staatsbürgerlichen Rechtes zu verzichten, oder gar gegen ihre Anschauung dem Kandidaten ihre Stimme zu geben, der gegen ihre Interessen wirkt, soll beibehalten werden.

Die skandalöse Wahlkreiseinteilung, welche die Einwohner der Großstädte und Industriebezirke zugunsten der Einwohner entlegener Landbezirke entrechtet, soll nicht geändert werden. Die Bevorzugung des platten Landes ist ein Vorrecht der Junker, die ihre Macht dazu mißbrauchen, die Landarbeiter zu unterdrücken und den Kleinbauern wie den Städtern die öffentlichen Lasten aufzubürden.

Die drei Grundübel des elendesten aller Wahlsysteme

- Dreiklassenwahl,
- öffentliche Stimmabgabe und
- Entrechtung der Städte und der Industriebezirke

sollen also nach dem Willen der Regierung bereinigt werden. Durch raffiniert ausgeklügelte Bestimmungen will die Vorlage lediglich verhindern, daß Minister und Militäramwärter mit den Vertretern der ehrlichen Arbeit in der dritten Klasse wählen.

Die Herrschaft der Junker soll in vollem Maße aufrechterhalten werden! Das ist nicht nur eine unerträgliche Last für die Einwohner des größten Bundesstaates, sondern auch eine Schmach und Schande für ganz Deutschland.

Arbeiter! Handwerker! Bauern! Es gilt jetzt, öffentlich zu bekunden, daß das Volk sich eine derartige Verhöhnung nicht bieten läßt.

Überall in Stadt und Land müssen die Massen aufgerüttelt werden. Ein Ruf muß alle Ausgebeuteten und Unterdrückten, ob Männer oder Frauen, befehlen, der Ruf:

Her mit dem allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrecht!

Es gilt, das Reich von den Junkern zu befreien!

Der Kampf muß mit Zähigkeit und Energie geführt werden. Seit ihrer Gründung fordert die Sozialdemokratische Partei das allgemeine, gleiche, direkte und geheime Wahlrecht. In unseren Organisationen müssen sich alle Anhänger eines freien Wahlrechts zusammenfinden. Die Organisationen müssen zu einer gewaltigen Wahlrechtsliga anschwellen, der keine Macht widerstehen kann. Das muß die erste Antwort auf die von der preussischen Regierung dem Volke ins Gesicht geschleuderte Verhöhnung sein.

Parteigenossen! Agitiert von Haus zu Haus, geht auf das platte Land und sucht die Entrechteten für unsere große Sache zu gewinnen.

Am nächsten Sonntag finden im ganzen Lande Versammlungen statt. Sorgt dafür, daß sich diese Versammlungen zu wichtigen Demonstrationen gestalten, wie sie Preußen noch nicht gesehen hat!

Die Parole heißt:

Nieder mit den Junkern! Hoch das freie Wahlrecht!

Berlin, den 10. Februar 1910.

Der geschäftsführende Ausschub der preussischen Landeskommision.

Der Parteivorstand der Sozialdemokratie Deutschlands.

Die sozialdemokratische Landtagsfraktion.

Ablicht und Werkzeug!

Das Gesetz der vier Infamien haben unsere belgischen Genossen ihr Pluralwahlrecht getauft. Wie soll man aber diese Spottgeburt aus Dreck und ohne Feuer nennen, wo eine Infamie die andere jagt, wo in der Flut der Willkür und des Privilegs das Recht des Volkes rettungslos verfinstert! Das ist kein Gesetz mehr, das ist schändlicher Rechtsbruch, das ist die Organisation des Terrors in Permanenz erklärt, das offene Bekenntnis, daß die herrschende Junkerkaste entschlossen ist, die politische Sklaverei der Volksmassen zu befestigen und zu verewigen!

Steuerreform nannten die Junker den Steuerraubzug der halben Milliarde, die Ausplünderung der Volksmassen durch die indirekten Steuern und die Stabilisierung der Steuerfreiheit der Reichen.

Wahlrechtsreform nennen die Junker die Verechtigung der Dreiklassenmacht, die Verschärfung der Entrechtung, die Befestigung ihrer Privilegien! Wenn dieses Schandgesetz überhaupt einen leitenden, einheitlichen Gedanken enthält, so ist es der Gedanke des Mandatsraubes. Das Gesetz raubt der Arbeiterklasse Preußens nicht nur die Aussicht auf jede ihrer politischen Reife und der überragenden Bedeutung ihrer gesellschaftlichen Stellung entsprechende Vertretung; es droht ihr noch die wenigen Vorführer zu nehmen, die unerschrocken und opfervolle Arbeit über die Mauern des Privilegs hinweg in die Festung der Feinde geschickt hat! Die Junker wollen keine sozialdemokratischen Abgeordneten in ihrer Zwangsburg. Sie fürchten die Kontrolle, sie wissen, daß ihr Treiben nicht die Kritik verträgt und ihr geschäftsführender Ausschub, die subalternen Bureaufürer, die von ihren Gnaden preussische

Regierung heißen, haben ihr Gebot prompt erfüllt. Würde dieses elende Gesetz je Wirklichkeit, so wäre der Kampf um die Vertretung der Arbeiterklasse noch viel schwieriger als selbst heute. Eine Steigerung der Entrechtung des Volkes, das ist die Reform des Herrn v. Bethmann!

Frägt man, wie selbst eine preussische Regierung, also die Organisation der Staatsgewalt gegen die Interessen der Volksmassen, einen solchen Wahnwitz wagen durfte, so läßt es sich nur aus der Stimmung der Verzweiflung erklären, noch zu retten, so lange noch etwas gerettet werden kann. Die herrschende Klasse weiß sehr gut, daß die Erbitterung im deutschen Volke nie größer war als heute, wo die Moubtierinstinkte der Junker in der Erledigung der Steuerreform sich so schamlos offenbarten. Die Regierung des Herrn von Bethmann, die vor den Geboten der Steuerfurchen so schmählich kapituliert, weiß, daß ihre Autorität selbst bei den Geduldigen dahin ist. Die Preußen beherrschende und ausbeutende Clique sieht immer deutlicher, daß die Zahl ihrer freiwilligen Anhänger dahingeschmolzen und die letzten Wahlen zeigen ihr, daß die Zahl ihrer unversöhnlichen Feinde immer rascher steigt. Aber die preussischen Junker mühten nicht sie selbst sein, wenn sie sich je auf etwas anderes verlassen als auf die brutale Gewalt. Und brutale Gewalt und Vergewaltigung atmet jede Zeile des Schandgesetzes.

Schon bisher war der preussische Wahlterrorismus etwas, was nirgends übertroffen werden konnte. Das öffentliche Wahlrecht ist allerdings die wichtigste und bequemste Waffe des Junkerterrorismus. Aber sie ist nicht die einzige. Man weiß, daß die Junker aus eigener Machtvollkommenheit auch das Geheimnis des Reichstagswahlrechts außer Kraft gesetzt haben. Sie sind eben in der Lage, die ganze staatliche Verwaltung,

die sie und nur sie vollständig in der Hand haben, bei allen Wahlen in den Dienst der Wahlvergewaltigung zu stellen, wie es vielleicht nur noch in Spanien und früher in Ungarn der Fall war. Aber selbst das genügt ihnen heute nicht mehr. Die Regierungsvorlage geht weiter. Die Vergewaltigung soll dieselbe bleiben, das geheime Wahlrecht, die selbstverständliche Forderung der politischen Moral, wird verweigert. Die einzige Sorge dieser Regierung ist, neues Material für Vergewaltigung zu schaffen. Deshalb müssen alle von der Regierung abhängigen Existenzen, die Beamten, Militäranwärter, Offiziere, in die erste und zweite Klasse, um dort zu willkürlichen Stimmvieh für die Junker zu werden. Die Masse der Wähler ist zwar entrechtet; aber dies genügt noch nicht für alle Fälle; selbst unter den Privilegierten der ersten und zweiten Klasse könnte einmal eine oppositionelle Bewegung entstehen, wenn die Follheiten der Junkerfippe sich häufen; deshalb muß der Bureaufürer-Despotismus auf alle Fälle gesichert werden. Und so werden, wie einst Ruß-Preußen, so jetzt Ruß-Wähler geschaffen. In der Tat bedeutet die „Privilegierung“ der von der Regierung abhängigen Existenzen nichts anderes als ihre Verurteilung zu lebenslänglicher Zwangswahlarbeit für die Junkerkaste. Die Regierung fürchtet mit Recht, keine freiwillige Unterstützung für ihre Politik zu finden, weil sie weiß, daß die Politik schlecht und volksfeindlich ist. Sie hilft sich und schafft — etwas einzig dastehendes — Zwangswähler, denen ihr Terrorismus kein Entkommen läßt. Der Zuchthausstaat Preußen ist nun erst völlig fertig! Es ist dieser Geist des Gefängnisdirektors, der in dieser Wahlrechtsreform lebendig ist, eines Gefängnisdirektors, den seine Beschäftigung korrumpiert und mit einer eifrig Freude am Quälen seiner wehrlosen Opfer erfüllt hat. Denn wozu

In aller Welt, Herr v. Bethmann Hollweg, zu dem Nichtswürdigkeiten des Gesetzes noch den frechen Hohn dieser Begründung? Sie appellieren an die Gewalt, nun gut, wir wissen, woran wir mit Ihnen sind. Aber wozu noch das grinsende Behagen, womit Sie die Vergewaltigung als höchstes Rechtswort preisgeben? Warum lassen Sie die Begründung sagen:

Vor der Gemeinlichkeit der tatsächlichen Wirkungen des Wahlsystems hält die Annahme nicht Stand, daß das Wahlsystem die Sozialdemokratie als die vermeintliche Vertreterin der breiten Bevölkerungsmassen vom Eintritt in das Abgeordnetenhaus ausschließt. Wenn nicht unüberwindlich bleibt, daß die Sozialdemokratie überhaupt nur in einer kleinen Zahl von Wahlbezirken Stimmenmengen aufgebracht hat, die für die Wahlentscheidung ernstlich ins Gewicht fallen konnten und nicht nur Zählstimmen waren, und daß sie regelmäßig ohne Wahlbündnisse den Wahlsieg zu bestehen hat, so erscheinen ihre Erfolge bei den Wahlen nicht ungünstiger als die der bürgerlichen Parteien, wo diese allein auf die eigene Stärke angewiesen sind. Ueberhaupt lehrt die Geschichte der Zusammenfassung des Hauses der Abgeordneten, daß unter dem bestehenden Wahlsystem jede starke Strömung, die weite Volksschichten tief bewegt, im Laufe der Zeit zur Geltung und zur Vertretung gelangt ist und in der Stellungnahme und in der Stärke der Parteien auch ihren Ausdruck gefunden hat.

Wozu solch aufreizende Lügen? Bei der letzten Landtagswahl haben die Konservativen 354 786 Stimmen und 152 Mandate erhalten, die Sozialdemokratie 598 522 Stimmen und sechs Mandate. Wozu also zur Brutalität noch die Unerschämtheit? Oder rührt die Brutalität des Entwurfes von Herrn v. Heydebrand und die Unerschämtheit der Begründung von den Lakaien in den Ministerien her?

Wir wissen es nicht, aber das wissen wir allerdings. Mit dieser Verbindung von Gewalt und Hohn ist die Sache der Wahlreform gewaltig gefördert worden. Heute können wir es ja ruhig bekennen: Bis in die letzten Tage hinein hatten manche von uns die Befürchtung, daß der Wahlrechtskampf nicht jene entschlossene, kampfmüthige, alles an alles setzende Stimmung, jene zähe Beharrlichkeit finden werde, die dieser wichtigste Kampf um Erringung eines Stückes politischer Macht und politischer Einfluß in Preußen und Deutschland erfordert. Selbst der pessimistischste Beurteiler in unseren Reihen hat seit dem letzten Samstag all diesen Zweifeln den Abschied geben müssen. Ein Sturm der Entrüstung geht durch Preußen und Deutschland. Weit über die Kreise der Arbeiterklasse hinaus ist die Erbitterung und der Jörn über diese freche Verhöhnung des Volkswillens gedungen. Die Vorlage der Regierung hat in wenigen Tagen eine politische Leidenschaft, eine Radikalisierung der Massen erzeugt, wie sie der Steuerkampf lange noch nicht gebracht hatte, wie sie unsere Agitation allein erst in langer Zeit hätte hervorrufen können. Diese Wahlrechtsvorlage wird unserer Organisation Tausende neuer Kämpfer, unserer Presse Tausende neuer Leser zuführen, die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler um Hunderttausende vermehren.

Aber damit allein wären wir freilich diesmal nicht zufrieden. Die Wahlrechtsvorlage der Regierung hat auch in den bürgerlichen Parteien erbitternd und aufreizend gewirkt. Die Wahlausichten des Freisinn sind verächtlich; die Nationalliberalen bleiben zur Einflußlosigkeit verurteilt, das Zentrum darf ein so elendes Nachwerk seinen Arbeiterwählern nicht anbieten. Noch wichtiger ist, daß in der großen Masse ihrer Anhänger die Regierungsvorlage, die alles versagt, nur um so stürmischer das Verlangen nach Reform ausgelöst hat, daß die Führer von ihren Anhängern vorwärtsgetrieben werden. Das sachliche Ziel unserer Kampfes um das gleiche Wahlrecht ist mächtig gefördert worden, und die Wahlreform steht im Vordergrund des immer intensiver werdenden politischen Interesses. Die preussische Regierung hatte gemeint, indem sie nichts gewährte, die Wahlrechtskämpfer von der Aussichtlosigkeit ihres Kampfes zu überzeugen und sie einzuschüchtern. Diese Absicht ist gar gründlich ins Gegenteil umgeschlagen. Nichts hat unseren Wahlrechtskampf mehr gefördert, als die Untat der preussischen Regierung, nie war unsere Kampfesentschlossenheit größer, unsere Siegeszuversicht fester, unsere Opferwilligkeit bereit. Diesen Kampf entfesselt zu haben, ist unser Stolz, ihn verschärft, vertieft zu haben das Verdienst dieser Wahlrechtsvorlage. Wir danken; Herr von Bethmann!

Wahlrechtskampf.

Die Öffentlichkeit der Stimmabgabe als Schacherobjekt.

Wie vielfach behauptet wird — auch Professor Hans Delbrück spricht diese Vermutung in einem Artikel des roten „Tag“ aus — hat die Regierung nur deshalb die Öffentlichkeit der Stimmabgabe in ihrer Wahlrechtsvorlage beibehalten, um das Zugeständnis des geheimen Wahlrechts als Schacherobjekt benutzen zu können. Falls nämlich die liberalen Fraktionen und das Zentrum scharf gegen die Vorlage opponieren, soll die Regierung bereit sein, die Forderung der öffentlichen Abstimmung fallen zu lassen, um dadurch die Zustimmung dieser Parteien zu den anderen Teilen des Gesetzesentwurfes zu erkaufen.

Auch die Führer der Konservativen sollen im Einverständnis mit der Regierung bereit sein, eventuell sich mit der geheimen Abstimmung abzugeben, da in konservativen Mittelstandsschichten eine starke Aversion gegen die öffentliche Stimmabgabe besteht. An Angelegenheiten dafür fehlt es nicht. So fand dieser Tage in Bonn eine vom Bundes der Landwirte einberufene öffentliche Versammlung statt, in der der konservative Parteisekretär Dr. Kauffhold-Berlin über die politische Lage sprach. Dabei kam Dr. Kauffhold auch auf die preussische Wahlrechtsreform zu sprechen und sagte u. a.:

Die geheime Wahl dürfe nicht zur Kabinettskrise führen zwischen den Parteien. Er glaube, daß die Konzeption der geheimen Wahl gemacht werden würde.

Ob es der konservativen Parteileitung sehr angenehm ist, daß ihre Bereitwilligkeit zur Bewilligung der geheimen Wahl schon jetzt bekannt wird, ist freilich zweifelhaft, und man kann daher zunächst sicherlich auf ein parteioffiziöses Dementi rechnen.

Die Parteien zur Wahlrechtsvorlage.

Die Fraktionen der konservativen, freikonservativen und nationalliberalen Partei waren am Mittwoch im Abgeordnetenhaus versammelt, um zur neuen Wahlrechtsvorlage Stellung zu nehmen. Die Sitzungen aller drei Parteien waren sehr besetzt. Die Nationalliberalen verlegten am Nachmittag die Weiterberatung, während die Konservativen und Freikonservativen die Erörterungen zu Ende führten. Beide entschieden sich für Kommissionsberatung. Für die Konservativen wird Abg. v. Richthofen, für die Freikonservativen Abg. v. Zedlitz und Reulich das Wort führen. Die Vorlage blieb in beiden Lagern nicht ohne Kritik. Als verbesserungsfähig wurde besonders die Bestimmung empfunden, der zufolge die mittleren und kleinen Be-

amten bei der Klasseneinteilung vor den Gewerbetreibenden bevorzugt erscheinen. Es wurde dies als ungerechtfertigt erklärt und es sollen in der Kommission entsprechende Änderungen vorgeschlagen werden.

Der Polizeifabel in bürgerlicher Beleuchtung.

Bei der Polizeistatistik, die am Sonntag in Breslau ständebühnenweise verübt wurde, ist der Chefredakteur des dortigen Generalanzeigers auf ein Haar mit dem Säbel eines wütenden Polizisten in Berührung gekommen. Das Blatt kritisiert mit anerkennenswerter Schärfe die Heldentaten der Polizei im allgemeinen und schreibt schließlich im Anschluß an das persönliche Erlebnis seines Chefredakteurs:

Wir meinen, da hört denn doch alles auf! Die Bewohner des Hauses sind nicht mehr sicher, unter ihrem Dach niedergemetzelt zu werden. Ist das die Freiheit des deutschen Bürgers, sind wir soweit schon in Breslau angelangt? Wie kam vor allem, fragen wir entschieden und nachdrücklich, der Polizeibeamte dazu, auf privatem Boden den Säbel zu ziehen, wo niemand an Demonstration dachte, wo niemand einmal einer ruhigen Aufforderung, sich zu zerstreuen, den geringsten Widerstand entgegenzusetzen hätte? Wir sprechen es aus und das ist keine Uebertreibung: Ein Hirte, der die miserabelste Viehherde so herumjagt wie gestern die Polizei harmloses Publikum, würde nicht einen Tag in seinem Amte bleiben, und das von Rechts wegen! ...

Andere hätten den Anblick, bei dem wahrscheinlich auch dem freidlichen Bürger das Blut siedend heiß zu Kopf steigen konnte, als arge Provokation empfunden und sich vielleicht zu Unbesonnenheiten hinreichend lassen. Aber auch in den Augen der äußerlich Ruhigen bligte es auf. „Sind wir vielleicht Anechle, sind wir gemeingefährliche Individuen!“ sprach es daraus.

Das Trottoir ist für Fußgänger da. Wenn ein müder Bäckerjunge es mit seinen Semmelförden betritt, wird er bestraft, die hohe Polizei benutzt es zu Nitten, deren Notwendigkeit wir nicht einzusehen vermögen.

„Müssen wir und das wirklich bieten lassen?“ fragt sprachlos der Bürger, aus dessen Tasche doch die Polizei hegehrt wird. Wir bestreiten das!

Die Lesiten, die der Herr Chefredakteur des Blattes am Sonntag empfing, hat also gesprochen — ihm sind die Augen aufgegangen über das Wesen dieser preussischen Polizei. Der Ausdruck zeigt, wie sinnlos brutal die Polizei gewaltet haben muß, und lediglich, weil man den ruhig einhergehenden Arbeitern ansehen konnte, daß sie nicht des Vergnügens, sondern des Wahlrechts wegen auf der Straße waren.

Die Magdeburger Genossen über die Mittel des Kampfes.

In der Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins Magdeburg erstattete am Montag Genosse Brandes den Bericht vom preussischen Parteitag. Dabei führte er unter anderem aus, die Zeit, wo man sich auf Resolutionen gegen das Wahlrecht beschränkt hätte, sei vorüber. Um den Uebermut der Junker zu brechen, müßten stärkere Mittel in Anwendung gebracht werden, die natürlich auch Opfer kosten. Den Demonstrationen müsse in Zukunft eine größere Wucht innewohnen als bisher.

Genosse Klühs hält es für angebracht, die Frage des politischen Massenstreiks zu erörtern. Die Parteitage in Jena und Mannheim hätten sich bereits damit beschäftigt. Ebenso hatte der Preussentag einen Beschluß gefaßt, alle Mittel anzuwenden, um in der Wahlrechtsfrage zu einem Erfolge zu kommen. Das, was jetzt die Regierung dem Volke bietet, dürfe man sich unter keinen Umständen gefallen lassen. Jetzt sei die Zeit gekommen, wo die Frage des Demonstrationsstreiks in den Werkstätten und Fabriken diskutiert werden müsse. Die der Partei noch fernstehenden Kreise müßten für diese Frage interessiert werden. Ob diese Waffe in Anwendung kommen solle oder nicht, darüber müßten nimmermehr diejenigen entscheiden, die eventuell dabei ihre Haut zu Markte tragen müßten. Die Parteileitung sollte nach dieser Richtung hin eine allgemeine Aufforderung ergehen lassen. (Aufe: Sehr richtig!) Vielleicht können auch andere Mittel der Abwehr in Frage, z. B. die Steuerbeweigerung, die Abänderung der Sparassenskonten usw. Die geplante Verschlechterung müsse mit aller Energie abgewehrt werden. Um die Junker aus ihrer Domäne, dem preussischen Landtag, herauszubringen, müsse man sich in Zukunft darauf einrichten, daß überall dort, wo die Partei nicht selbst Mandate erobern könne, auf jeden Fall die erbittertesten Feinde des Volkes, die Junker, hinausgewählt würden. Nicht mit Hilfe von Kompromissen, sondern auf Grund der klaren Erkenntnis, daß man von dem Junkerparlament keine wirklichen Reformen erwarten könne.

Genosse Holzappel besprach die Wahlrechtsvorlage. Die Isolierung der Arbeiterklasse sei dadurch eine vollständige geworden. Dagegen müsse sich das Volk aufbäumen. Die Demonstrationen müßten einmündlicher werden. Sollte hier etwas erreicht werden, so müßten auch Opfer gebracht werden.

Genosse Koch sprach seine Freude über das Gedächtnis aus. Ein Volk, das mit diesem Wahlrecht zum Landtag zufrieden, ließe sich auch das Reichstagswahlrecht entziehen. Der Redner wünschte ebenfalls, daß über das Kampfmittel des Demonstrationsstreiks lebhaft diskutiert würde, und schlug vor, daß schon in nächster Zukunft ein halbtägiger Demonstrationsstreik eintrete.

Genosse Dr. Theising erklärte, daß die Regierung mit der neuen Wahlrechtsvorlage ihrer Verachtung gegenüber dem preussischen Volke Ausdruck gegeben habe. Die Situation sei jetzt so, daß die äußersten Mittel zur Anwendung kommen müßten. Da der vorgeschlagene Demonstrationsstreik zweifellos ungeheure Opfer koste, müsse auf Mittel gesonnen werden, die zunächst ohne große Opfer daselbe erreichen. Der rote Sonntag habe unbestreitbar einen großen Eindruck auf das Bürgertum gemacht. Die Arbeiterschaft könne durch ständigen Besuch der Hauptstraßen eine völlige Veränderung des Straßenbildes der Stadt herbeiführen, ohne daß die Polizei es hindern könne. Der Redner wünschte, daß auch diese Vorschläge diskutiert würden.

In ähnlichem Sinne äußerten sich noch die Genossen Wöhme, Fretino und Gorgas.

Die Justiz wider den Wahlrechtskampf.

Nach der wüsten Attade der Braunschweiger Polizei auf die Wahlrechtsdemonstranten vom 26. Januar brachte der Braunschweiger „Volkfreund“ unter anderem einen Artikel: „Noch einmal die Braunschweiger Bartholomäusnacht“, in dem die Säbellei der Polizei wie das ganze Regierungssystem in Braunschweig einer Kritik unterzogen wurden. Der Artikel soll Verleumdungen des leitenden Staatsministers v. Otto enthalten. Nach dem Manuskript des Artikels wurde jetzt von der Kriminalpolizei in der Redaktion des „Volkfreund“ wie in der Wohnung des Genossen Redakteur Wesemeier eingeht, selbstverständlich aber ohne Erfolg gesucht. Genosse Wesemeier hatte am 8. Februar bereits eine gerichtliche Vernehmung zu bestehen.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 9. Februar 1910.

Der Arbeitsplan des Reichstages

gestaltet sich nach früheren Beschlüssen des Senatorenkonvents und gemäß den neu hinzugekommenen, noch zu erledigenden Aufgaben folgendermaßen:

Es besteht die Absicht, die Staatsberatung bis zum 18. März fertigzustellen, und man nimmt an, daß diese Absicht auch in die Tat umgesetzt werden wird, da noch 28 Sitzungstage zur Verfügung stehen. In den nächsten Tagen soll in die Staatsberatung nur die erste Lesung des Kaligesezes eingeschoben werden, damit das Gesetz einer Kommission überwiesen werden kann.

Was die Reichsversicherungsordnung anbelangt, so wird, falls sie dem Reichstage noch vor Ostern zugeht, die erste Lesung dieses Entwurfs erst nach Ostern erfolgen und die Vorlage an die Kommission abgegeben werden. An sonstigen Vorlagen werden noch erwartet das Stellenvermittlungs-gesetz, eine Novelle zum Urheberrecht, eine Gewerbeordnungs-novelle und das abgeänderte Arbeitskammer-gesetz. Vielleicht wird einer dieser Entwürfe noch vor Ostern in erster Lesung beraten werden können. Gegen Ende April dürfte das Plenum des Reichstages seine Arbeiten erledigt haben und auf weitere Beschäftigung erst im Herbst rechnen können. Man nimmt also an, daß sich der Reichstag etwa zu Himmelfahrt auf den Frühherbst vertagen wird.

Die parlamentarische Wahlrechtskämpfe.

Ueber die parlamentarische Behandlung der Wahlrechtsvorlage wird bekannt, daß der preussische Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg heute (Donnerstag) die erste Lesung des Gesetzesentwurfes mit einer langen (1) politischen Rede einleiten will. Die erste Lesung soll drei Tage in Anspruch nehmen. Von sozialdemokratischer Seite werden Ströbel und Hirsch, von freisinniger Traeger und Pachnide sprechen.

Die Parade des Bundes der Landwirte

wird in diesem Jahre am 21. Februar im Circus Busch in Berlin abgehalten werden. Die vorläufig festgesetzte Tagesordnung lautet:

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden des Bundes, Dr. Koside-Görsdorf, Mitglied des Reichstages.
2. Ansprache des Vorsitzenden des Bundes, Freiherrn v. Saugenheim-El-Spiegel.
3. Bericht der vom Bundesauschuß gewählten Kassenrevisions-Kommission.
4. Geschäftsbericht für 1909, erlassen vom Direktor des Bundes, Dr. Diederich Hahn, Mitglied des Reichstages und Mitglied des Hauses der Abgeordneten.
5. Sachreferat. (Nähere Angaben folgen).
6. Diskussion.
7. Anträge aus der Versammlung.

Soll Herr Graf v. Oldenburg-Januschau kein Referat halten? Herr Diederich Hahn genügt doch kaum mehr für das Clownsch.

Die Stichwahlen zur Hamburger Bürgererschaft.

Am Dienstag fanden, wie wir bereits gestern unter „Letzte Nachrichten“ gemeldet, im Hamburger Landgebiet die Stichwahlen zwischen Linkliberalen (Begner der Klassenwahl) und Blockkandidaten (Wahlrechtsverschleppern) statt. Der Parole der sozialdemokratischen Parteileitung, gegen die Anhänger der Wahlentscheidung zu stimmen, hatten unsere ländlichen Genossen, die bei der Hauptwahl ansehnliche Minoritäten erzielt haben, einmütig Folge geleistet, so daß die Kandidaten der „Vereinigten Liberalen“, die Herren Dr. Prabant, Dr. Peterjon und Dr. Hunk, mit großer Majorität gewählt wurden.

Auch bei den Grundeigentümer- und Notabelwahlen, die am 18. bzw. 28. Februar stattfinden, werden noch einige Wahlrechtsräuber auf der Straße bleiben, so daß die Position der äußersten Linken eine wesentliche Verstärkung erfahren wird.

Klassenjustiz gegen Jugendliche.

Groß ist die Zahl der Opfer, die bisher der Mansfelder Klassenkampf gelistet. Greise, Frauen und Männer sind von der erbitterlichen Justizmaschinerie Borussia mit harten Strafen belegt worden. Es ist die vorfindliche, von einsichtigen Rechtslehrern längst zum alten Eisen geworfene Abschreckungstheorie, die in Mansfeld ihre Auferstehung feiert. Nur die Jugendlichen sind bislang verschont geblieben. Jetzt hat der Staatsanwalt aber auch unter ihnen seine Opfer gefunden. Zwei Siebzehnjährige sind es, die seit dem 21. Dezember in Untersuchungshaft sitzen, weil sie zwei Arbeitswillige mit Schlägen bedacht haben sollen.

Die beiden Vergungen Reinboth und Fiedler aus Hettstedt waren nach Beendigung des Streikes wieder angefahren, hatten einen Arbeitswilligen gehänselt und waren infolge Denunziation entlassen worden. Aus Keizer hierüber verprügelten sie die beiden Denunzianten, die nebenbei älter und kräftiger als die Angreifer waren. Der eine der beiden Geschlagenen hat übrigens schon einer Reihe von Kameraden zu Gefängnisstrafen verholfen, es ist auch gegen ihn Anzeige wegen Meineid erstattet. Die Angeklagten behaupten mit Entschiedenheit, daß die Gegner sie zuerst geschlagen resp. beschimpft hätten; ihnen wird nicht geglaubt, wohl aber den Denunzianten. Sechs Monate wollte sie der Staatsanwalt ins Gefängnis bringen! Der Verteidiger, Rechtsanwalt Hamerschlag-Magdeburg ersuchte das Gericht, es wenigstens bei der erlittenen Untersuchungshaft bewenden zu lassen. Das Gericht verweigerte alle mildernden Umstände und verurteilte die beiden halben Anaben zu je vier Monaten Gefängnis!

Einen Monat Gefängnis erhielt ein Bergmann aus Rosmalde, der zwei Arbeitswillige „beleidigt“ und getreten haben soll. Er und seine Frau besaßen, mit den nützlichen Elementen überhaupt zusammengelassen zu sein. In der Glaubwürdigkeit waren diese ihnen aber „über“.

Mit diesen neun Monaten Gefängnis ist die Summe der Freiheitsstrafen über Mansfelder Streikfänger auf über 51 Monate Gefängnis gestiegen. Und dabei stehen die „schlimmsten Sachen“ noch aus. — Den vormalig reichstreuern Knappen werden die Klassengegenstände unserer Zeit mit vernichtender Schwere eingeschlämmt.

Oesterreichische Proteste gegen die geplanten deutschen Schiffsabgaben.

Das jungtschechische Parteiorgan „Karodny List“ in Prag bringt mehrere äußerst heftige Angriffe auf Deutschland wegen der Schiffsabgaben anknüpfend an die Reise, die Graf Tschrenthal nun nach Berlin und München antritt. Es wird darin gesagt, daß die preussische Absicht dahingehe, allen internationalen Verträgen ins Gesicht zu schlagen und die österreichischen Interessen aufs schwerste zu verletzen. In Berlin glaube man wohl, Oesterreich gegenüber sich alles erlauben zu dürfen, wegen der platonischen Freundschaft, die ihm im Frühjahr erwiesen worden sei, und überhaupt keine Rücksicht auf Oesterreich nehmen zu brauchen. Es sei dies an hellstem Tage ein rücksichtsloses Attentat des preussischen Staates auf die Lebensbedingungen Oesterreichs, das die ohnehin geringen Sympathien für das Bündnis noch weiter vermindern werde.

Die neue handelspolitische Vereinigung mit den Vereinigten Staaten.

Vielfach ist die Ansicht verbreitet und hat auch zum Teil in der Presse Ausdruck gefunden, daß unsere Handelsbeziehungen mit den Vereinigten Staaten durch einen neuen Handelsvertrag geregelt werden seien. Dies ist nicht der Fall. Der Handelsvertragsverein weiß darauf hin, daß es sich keineswegs um

einen Handelsvertrag oder auch nur um ein Abkommen mit gegen- seitiger Verbindlichkeit handelt, wie es seit dem 2. Mai 1907 zwischen beiden Staaten in Geltung war, sondern um eine provisorische, nicht vertragmäßige Vereinbarung, die auf dem autonomen Gesetz beider Länder beruht und daher jederzeit abgeändert werden kann. Weder die Amerikaner noch die Deutschen haben einen auf eine bestimmte Zeit gewährleisteten vertragmäßigen Anspruch auf die neuen Abmachungen. Ein gewisser Schutz vor unangenehmen Ueberraschungen wird dem deutschen Export nur durch die Bestimmung des neuen amerikanischen Tarifgesetzes gewährt, wonach der Präsident einem Staate, dem der Minimaltarif über den 31. März hinaus ausdrücklich zugestanden worden ist, diesen nur entziehen kann, wenn er diese Absicht drei Monate vorher der Regierung des betreffenden Staates mitgeteilt hat. Die Schuld an dem dadurch geschaffenen belagerten Zustand liegt ausschließlich auf Seiten der Vereinigten Staaten. Denn durch das neue ameri- kanische Tarifgesetz ist dem Präsidenten die bisherige beschränkte Vollmacht, anderen Staaten im Wege von Verträgen Zugeständnisse zu machen, sei es auf dem Gebiete des Zolltarifs oder der Zoll- verwaltung, völlig entzogen worden. Einer der Hauptzwecke der amerikanischen Tarifreform war es eben, eine streng autonome, von jeder Rücksicht auf das Ausland befreite Handelspolitik zu er- möglichen.

Bruderzwist im Zentrumslager.

Vor einiger Zeit haben wir mitgeteilt, daß der Verband der Windthorstbünde eine neue Wochenschrift, „Das Zentrum“ genannt, herausgibt, an der namentlich Prof. Martin Spahn, der Sohn des großen Peter, mitarbeitet. Da das Blatt sich etwas spöttisch geberdet und seine historische Auf- fassung manachmal nicht ganz mit der jener Blätter von der Dualität der „Germania“ übereinstimmt, das heißt nicht kultur- kämpferisch genug ist — hat es sich trotz der kurzen Zeit seines Bestehens bereits mehrere Rügen der unter der Vor- mähigkeit des hohen Klerus stehenden kirchlichen Blätter zu- gezogen. J. D. erteilt ihm in ihrer vorgestrigen Nummer die „Essener Volkszeitg.“ erneut folgenden energischen „Ord- nungsruf“:

Wir haben von Anfang an der Gründung des Organs „Das Zentrum“ sehr skeptisch gegenübergestanden, ohne es offen zum Ausdruck zu bringen. Unsere Befürchtung, daß die Wochenschrift leicht zu einer Quelle von Verdriehlichkeiten werden könne, hat sich also nur zu bald bestätigt. Was den so überaus gefährlichen schleichenden Kulturkampf betrifft, von dem wiederholt in der übrigen Zentrumspresse die Rede gewesen ist, so hieße es Vogelstrauß-Politik treiben, wenn die vielfach auf Kulturkampf gerichteten Zeichen der Zeit nicht ver- standen werden sollten. Darin liegt ja der große Fehler, daß so manche Leute ein entscheidendes politisches Urteil abgeben, ohne daß sie sich mit der geschichtlichen Entwicklung der preussischen Kirchenpolitik hinlänglich ver- traut gemacht haben. Nach der Besprechung in der Kölner Augustinus-Versammlung über die eigentliche Auf- gabe des Windthorst-Bundes hätte in seinem Organ eine größere Zurückhaltung beobachtet werden müssen, umso mehr, als seine Auslassungen allzu leicht mit denjenigen der Partei identi- fiziert werden. Es sei hier aber ausdrücklich festgestellt, daß der Windthorstbund und sein Organ „Das Zentrum“ auf ihre eigene Rechnung und Gefahr handeln. Der Wochenschrift „Das Zentrum“ ist es im Interesse der Sache des Windthorst- bundes dringend anzuraten, daß es sich den schulmeister- lichen Ton abzugeben nicht sucht; irgendwelche autoritative Bedeutung besitzt es nicht. Das möchten wir gegenüber der kulturkämpferischen „Voll. Ztg.“ bemerken, die schon (Nr. 62) eifrig dabei ist, die Entgegnung gegen die Partei des Zentrums auszuschleifen.

Es wird weiter „gezwickelt“.

In der letzten Sitzung des Kriegsschieds der 18. Division (Altona) hatte sich der Unteroffizier Bauer vom 9. Feldartillerie- Regiment (Jüschke) wegen unwürdevoller Behandlung Unter- gebener und Unterdrückung des Beschwerderechts zu verantworten. Wegen eines kleinen Verfehls ließ er vor kurzem seine Leute an- treten und peinigie sie durch „Aniebnungen bis zur Erschöpfung“. Als ein Soldat sich über diese Behandlung beschwerten wollte, fehrte der Vorgesetzte den Gemütsmenschen heraus und suchte den Sol- daten durch das Versprechen, er solle einen besseren Waffentrock bekommen, von der Ausübung des Beschwerderechts abzuhalten. Der Soldat ließ sich aber auf nichts ein, sondern brachte den Vorgesetzten zur Anzeige. Urteil: 10 Tage Mittelarrest. Sehr ab- schreckend! Im nächsten Jahre werden wir im Reichstags wieder schöne Erklärungen hören und es wird so ziemlich alles beim alten bleiben.

Verichtigung. Von dem Generalkommando des 13. Armeekorps in Stuttgart erhielten wir heute folgende Zuschrift: „In der Nr. 301 des „Vorwärts“ vom 26. Dezember 1906 er- schien ein Artikel mit der Ueberschrift: „Ein Menschenleben dem Paradenzug geopfert.“ Auf Grund des § 11 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 ersuche ich um folgende Verichtigung: Unwahr ist, daß dem Vater Theurers jede nähere Auskunft darüber verweigert wurde, wie sein Sohn den Tod gefunden hat; vielmehr wurde ihm vom Regimentsführer, dem Eskadronchef und dem Wachmeister aus freien Stücken über den Hergang der Sache eingehend Auskunft erteilt.

Unwahr ist, daß der Vater Theurers trotz dringender Bitte an den Gerichtsverhandlungen nicht teilnehmen durfte; derselbe stellte eine derartige Bitte weder beim Regiment noch bei der Eskadron.

Das Anerbieten einer Geldunterstützung behufs Transports der Leiche seines Sohnes in die Heimat lehnte der Vater Theurers dankend ab.

In der Trauerfeierlichkeit auf dem Truppenübungsplatz Mün- singen beteiligte sich das ganze Offizierskorps, die ganze 1. Eskadron und das Trompeterkorps. Die Leiche wurde bis halbwegs Künigen entlang einem von den übrigen Unteroffizieren und Mannschaften des Regiments gebildeten Spalier begleitet.

Unrichtig ist, daß es sich um eine „Paradesache“ handelte. Das Unglück ereignete sich bei einer Ergänzungsübung im Galopp, bei der ein Fall ein innerhalb der Kolonne tatsächlich ausgeschlossen war.

Von Seiten des Generalkommandos. Der Chef des Generalkorps: v. Seindl, Oberstleutnant.

Oesterreich.

Obstruktionsfolgen.

Prag, 9. Februar. Da das Landesbudget infolge der Ver- zögerung des Landtages unerledigt geblieben ist, hat der Landesaus- schuß beschlossen, keine anderen Auszahlungen vorzu- nehmen als die, die gesetzlich oder vertragmäßig festgelegt sind, und ferner keine Neubauten auszuführen. Alle Gesetzentwürfe sollen mit der Mausel versehen werden, daß Auszahlung erst dann erfolgen könne, wenn dem Landesausschuß die nötigen Mittel zur Verfügung stehen. Die Landtagsabgeordneten haben keine Diäten erhalten.

Frankreich.

Eine Militärdebatte.

Paris, 9. Februar. In der Deputiertenkammer stand heute die Beratung des Budgets des Kriegsministeriums auf der Tagesordnung. Allemane (Soz.) verlangte Abschaffung der Sagnos in Afrika. Die Qualen, denen die Gefangenen ausgesetzt seien, seien eine Schande für Frankreich. Lachaud (Soz.-Radikaler), der Arzt ist, zog einen Vergleich zwischen dem Gesundheitszustand der deutschen und der französischen Armee, der namentlich in bezug auf die epidemischen Krankheiten in Deutschland weitläufig günstiger sei, und erklärte, der Grund dafür liege einmal in dem allgemein schlechteren Gesundheitszustand der französischen Rekrutenkontingente, dann aber auch in der Unzuläng- lichkeit der hygienischen Einrichtungen in den französischen Kasernen.

Spanien.

Ministerkrise.

Madrid, 9. Februar. Das Kabinett Moret hat seine Entlassung gegeben. Mit der Bildung des neuen Kabinetts ist der Demokrat Canalejas beauftragt worden.

England.

Das Vorgehen der Regierung.

Wie ein Telegramm aus London meldet, besteht Grund zu der Annahme, daß in das Unterhaus nach Erledigung der Adresse auf die Thronrede mit Rücksicht auf die Geld- bedürfnisse der Regierung das Budget sofort wieder ein- gebracht werden wird. Danach würde also die Regierung das Verlangen der Radikalen, vor allem anderen die Ober- hausfrage zu erledigen, nicht erfüllen, sondern das Budget voranzustellen. Der Grund ist natürlich, daß in der Budget- frage keine besonderen Schwierigkeiten zu erwarten sind, da die Lords durch ihr eigenes Votum verpflichtet sind, das Budget, das durch den Ausfall der Wahlen die Sanction des Volkes erhalten hat, anzunehmen.

Beschlüsse der Iren.

Dublin, 9. Februar. Heute hielt die Nationalistische Partei hier eine Versammlung ab, in der John Redmond wieder zum Vorsitzenden gewählt wurde. Ferner wurde einstimmig beschlossen, die Anhänger O'Connors aus der Partei aus- zuschließen.

Holland.

Die Angst vor fremder Einnischung.

Haag, 9. Februar. Bei der Beratung des Budgets des Ministeriums des Aeußern in der Dritten Kammer begründete der ehemalige Gesandte in Stockholm, van Heeckeren, einen Antrag, in dem der Minister aufgefordert wird, Schritte zu tun, um die Integrität der Niederlande gegen Deutschland und England zu sichern. Der Redner erklärte, ein einige Jahre zurückliegendes Ereignis, das dem Minister wahrscheinlich unbekannt sei, bilde einen speziellen Grund für Holland, eine bessere Garantie zu fordern, als das Nordseeabkommen sie den Mächten zweiten Ranges bietet. Der Minister des Aeußern erwiderte, van Heeckeren müsse seine Behauptung genauer formulieren, sonst könne er nicht antworten. Nach erregter Debatte beschloß die Kammer in geheimer Sitzung, über diese Angelegenheit nicht in geheimer Sitzung, sondern öffentlich zu verhandeln. Van Heeckeren erklärte nunmehr zu seinem Antrage im einzelnen, der Sou- verän eines Nachbarstaates habe vor einigen Jahren einen Teil seines Gebietes an England nicht insam gelehnt. Der Minister ver- diente Tadel, daß er diese Tatsache beim Abschluß des Nordsee- abkommens nicht in Rechnung gezogen habe. Der Minister er- widerte, er könne diese Behauptung nicht entkräften, bevor van Heeckeren sich nicht genauer zu den Ausdrücken „Souverän eines Nachbarstaates“ und „wissen lassen“ geäußert habe. Im Interesse des Landes fordere er ihn auf, klarer und genauer zu sein. Da van Heeckeren nicht antwortete, wurde die Diskussion ohne Ergebnis geschlossen.

Militäretat.

Die Budgetkommission des Reichstags sprach am Mittwoch die Mehrforderung von 634 000 M., welche die Militärverwaltung zur Erhöhung der Pensionsleistungen für die Offiziere im allgemeinen und für die der Kavallerie im besonderen in den Etat eingestellt hatte. Das Zentrum ließ wieder einmal aus Furcht vor den Wählern die Regierung im Stich. Die Herren vom Zentrum scheinen durch den ständigen Rückgang ihrer Stimmen bei den Reichswahlen endlich doch bedenklich zu werden, denn im vorigen Jahre waren sie es gerade, die den Offizieren den Service erhöhten, aber die von der Regierung vorgeschlagene Er- höhung der Mannschaftslöhne abgelehnt und dem „gemeinen“ Soldaten nur die Lieferung des Putzeugs als lächerliche Gegenleistung geboten haben.

Sehr interessant war auch das Verhalten der Nationallibe- ralen: sie fielen bei dieser Frage platt in zwei Teile aus- einander. Die Abgeordneten v. Schubert und Baasche stimmten für, die Abgeordneten Görke und Osann da- gegen. Da außerdem aber nur noch die Konservativen und das Mitglied der Wirtschaftlichen Vereinigung für die Mehrforder- ung stimmten, so wurde der Posten ebenfalls abgelehnt.

Die von der Regierung verlangte Umwandlung der Veterinär- stellen in Offiziersveterinärstellen, die in früheren Sitzungen schon diskutiert war, wurde jetzt mit großer Mehrheit ange- nommen. Dagegen stimmten nur Zentrum und Sozialdemo- kraten.

Allgemein wurde Klage darüber geführt, daß die Reisekosten zu hoch seien. Auf Antrag des nationalliberalen Abgeordneten Görke wurden die angeforderten 5 972 129 M. auf 5 400 000 M. mit knapper Mehrheit ermäßigt. Auch hier stimmten die Fraktions- kollegen (und diesmal sogar sämtlich) des nationalliberalen An- tragstellers gegen den Antrag!

Eine Resolution des Zentrums, wonach die Kontrollversammlungen anstatt halbjährlich nur jedes Jahr einmal vorgenommen werden sollen, wurde gegen die Stimmen der Konservativen und National- liberalen und des Mitgliedes der Wirtschaftlichen Vereinigung an- genommen.

Ein Antrag Gotthein, an der Forderung von 2 215 000 M. für Munition einen Abstrich zu machen, wird abgelehnt. Selbst die Freunde des Antragstellers halfen den Antrag niederstimmen.

In der Nachmittagsitzung erledigte die Budgetkommission den Rest des Militäretats, der nun sofort dem Plenum zur zweiten Beratung überwiesen werden wird.

Eine längere Debatte entspann sich über den Verkauf des Tempelhofer Feldes.

Genosse Singer machte darauf aufmerksam, daß ein günstiger Verkauf des Geländes solange für die Militärverwaltung nicht zu erwarten sei, als Tempelhof nicht zu Berlin eingemeindet sei. Man könne es der Berliner Stadtverwaltung nicht verdenken, daß sie das Gelände nicht kaufe, wenn die Steuern der Leute, die sich dort niederlassen, in die Kasse einer anderen Gemeinde fließen. Die einzige Möglichkeit für die Militärverwaltung, das Gelände vorteilhaft loszuwerden, sei, daß Tempelhof zu Berlin einge-

meindet werde. Aber hier kreisen der Preussischen Regierung eingebildete politische Schwierigkeiten entgegen, die sie hindern, das zu tun, was im Interesse der Allgemeinheit unbedingt not- wendig sei.

Von anderer Seite wurde noch darauf hingewiesen, daß ge- wisse Kreise bereits dabei seien, die Situation geschäftlich auszu- nützen, daß es sich aber in diesem Falle nicht um Panikverkauf handle.

Donnerstag: Reichsamt des Innern.

Aus der Partei.

Sozialdemokraten sind nicht gleichberechtigt.

Die Elberfelder Stadtverordnetenversammlung hob in ihrer Sitzung vom Dienstag ihren früheren Beschluß, den Sozial- demokraten die Stadthalle nicht zur Abhaltung politischer Versammlungen zu überlassen, mit 22 gegen 5 Stimmen auf. Darausinn erklärte der Oberbürgermeister sofort, er werde den Beschluß anfechten, da das Oberverwaltungsgericht auf dem Standpunkt stehe, daß die Freigebung städtischer Gebäude zu sozialdemokratischen Versammlungen eine Förderung der Bestrebungen der Sozialdemokratie darstelle.

Aus den Organisationsstellen.

Der Sozialdemokratische Verein Magdeburg hat jetzt, wie in der Generalversammlung vom Montag festgesetzt wurde, 4004 Mitglieder. Die Gesamteinnahmen im letzten Halb- jahre belaufen sich auf 24 514 65 M., die Ausgaben auf 12 700,73 M., bleibt ein Bestand von 11 744,98 M. Die Parteitag- kommission hat bereits sechs Sitzungen abgehalten. Die von der Partei ausgehenden Bildungsbestrebungen sind kräftig unterstützt; die Parteibibliothek ist fleißig benutzt worden.

Wilhelm Siebel in Dortmund ist vor einigen Tagen ge- storben. Die „Arbeiterzeitung“ widmet ihm folgende Worte: Einmal stand er in unseren Reihen, und an seiner Waise wollen wir gerne denken, daß er, als die hiesige Parteidemokratie noch in ihren Anfängen stand, sich erhebliche Verdienste um sie erworben und auch Opfer für dieselbe gebracht hat. Später ist er aber mit der Partei zerfallen; zwar hat er noch in den letzten Jahren vieles versucht, wieder Aufnahme zu finden, doch blieben diese Versuche ohne Erfolg. Was uns trennte, mag heute unerörtert bleiben, seinen Verdiensten aber sollen wir am heutigen Tage die schuldige Anerkennung.

Soziales.

Ist der Verlust des Geruchssinnes als Unfallfolge zu entschädigen?

Mit dieser Frage hat sich jetzt das Schiedsgericht für Arbeiter- versicherung in Dresden zu beschäftigen. Der Brauer L. trug bei einem im Jahre 1896 erlittenen Unfall eine Schädelverletzung davon. Die Rente des Verletzten wurde zuletzt auf 10 Proz. herab- gesetzt, da nach dem ärztlichen Gutachten die Unfallfolgen die auf einige geringe Schäden und Verlust des Geruchssinnes beschränkt waren. Bei einer neuen Untersuchung stellte der Vertrauensarzt der Brauer- und Mälzerei-Versicherungsgesellschaft nur noch den Verlust des Geruchssinnes fest. Die Frage, ob dies als Unfallfolge zu entschädigen ist, überließ der Arzt der Berufsgenossenschaft. Diese hat aber die Entschädigungspflicht verneint und beim Schieds- gericht die Aufhebung der Rente beantragt. Der Verletzte hat dem widersprochen, indem er geltend machte, daß er durch den Verlust des Geruchssinnes seinen Beruf als Brauer habe aufgeben müssen und auch im allgemeinen geschädigt sei. Die Berufsgenossenschaft machte demgegenüber geltend, daß L. dadurch nicht in seiner Er- werbsfähigkeit behindert sei. Das Schiedsgericht hat eine Ent- schädigungspflicht anerkannt und die Berufsgenossenschaft zur Weitergewährung der Rente verurteilt, indem es mit Recht aus- führte, daß L. durch Verlust des Geruchssinnes auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geschädigt sei, weil er den Betriebsgefahren, wie Ausströmen von Gas usw., mehr ausgesetzt ist wie ein gesunder Arbeiter. Deshalb sei L. als ein minderwertiger Arbeiter anzu- sehen und zu entschädigen. Eine 10prozentige Rente sei aber auch nicht zu hoch.

Private Ausflüchte.

Der Kaiser D. klagte am Dienstag vor dem Innungsschieds- gericht gegen den Malermeister Paul Wark auf Zahlung von 62,15 Mark rückständigen Lohn. Der Beklagte wendete ein, er müsse sich an dem Lohne für die Entwendung von Materialen schadlos halten, die Kläger sich habe zuschulden kommen lassen. Vom Schiedsgericht nach dem Wert der entwendeten Materialien befragt, verordnete der Beklagte keine Auskunft zu geben. Auf die fernere Frage, weshalb er den Kläger nicht sofort entlassen habe, als er von den angeblichen Veruntreuungen Kenntnis erhalten hatte, meinte der Beklagte, er wolle sich erst überführen, ob jene Mitteilungen auf Wahrheit beruhen. Der Kläger macht geltend, daß ihm niemals bei der Lohnzahlung gesagt worden ist, daß die fehlenden Beträge für ver- untreute Materialien einbehalten werden, er wurde vielmehr mit der Zahlung der restlichen Lohnbeträge von der einen zur anderen Woche vertrieben. Mit Entschiedenheit bestritt er, irgend welche Materialien entwendet zu haben. — Beklagter wurde zur Zahlung verurteilt.

Wußt der mit Logis Angestellte in einem feuchten Zimmer wohnen?

Diese Frage wurde der ersten Kammer des Berliner Kauf- mannsgerichts in seiner letzten Sitzung vorgelegt. Die beklagte Firma, die „Durament-Werke“, unterhielt in Berlin eine Filiale, in der der Kläger A. als Filialleiter tätig war. Von den von der Firma gemieteten Geschäftsräumlichkeiten war ein Zimmer als Logis des Klägers abgeteilt. Es wurde das dem Kläger mit 30 M. berechnet, so daß er von seinem nominell 300 M. betragenden Gehalt nur 270 M. bar erhielt. Da die Wohnung, die als Zwei- zimmerwohnung diente, sich hernach als feucht herausstellte, so nahm sich A. ein anderes Zimmer und stellte es der Beklagten in Rechnung. Nachdem die Beweisaufnahme ergab, daß die Wohnung tatsächlich sehr feucht war, so verurteilte das Gericht die Beklagte, dem Kläger die Miete für das extra gemietete Zimmer zu bezahlen. Ein gesundheitsschädliches Logis könne ein Angestellter mit Recht zurückweisen. — Die Entscheidung entspricht dem Gesetz, ins- besondere den Vorschriften des § 617 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.

Som Ostungsbereich des neuen Malertarifs.

Der Malermeister Hermann Rahmann hat seinen Gesellen G. am Morgen des 29. Januar entlassen. Dieser fordert deshalb eine Entschädigung für den Entlassungstag von 4,00 M. und einen Rest- lohn von 1,75 M. aus der vorletzten Woche. Der Beklagte berief sich auf den neuen Reichstarif, wonach der Kläger verpflichtet war, die Nachzahlung des Differenzbetrages sofort am darauffolgenden Sonnabend zu verlangen, und nach dem er berechtigt sei, die Arbeiter zu jeder Zeit und Stunde, und nicht erst am Abend des Arbeit- tages, zu entlassen. Die Forderung wäre deshalb nicht berechtigt. Die Arbeitgeberseite behauptete, nachdem der Beklagte zu- gegeben hatte, daß er dem Arbeitgeberverbande nicht angehöre, daß der neue Reichstarif nur für die Verbandstetigen gelte; dies sei bei den Tarifverhandlungen ausdrücklich im Protokoll festgelegt worden. Das Innungsschiedsgericht verurteilte daraufhin den Be- klagten dem Antragsantrag entsprechend. — Die Entscheidung ist zu- treffend. Wird man auch die Vorschriften des Tarifs im all- gemeinen auf alle Gewerbetreibenden des Malertarifs anzuwenden haben, so darf sich doch nicht ein den Tarifvertragsparteien nicht angehörender Meister auf solche Vorschriften des Tarifs zu seinen Gunsten berufen, die für ihn vorteilhafter sind, als die allgemeinen gesetzlichen Vorschriften. Ein solches Verhalten ist vielmehr ein- dolos und muß des Rechtschutzes entbehren.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Berliner Gastwirte gegen den geplanten paritätischen Arbeitsnachweis für das Gastwirts-gewerbe.

Wie bekannt, sind die Gastwirtsgehilfen seit Jahren bemüht, die gewerbmäßige Stellenvermittlung durch Errichtung eines gebührenfreien paritätischen Arbeitsnachweises auszugestalten. Unter der Leitung des Herrn Dr. Freund, Vorsitzender des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, haben seit Mai vorigen Jahres Unterhandlungen zwischen den Gehilfen- und Unternehmervereinigungen bereits stattgefunden. Die organisierten Gastwirtsgehilfen hielten zwar an ihrer prinzipiellen Auffassung fest, daß für derartige gemeinnützige Einrichtungen die Stadt bezw. der Staat die Kosten zu übernehmen haben, erklärten sich aber dennoch bereit, zu den Kosten beizutragen. Die Gehilfenvereinigungen wollten insgesamt die Summe von mindestens 14 000 M. beisteuern, die Unternehmervereine sollten den gleichen Beitrag leisten; nach einer späteren Aufstellung sollten ihnen nur 7500 M. zur Last gelegt werden. Aber auch zu dieser für die vielen zum Teil sehr reichen Vereinigungen der Berliner Gastwirte verhältnismäßig geringe Summe wollten sie sich nicht verstehen, nur der Hotelierverein hat 600 M. dazu angeboten. Die übrigen Gastwirtevereine lehnten, wie wir schon kurz mitgeteilt haben, strikte ab.

Mit diesem ablehnenden Verhalten beschäftigten sich drei vom Verband deutscher Gastwirtsgehilfen einberufene öffentliche Versammlungen. Am Dienstagvormittag fand eine solche in den „Industriesälen“ statt, eine andere des Nachhins in den „Germaniasälen“. Für die Casé angestellten war eine besondere Versammlung am Montag, morgens 6 Uhr, einberufen. In allen Versammlungen gelangte nachfolgende Resolution einstimmig zur Annahme:

„Die heutige öffentliche Versammlung der gastwirtschaftlichen Angestellten Berlins nimmt mit Entrüstung Kenntnis von der Weigerung der Gastwirtsvereinigungen, den geplanten paritätischen Arbeitsnachweis für das Gastwirts-gewerbe Berlin zu unterstützen.“

Die hierfür angeführten Gründe, die Steuerlasten hindere die Gastwirte, finanzielle Hilfe zu leisten, kann die Versammlung als berechtigt nicht anerkennen. Sie erblickt in der Ablehnung vielmehr einen neuen Beweis dafür, daß die vielgerühmte „Harmonie der Interessen“ auch im Gastwirts-gewerbe nicht vorhanden, daß die gastwirtschaftlichen Unternehmer nicht gewillt sind, freiwillig auch nur das geringste für die Gehilfen zu tun. Im übrigen ist es eine feststehende Tatsache, daß zahlreiche Gastwirte von den Gehilfen der privaten Stellenvermittler profitieren und daß sie auf deren Hilfe bei dem Bestreben, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Angestellten herabzubringen, nicht verzichten mögen.

Die Versammelten sind aber der festen Ueberzeugung, daß die gewerbmäßige Stellenvermittlung im Interesse des ganzen Gastwirts-gewerbes besteht und durch die kostengünstige paritätische ersetzt werden muß, und sie versprechen nicht eher zu ruhen, als bis dieses Ziel — ob mit oder gegen den Willen der Unternehmer — erreicht ist.

Das beste Mittel, die Forderungen der Gehilfen durchzusetzen, ist eine starke Organisation, der sich jeder Angestellte anzuschließen hat.“

Die „Normalarbeitsordnung“.

Die der Verband deutscher Stein-druckereibesitzer unter Führung des berüchtigten Freundschaftsmannes Dr. Gerschel nach und nach den Arbeitern aller Verbandsbetriebe aufzuzwingen gedenkt, beschäftigte am Dienstag eine vom Buchbinderverband einberufene öffentliche Versammlung der in der Buchdruckerei beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die außerordentlich zahlreich besetzt war. Genosse Ritter behandelte unter besonderer Berücksichtigung der Bestimmungen der neuen Gewerbeordnungsnovelle die bereits in einigen Betrieben eingeführte, mit juristischem Scharfsinn und großer Spitzfindigkeit vom Arbeitgeberverband ausgearbeitete Arbeitsordnung. Jede Gesetzesvorschrift, die den Arbeitern eine soziale Vergünstigung gewährt, wird — soweit sie nicht zwingender Natur ist — durch diese Arbeitsordnung außer Kraft gesetzt. Aber selbst zwingende Gesetzesvorschriften sollen durch sie umgangen werden. So wird die achttündige Arbeitszeit am Sonnabend und den Vorabenden der gesetzlichen Feiertage zwar eingeführt, sie muß aber an den übrigen Wochentagen wieder nachgeholt werden. So erhalten die Arbeiterinnen anstatt der Erleichterung, die ihnen das Gesetz zugedacht, eine Arbeitszeitverlängerung an den übrigen Wochentagen. Außerordentlich rigoros sind die Strafverordnungen und die im Gesetz angeführten Entlassungsgründe, von denen man wahrlich annehmen kann, daß mit ihnen jeder Arbeitgeber auskommt, doch werden diese um zehn weitere vermehrt. Jede freibeitliche Regelung der Arbeiter und Arbeiterinnen wird unterdrückt; Handlungen, die als Verfehlungen nicht angesehen werden können, werden mit horrenden Strafen bedroht, und zwar in Höhe bis zur Hälfte des durchschnittlichen Tagesverdienstes, einige Verfehlungen in Höhe des vollen Tagesverdienstes. Ueber diesen Schandvertrag, den die Arbeitsordnung darstellt, sind die Arbeiter des Gewerbes in helle Empörung geraten. Sie weigern sich, unter solchen Bestimmungen zu arbeiten. In Jülich, Nürnberg, München und Würzburg hat deshalb der Arbeitgeberverband bereits die Aussperrung durch die Kündigung der Arbeiter eingeleitet.

Dem mit stürmischem Beifall aufgenommenem Vortrage folgte eine kurze Diskussion, in der man sich hauptsächlich gegen die in einem in der „Morgenpost“ veröffentlichten Artikel enthaltene Behauptung des Dr. Gerschel wendete, wonach die Arbeiter im Gewerbe 5000 M. Jahresverdienst erzielen können, womit offenbar der Eindruck erweckt werden soll, daß die Löhne im Gewerbe äußerst günstige seien. Gerade die Firma Hagelberg & Co., die unter Leitung des Dr. Gerschel steht, sei durch außerordentlich niedrige Löhne bekannt.

Gegen die ihnen vom Arbeitgeberverband in der Normalarbeitsordnung gemachten Zumutungen protestierte die Versammlung durch Annahme einer Resolution, in der auch den in Nürnberg und München gegen diese Buchdruckerei kämpfenden Kollegen die Sympathie ausgesprochen wird.

Die Lohnbewegung in der Herrenkonfektion.

Am Dienstag hielten die Konfektions-schneider der Firma Machol u. Lewin bei Schulz in der Münzstraße eine zahlreich besuchte Versammlung der Werkstätten wie der Heimarbeiter ab, um über das Ergebnis der mit ihrer Firma gepflogenen Tarifverhandlungen zu beraten. Wie der Referent Friebe ausführte, hat sich die Firma sofort bereit erklärt, auf Grundlage des bei Walbert Stier abgeschlossenen Tarifs zu verhandeln, und sich ebenso bereit gefunden, den Tarif in gleicher Weise für die Heimarbeiter durchzuführen. Die Verhandlungen haben dann auch bereits für die meisten Positionen eine Ermäßigung gemäß den bei Stier anerkannten Preisen ergeben. Bei einigen Stellen bestehen jedoch noch Differenzen, und ebenso sind die Verhandlungen über die Bezahlung der Extraarbeiten, die Löhne der Tagsschneider und einige andere Bestimmungen des Tarifs noch nicht zu Ende geführt. Es handelt sich bei den Differenzen namentlich um die Grundpreise und Extrarbeiten bei Paletots, Mänteln, Automobilmänteln, sowie um einige andere Stücke. In der Versammlung wurden die verschiedenen Positionen, und besonders die noch strittigen Punkte, sehr ausführlich und gründlich besprochen, so daß die Diskussion sich bis nach Mitternacht hinzog. Unter anderem beschäftigte man sich auch mit der Frage, wie eine bestimmte Abgrenzung zwischen Konfektions- und Reparatur festgelegt werden soll, damit die Konfektions-schneider nicht unwillkürlich ihren Kollegen von der Reparatur gegenüber

zu Lohnrückern werden können. Es ist selbstverständlich, daß Reparatur nach dem Maßschneider-tarif bezahlt wird, aber es kommen Stücke vor, bei denen es nicht von vornherein klar ist, ob es sich um Maß- oder Konfektions-sachen handelt. Mit dieser Frage wird sich die Kommission in Gemeinschaft mit einigen hierin besonders sachverständigen Arbeitern noch näher befassen. Es soll dann sobald wie irgend möglich mit der Firma weiter verhandelt werden, damit der neue Tarif bereits am 15. Februar in Kraft treten kann. Nach dem Entgegenkommen, das Machol u. Lewin bisher bei den Verhandlungen gezeigt haben, kann man wohl erwarten, daß bei dieser Firma auf friedlichem Wege ein Tarifvertrag zustande kommt, der in jeder Hinsicht dem für die allgemeine Lohnbewegung maßgebenden Grundsatze entspricht, eine einheitliche Regelung für die gesamte Herrenkonfektion Berlins zu schaffen.

Die Präseireiseführer und Hilfsarbeiter.

nahmen in einer äußerst stark besuchten Versammlung abermals Stellung zu dem Stand ihrer Tarifverhandlung mit den Präseireiseführern. Uthoff berichtete darüber. Nachdem die letzte Versammlung der Aufsicht der Lohnkommission die Ermächtigung erteilt habe, von dem geforderten Mehrlohn von 2,50 M. pro Woche 1 M. bei den Verhandlungen abzulassen, so daß der Grundlohn auf 30 M. für brandenklundige Reiseführer und für brandenunkundige sowie für ältere Arbeiter auf 20 M. zu stehen kommen solle, habe die Kommission von den Unternehmern gefordert, auf dieser Grundlage weiter zu verhandeln. Die Vertreter der Unternehmer hätten erklärt, sich erst mit ihren Auftraggebern, den Mitgliedern ihres Vereines, ins Einvernehmen setzen zu müssen. Wider Erwarten hätten die Unternehmer nun folgenden Bescheid an die Verbandsleitung erteilt:

Verein der Präseireiseführer und verwandter Gewerbe zu Berlin und Vororte.

Berlin, den 28. Januar 1910.

An den Deutschen Transportarbeiterverband
Zahlstelle Berlin
zu Händen des Herrn Uthoff.

Unter höchster Bezugnahme auf die stattgehabten Verhandlungen bezüglich Abschluß eines neuen Vertrages teilen Ihnen ergebenst mit, daß in der letzten außerordentlichen Generalversammlung unseres Vereines die von Ihnen geforderten Bedingungen nicht genehmigt worden sind.

Hochachtungsvoll

J. A.: H. Ghlow, Schriftführer.

Uthoff bemerkte, die Antwort der Unternehmer bedeute den Abbruch der Verhandlungen. Daß die Präseireiseführer der minimalen Forderung, welche nummehr 1,50 M. betrage, einen derartigen Widerstand entgegenbringen, sei mit Sicherheit wohl darauf zurückzuführen, daß die Präseireiseführer zurzeit unter Kuratel des Arbeitgeber-Schutzverbandes in der Holzindustrie stehen und nach dessen Willen tanzen müßten. Mit Rücksicht auf die Verhandlungen in der Holzindustrie empfahl Redner den Anwesenden in dringlichen Worten, vorläufig nicht zur Offensive zu schreiten, sondern abzuwarten wie sich die Dinge weiter entwickeln würden. Die Verbandsleitung wünsche, daß sich die Kollegen die Taktik der Holzarbeiter aneignen. Sollte es zum Kampfe kommen, dann würden die Reiseführer ohnehin in Mitleidenschaft gezogen werden, dann würde aber ein gemeinsames Handeln mit den Holzarbeitern innerhalb der Präseireiseführer viel vorteilhafter für die Reiseführer sein.

Der Bescheid der Unternehmer hatte einen Sturm der Entrüstung unter den Versammelten wachgerufen. In der Diskussion wurde das Schreiben scharf kritisiert und bemerkt, daß der Schreiber des Briefes als Scharfmacher im Präseireisewerbe bekannt sei. Obgleich dieser Herr zu den Vertragsmeistern gehöre, habe er den abgelassenen Vertrag nicht innegehalten.

Die meisten Redner wandten sich strikte gegen die letzten Ausführungen von Uthoff und forderten, daß die Arbeitseinstellung am Montag, den 7. Februar, auf der ganzen Linie erfolgen solle. Ein Vertreter des Holzarbeiterverbandes warnte ebenfalls vor unüberlegten Schritten und empfahl dringend, noch einige Zeit abzuwarten. So lange der Holzarbeiterverband in Verhandlung stehe, könnten die Holzbearbeitungsmaschinenarbeiter den Reiseführern nicht die notwendige Unterstützung zuteil werden lassen, wie es ein solcher Kampf erfordern würde. Die Abstimmung über einen Antrag, der forderte, daß am Montag, den 7. Februar, in all denjenigen Betrieben, wo der Lohn von 30 M. nicht bewilligt wird, die Arbeit niedrigerzuliegen sei, brachte nicht die nach dem Verbandsstatut erforderliche Dreiviertel-Majorität. Inzwischen sollen nummehr weitere Maßnahmen getroffen werden, um den für die Bewegung in Frage kommenden Arbeitern zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Der Streik bei der Firma A. Gutschow, Friedrichstr. 24, Mehl- und Landesprodukte, dauert noch fort. Durch Annoncen in bürgerlichen Zeitungen, durch die bekannten Agenturen für Arbeitswillige und auch durch den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber im Handels- und Transportgewerbe (Firma Woll, Alt-Moabit 98—103) versuchte die Firma A. Gutschow, „tüchtige und leistungsfähige“ Arbeiter zu bekommen. Wie „nützlich und leistungsfähig“ diese Protektionstinder des Staates sind, geht aus dem Entgegenkommen, welches die Firma ihnen zeigt, hervor. Den Zweispännerkutschern gibt die Firma zwei Mitfahrer und den Einspännerkutschern einen Mitfahrer mit, damit dieselben nicht zu sehr angestrukt werden. Früher mußten die Kutscher diese Arbeit allein verrichten, und wurde ihnen die Forderung, einen Mitfahrer zu bekommen, selbst bei großen Fuhrten rundweg abgeschlagen. Während früher die Kutscher nicht selten abends noch mit einer Fuhrte vom Hofe fuhrten, sieht man jetzt nach 4 Uhr nachmittags keinen Kutscher mehr mit Ware vom Hofe fahren. Man sieht also, es geht alles, wenn es sich um die dem Staat nützliche Elemente handelt. Aber, auch selbst bei diesem Entgegenkommen der Firma ist es den Arbeitswilligen nicht möglich, die ihnen übertragene Arbeit so zu erledigen, wie sie früher von den Streikenden verlangt und auch geleistet wurde. Wie überall, so werden auch hier die Arbeitswilligen in jeder Weise durch die Polizei geschnitten. Mit Feindschaft hat die Polizei darauf gesehen, daß nicht etwa Arbeitswillige und Streikende zusammen einen Straßenbahnwagen bestiegen. Die letzteren mußten wieder absteigen. Einige der Arbeitswilligen fanden ganz besonderen Schutz, indem sie den Nachhauseweg sparen und im Betriebe schlafen durften. Selbst wenn auch bei der Firma die Erlaubnis Bahn brechen sollte, daß sie mit den alten, eingearbeiteten Arbeitern besser arbeitet, der Herrenhandpunkt muß gewahrt werden.

Achtung, Taxisler, Postseuiler! Die Differenzen bei der Firma Bolmar u. Rhode, Pringelstr. 28, sind durch Wiedereinstellung des gemahregelten Kollegen erledigt. Die Sperre über diesen Betrieb ist aufgehoben.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Postseuiler.

Deutsches Reich.

Verharmelung der Maurer mit den Bauhilfsarbeitern.
Die in Leipzig tagenden Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter haben ihre Verharmelung in namentlicher Abstimmung — die Maurer mit 242 gegen 23, die Bauhilfsarbeiter mit 103 gegen 4 Stimmen — beschlossen.

Achtung, Holzarbeiter! Bei der Firma Th. Marde u. Co. in Forst, Maschinenfabrik und Eisengießerei, haben die Schlosser, Dreher und Formner wegen Lohn-differenzen die Arbeit niedergelegt. Die Firma sucht in einer ganzen Reihe Provingblätter unorganisierte Metallarbeiter. Es wird erjucht, den Zugang von Formnern, Drehern und Schlossern nach Forst (in der Lausitz) strengstens fernzuhalten.

Achtung, Säderearbeiter! Bei der Firma A. C. Bahlsen, Hannoverische Kalesfabrik, legten am Dienstag 400 Arbeiter und

Arbeiterinnen die Arbeit nieder. Der bisher bestandene Tarif war abgelassen; bei der Einreichung eines neuen Tarifes lehnte der Fabrikant jede Verhandlung ab.

Der Kriegerverein als Arbeitsvermittler.

Das „Handwerk“, das Organ der Breslauer Innungs-meister, teilt mit, daß der Kriegerverein Breslau-Stadt einen Arbeitsnachweis für Gesellen und Arbeiter errichten will. Er will an alle Behörden und Arbeitgeber herantreten, damit diese ihre Arbeitskräfte vom Arbeitsnachweis des Kriegervereines beziehen. Das Generalkommando soll dabei helfen, indem es den einzelnen Truppenteilen den Auftrag gibt, daß sich die Reservisten schon vor ihrer Entlassung im Kriegervereines-Arbeitsnachweis zu melden haben. Auf diese Weise, so heißt es in den Blättern der Breslauer Innungs-krauter, hofft man dem Terrorismus der Gewerkschaften entgegenzuarbeiten. — Es fehlt nur noch, daß die Kriegervereiner das Generalkommando ersuchen, bei Lohnbewegungen die Soldaten kompanieweise abzukommandieren.

Für die Vermittlung von Streikbrechern wird sich dieser Arbeitsnachweis ohnehin bestens empfohlen halten.

Aus Industrie und Handel.

Deutschlands Außenhandel.

Nach den Veröffentlichungen der „Monatlichen Nachweise über den auswärtigen Handel Deutschlands“ stand im vergangenen Jahre in der Einfuhr Baumwolle dem Werte nach an erster Stelle. Es ergibt sich eine Gesamtsumme von 460,5 Millionen Mark. Ueber 75 entfallen davon auf das aus den Vereinigten Staaten eingeführte Material. Die Baumwoll-einfuhr mit 451,3 Millionen Mark stand der Baumwoll-einfuhr am nächsten. Es folgen dann: Futtergerste 373,2, Feinsgold, legiertes Gold, roh oder gegossen 202,2, Kupfer 191,8, roher Kaffee, legiertes Gold, roh oder gegossen 155,4, Eisen 178,1, Meximolle im Schmelze 150,6, Rohseide, ungefärbt, ungewirnt oder einmal gewirnt, vom Maulbeer-spinner 155,4, Eisen-ergze 137,2, Eier von Federvieh und Federtwild 134,7, Chile-salpeter 128,4, Tabakblätter, unbeeidete (Rohtabak), Abfälle davon 127,3, Mele (Viehfutter) 126,1, Kreuzbäume im Schmelze 115,5, rohe Helle zu Pelzwert von Pelztieren, außer Hafen- und Kaninchenfellern 113,3, Nadelholz, längsgefäht, nicht gehobelt usw. 104,9 Millionen Mark.

Unter den Ausfuhrgegenständen stehen Steinkohlen, Anthrazit, unbearbeitete Kannelkohle mit einem Werte von 311,0 Millionen Mark bei weitem an erster Stelle, es folgen Wolle (Niederstoffe usw.) mit 207,2, Anilin- und andere nicht besonders genannte Farbstoffe mit 121,4, Helle zu Pelzwert von Pelztieren 114,0 und deutsche Goldmünzen mit 101,3 Millionen Mark. Es folgen dann: Roggen 98,8, Feinsgold, legiertes Gold, roh oder gegossen 91,5, Baumwollwaren, gefärbt, bedruckt, bunt gewebt 90,2, Rübenzucker, roher, fester und flüssiger 87,2, Rübenzucker, Kristallzucker (granuliert), auch Sandzucker 86,4, Leder, halb- oder ganzer 82,2, Kinderpielzeug und Christbaumzweige 76,0 Millionen Mark. Der größte Teil dieser Hauptausfuhrartikel zeigt gegen die Werte des Jahres 1908 eine Steigerung.

Bei den in Tarifabschnitten zusammengefahten Waren war die Entwicklung der Ausfuhr nicht gleichmäßig. Ihr Wert ging z. B. bei Glaswaren von 104,1 auf 89,5, bei Kaufwaren von 45,7 auf 42,8, bei tierischen und pflanzlichen Spinnstoffen und Waren daraus, Schmutzfedern, Fächern und Hüten von 1208,8 auf 1107,2 Millionen Mark zurück. Andererseits ist der Ausfuhrwert bei den Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft, Nahrungs- und Genussmitteln von 1118,8 auf 1245,2, bei den chemischen und pharmazeutischen Erzeugnissen, Farben und Farbstoffen von 540,3 auf 625,2, Leder und Lederwaren, Kürschnerwaren, Waren aus Därmen von 357,7 auf 393,2, bei Papier, Pappe und Waren daraus von 184,3 auf 200,0 Millionen Mark gestiegen. Der Einfuhrwert hat sich besonders bei den Erzeugnissen der Land- und Forstwirtschaft usw. und zwar von 4396,3 auf 5380,5 Millionen Mark gesteigert.

Bündholzhandel. Der „Frankfurter Zeitung“ zufolge unterzeichneten gestern die Vertreter von 81 Pros. der Bündholzproduktion den Harzvertrag. Das Bündholzhandel gilt damit als perfekt.

Die neue Anleihe. Auf die zur Zeichnung aufgelegten 340 Millionen Mark 4prozentiger Reichsanleihe sind 468,7 Millionen Mark gezeichnet worden, auf 140 Millionen Mark 4prozentiger preußischer Konfols 284,6 Millionen Mark.

Erhöhte Dividende. Die Neue Boden-Altien-gesellschaft erzielte im verflohenen Jahre einen Reingewinn von 3 248 326 M. gegen 2 778 952 M. im Jahre vorher. Die Dividende soll diesmal 10 Prozent betragen. Für das Vorjahr kamen 8 1/2 Prozent zur Verteilung.

Wieder ein Fallissement im Berliner Holzhandel. Schon wieder ist eine seit langen Jahren bestehende Firma in Schwierigkeiten geraten. Die Kuppelhandlung von G. A. Schröder, Berlin, Brandenburgstr. 72, welche in der Hauptsache mit Tischlern arbeitete, hat ihre Zahlungen einstellen müssen. Die Passiva sind recht erheblich. Man rechnet, daß 40 Proz. in der Masse sind. Betelligt sind neben einigen Banken Holzlieferanten in Ostpreußen, Berlin, Mecklenburg.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die Landtagswahlen in Finnland.

Helsingfors, 9. Februar. (B. L. V.) Nach der vorläufigen Zusammenstellung ist das Ergebnis der Wahlen für den Landtag folgendes: Gewählt sind: Sozialdemokraten 87, Altfinnen 42, Jungfinnen 28, schwedische Volkspartei 26, Agrarier 16, christlich-soziale Arbeiterpartei 1.

Gegen die Schiffsabgaben.

Wien, 9. Februar. (B. L. V.) Die Abgeordneten Ragle r und Genossen brachten im Landtage eine Interpellation ein über die im Deutschen Reich geplante Einführung von Schiffsabgaben und richteten an die Regierung die Frage, was sie zu tun gedenke, um von Oesterreich im allgemeinen und von Nieder-Oesterreich im besonderen die wirtschaftlichen Gefahren, welche aus der geplanten Einführung von Schiffsabgaben auf den deutschen Strömen drohen, abzuwenden. In der Begründung der Interpellation wird ausgeführt, durch die geplante Reform würde die bisher freie Ausfuhr von Holz aus dem Ausland nach den Nordhäfen dem administrativen Ermessen der ausländischen Regierungen preisgegeben.

Hochwasser-nachrichten.

Wien, 9. Februar. (B. L. V.) Der Rhein ist von heute vormittag um 9 Uhr bis heute abend um 7 Uhr von 5,17 Meter auf 5,85 Meter gestiegen. Bei Bonn steigt der Rhein stündlich um 5 Zentimeter; um 6 Uhr abends betrug der Pegelstand dort 5,60 Meter. Man befürchtet, daß der Strom im Laufe der Nacht über die Ufer treten wird. Auch von der Elbe wird Hochwasser gemeldet.

Oldenburg, 9. Februar. (B. L. V.) Infolge der starken Schneefälle haben die Bunte und ihre Nebenflüsse eine außerordentlich hohen Wasserstand erreicht. In dem Nachbarorte Grevsten hat die Ueber-schwemmung bedrohliche Dimensionen angenommen. Ein Haus steht bereits zur Hälfte im Wasser, ein anderes ist vollständig vom Wasser eingeschlossen.

Französischer Parteitag.

2. Tag.

Rimes, 7. Februar. (Fig. Ver.)

Der Kongress beginnt die Beratung der Altersversicherung.

Als erster Redner spricht

Marius André: Der Senat sieht in dem Entwurf nur das Mittel, den Herrschenden 200 Millionen neue Steuern in die Hände zu geben. Diese werden von den Arbeitern bezahlt werden, teils unmittelbar in Form der Arbeiterbeiträge, teils durch die Ueberwälzung der Unternehmerbeiträge. Eine solche Versicherung sind wir schon heute unkonstante, zu erlangen — mittels der Selbsthilfe. In Frankreich haben wir vier Millionen Mutualisten Mitglieder von Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, also diejenigen, die sich versichern können, tun es, die andern können es nach ihrem Einkommen nicht und wir dürfen ihnen nicht eine drückende Steuer aufzwingen. Der Redner beruft sich auf die Bouververtreter im Senat, die um dieser Steuer willen die Versicherung der Kleinbauern und Pächter abgelehnt hätten. Das Durchschnittseinkommen von 901 fr., das die städtischen und ländlichen Arbeiter, mit den Halbpächtern zusammen, beziehen, gestattet die Auflegung einer neuen Steuer nicht, die als direkte unmittelbar zu spüren wäre, vor allem von den in ihrem Budget verkürzten Hausfrauen. Wir dürfen nicht nur den Effekt bei den Wahlen im Auge haben, sondern müssen weiter sehen. Werden sich die Folgen des Gesetzes fühlbar machen, dann werden sich die Unternehmer wie die Arbeiter, werden sich die vier Millionen Mutualisten gegen seine Urheber wenden. Die Mutualität versichert gegen dauernde Gefahren des Arbeiterlebens, der Entwurf nur für den Ausnahmefall eines hohen Alters. Wir müssen auf dem Umlageverfahren bestehen, das dem Klassenstaat nicht neue Mittel zur Verfügung stellt. Die Vorlage ist voll von Tücken, sie ist unverbesserlich. Wegen dieses verbrecherischen Gesetzes müssen unsere Deputierten stimmen.

Renaudel (für): Die Frage ist eine politische, wir dürfen sie nicht wie dies das Recht der Gewerkschaften ist, absolut beantworten. Wir müssen den Deputierten ihre Zustimmung vorschreiben. Sicherlich hat die Vorlage viele schwere Fehler, aber sie beruht auf derselben prinzipiellen Grundlage, wie jenes Gesetz, das vor vier Jahren alle unsere Deputierten votiert haben. Das Gesetz wird von den anderen Parteien durchgebracht werden, aber wir dürfen uns nicht mit einer Negation begnügen, sondern müssen uns rüsten, sofort für seine Verbesserung, für seine Erweiterung zu einer allgemeinen Arbeiterversicherung zu arbeiten. Der Staatsbeitrag ist schon heute auf das Umlageprinzip basiert. Wir müssen uns bemühen, seine Anwendung in der Uebergangsperiode auszudehnen. Das die Arbeiter selbst in letzter Linie die Kosten der Versicherung tragen, ist in der kapitalistischen Gesellschaft nicht zu vermeiden. Wenn man uns aber die Gefahren der Kapitalisation schildert, so verweisen wir darauf, daß heute jede große Reform kultureller oder sozialer Natur infolge der mangelnden Mittel undurchführbar ist. Unter diesem Uebel leidet das weltliche Schulwesen der Republik, mit diesem Argument widerlegt man sich der Rationalisation industrieller Unternehmungen, hier liegt die Schwierigkeit, die Uenza-Sphäre im Interesse der Nation zu ordnen. Brauchen unsere Gemeinden nicht Kredite für den Bau von Arbeiterhäusern usw.? Wir brauchen eine Umformung der Gesellschaft schon vor dem Tage der Revolution. Gegen die Zentralisation, deren Verschärfung man fürchtet, haben wir seit einiger Zeit eine wertvolle Würgschaft: den Syndikalismus der Beamten. Ich vertraue auf die wachsende Kraft der Arbeiterorganisationen, die aus den Mängeln der Reform selbst eine Quelle neuer Aktionen machen wird. Wir dürfen sie nicht verhindern, wir dürfen aber auch nicht zur bequemen Ausflucht der Stimmhaltung greifen. Wir haben das Recht, die Radikalen anzuklagen, daß sie nicht eine Altersversicherung nach dem Muster Englands schaffen, aber wir dürfen ihnen nicht durch unsere Haltung in die Hände arbeiten. Wenn man uns die Haltung des C. G. T. vorklärt, so erwidern wir darauf, daß wir in den Entscheidungen der Konföderation wohl eine Weisung in speziellen Angelegenheiten der Arbeiterschaft erblicken, aber bei der Altersversicherung handelt es sich auch um die kleinen Landwirte. Beauftragen wir unsere Fraktion, für die Vorlage zu stimmen.

Rappoport (gegen) sieht in der Altersversicherung nicht eine jener organischen Reformen, die die Rolle des Arbeiters innerhalb der Produktion betreffen, wie der Achtstundentag. Sie ist nur

eine Veränderung der Armenversorgung und nicht unter der direkten PreSSION der Arbeiterklasse zustande gekommen. Für die Breite war in der vorparlamentarischen Epoche manchmal besser gefordert als unter dem Kapitalismus. Der Redner gibt einen Rückblick über die Geschichte des Gesetzes, das die Deputiertenkammer 1906 bewilligt hat und beruft sich auf frühere unglückliche Verhandlungen Vaillants und Dubreuilhs. Er wirft der Mehrheit vor, daß sie sechs Jahre lang ihre Taktik nach den Anschauungen der C. G. T. gerichtet und ihr politisches und sozialistisches Gewissen kompromittiert habe, jetzt aber in einer speziellen Arbeiterfrage, wo die Konföderation wirklich kompetent sei, sich weigere, ihr zu folgen. Das Gesetz entspricht nicht den von der Toulouser Resolution geforderten Bedingungen. Das ist keine Reform, die eine revolutionäre Waffe ist. Ihre Wirkungen werden erst in 30 bis 40 Jahren verspürbar sein. Vorkläufig macht sie die Arbeiterklasse ärmer und hindert die Arbeiter, ihre Organisationsbeiträge zu zahlen. Wenn man sagt, daß sich die Deputierten, die 1906 für das Gesetz gestimmt haben, nicht selbst desavouieren können, so ist dafür zu bemerken, daß auch die Gegner der Altersversicherung überhaupt damals „im Prinzip“ für sie votiert haben, in Erwartung ihrer Rückkehr aus dem Senat. Nur fünf Stimmen wurden gegen sie abgegeben. Es war ja am Vorabend der Wahlen. Das leidenschaftliche Eintreten der Reformisten für die Vorlage ist nur darauf zurückzuführen, daß sie in jeder Verwirklichung einer Reform ein Stück Sozialismus sehen. Der Redner zieht das systematische Herabsetzen jeder Reform der systematischen Glorifizierung vor. Denn mit dieser liefern wir nur dem Antiparlamentarismus eine neue Waffe. Die deutsche Sozialdemokratie ist trotz ihrer Ablehnung des Gesetzes die stärkste Macht der Internationale geworden. Die Wähler werden uns verzeihen. Stimmen wir, nicht gegen das Prinzip, aber gegen die Bestimmungen, die das Gesetz zu einem bourgeoisen Humbug stempeln. (Beifall.)

Nachmittags-Sitzung.

Ducasse (Weinbergarbeiter, Delegierter der Föderation Landes) erklärt sich für die Annahme des Gesetzes.

Grouffier (Seine) war immer ein Anhänger des Prinzips der Vorfierung der Arbeiterversicherung aus Steuern, aber er hätte dagegen gestimmt, daß man es zuerst bei der Altersversicherung in Anwendung bringe. Doch darum handelt es sich jetzt nicht. Wenn wir nur einen Beitrag am Gesetz ändern, so bringen wir es in Gefahr, ohne jede Hoffnung auf Verbesserung. Ist aber der Senat-entwurf ein Beitrag, so genügt unsere Ablehnung nicht, dann wäre die Obstruktion Gebot. (Rufe: Die wollen wir ja.) Ich frage die Gegner des Entwurfs: Haben Sie den Mut, die Verantwortung für die Obstruktion auf sich zu nehmen? Nein, Sie haben sie nicht. Eine solche Haltung ist unwürdig. Die Partei kann uns nicht das Mandat geben, gegen das Gesetz zu stimmen. Der Redner geht dann auf die Einzelheiten ein. Den Einwand der Kostenüberwälzung kann man gegen jede Reform geltend machen. Das Kapitalisationsystem ist dem Umlageverfahren in mancher Beziehung überlegen, es ist kein Beitrag. Marcus André hat es abgelehnt, als sein Verurs, die Eisenbahner, ihre Pensionsgehälter erhalten. Die Kapitalisation bedeutet nicht, wie viele glauben, eine Geldanhäufung ins Unbegrenzte. Sie ist beschränkt. Und das Kapital ist keineswegs der herrschenden Klasse überantwortet. Das Gesetz erlaubt, die Beiträge an Baugenossenschaften zu zahlen und eben hier liegen bedeutende Möglichkeiten für die organisierte Arbeiterklasse. Die hohe Altersgrenze gilt nicht absolut, da das Gesetz schon eine frühere Liquidierung der Rente vorseht. — Wenn man einwirft, daß die Arbeiterkassen nicht verbessert werden, so stimmt das ebenso wenig, vielmehr hat so ziemlich jedes dieser Gesetze Erweiterungen und Verbesserungen erfahren. Redner verteidigt die Souveränität der Partei der Konföderation gegenüber. Diese hat das alleinige Entscheidungsrecht nur in den Fragen ihrer eigenen Organisation. Wägen wir uns nach den Beschlüssen der C. G. T. richten, wären wir zur Bekämpfung des kollektiven Arbeitsvertrags gezwungen, den ihre eigenen Organisationen anwenden. In wichtigen Fragen, wie der vorliegenden, müßte die C. G. T. mit uns gemeinsam beraten. Was Sie wollen, ist eine Partei, die eine Statute von strengen Formen sei, die in Unbeweglichkeit der Arbeiterklasse das Ziel zeige. Wir aber wollen sie lebendig sehen, wollen, daß sie ihr Kraftvoll voranschreite auf dem Wege zur Befreiung. (Lebhafter Beifall.)

Méru (Insurrektioneller, Paris, gegen) fordert den Tadel für die Deputierten, die vor vier Jahren für die Altersversicherung gestimmt haben. Die Altersversicherung ist eine Angelegenheit, die in gewerkschaftliche Interessen eingreift und darum hatten die Deputierten der schon bekannten Entscheidung der C. G. T. Folge zu leisten. Er beruft sich auf Pillelants feinerzeitige Erklärung gegen die Kapitalisation und Jourds Zustimmung dazu. Diese

Meinungsbänderungen sind die unausbleiblichen Folgen des Parlamentarismus.

Thomas (für) polemisiert gegen Rappaports Darstellung der Taktik der deutschen Sozialdemokratie in der Frage der Altersversicherung. Die deutsche Partei hat in der Zeit der Bismarckschen Verfolgung gegen das Gesetz gestimmt, aber seither für alle Verbesserungen der Sozialreform. Der französische Entwurf ist übrigens lange nicht so schlecht, wie man ihn gemacht hat. So ist der Staatsbeitrag nicht als zweimal so groß als im Deutschen Reich, das eine um 65 Proz. größere Bevölkerung hat. Auch ist eine, wenn auch nicht genügende Invalidenversicherung vorgesehen. Die Geschichte des deutschen Reform zeigt die Möglichkeit von Verbesserungen in naher Zeit, wenn die Deputierten, die Gewerkschaften, die Arbeitersekretäre ihre Pflicht tun. Redner zieht die Versicherung mit Beiträgen der Arbeiter vor. Wenn wir uns nicht klar und entschieden für das Gesetz aussprechen, wird man uns vielleicht mit einer verbesserten Armenversorgung abspesen und die Altersversorgung ist vielleicht für ein Jahrzehnt und mehr aufgeschoben. (Anhaltendes Händeklatschen.)

Renaud (Textilarbeiter) stützt sich vor allem auf die Höhe der Beitragsleistung und die Niedrigkeit der Rente. Wir wollen die Altersversicherung, aber sie muß anderswo hergeholt werden, als aus den Taschen der Arbeiter. In Frankreich ist die Neigung zur Beitragszahlung sehr gering. Die Einführung der obligatorischen Arbeiterbeiträge für die Versicherung wird die Restrukturierung für die Gewerkschaften noch erschweren. Der Redner bestreitet aber nicht, daß die Reform in der Arbeiterschaft und in der C. G. T. nicht genug diskutiert und studiert worden ist. Hier wäre eine Aufgabe für die C. G. T. gewesen, die wichtiger gewesen wäre als Antiparlamentarismus, Antiparlamentarismus usw. Die Reformen überlassen uns, weil wir nicht vorbereitet, nicht genug organisiert sind. (Beifall.)

Der Redner will abtreten, da ruft Renaudel: Und die Konklusion? Bist Du für oder gegen die Ablehnung in der Kammer? Renaud antwortet: Ich will, daß unsere Deputierten für die Vorlage stimmen. (Minutenlanges, demonstratives Beifall bei einem großen Teil des Kongresses. Sembat, Jourds, Renaudel und andere haben sich erhoben und applaudieren dem Redner, der „Gegen“ eingezichnet war. Anhaltende Bewegung.)

Vaillant (für) zieht die Altersversicherung der Armenversorgung, die immer entwürdigend bleibt, vor. Die Arbeiterversicherung in den germanischen Ländern hat einen ganzen Wandel der Anschauungen über das Recht des Arbeiters hier vorgebracht. Die Deutschen haben die Krankenversicherung weiter, weil sie einerseits von der Regierung der Verordnungen eingebracht war, andererseits weil sie namentlich keine Selbstverwaltung gab, aber nicht wegen der Kapitalisation und wegen der Arbeiterbeiträge. — Seither ist das deutsche Proletariat eine wahre Wertstätte von Sozialreformen geworden. — Das vorliegende Gesetz bedarf der Verbesserungen, namentlich auf dem Gebiet der Invalidenversicherung. Wir müssen sie in gemeinsamer Arbeit erstreben. (Beifall.)

Giancette Seine, Sekretär der Gewerkschaft der Aufseher (für) spricht für das Umlageverfahren. Es ist eine Selbsttäuschung, darauf zu hoffen, daß der Staat der Bourgeoisie das angefallene Kapital für Zwecke zur Verfügung stellen werde, die dem kapitalistischen Interesse Abbruch tun. Die Arbeiterbeiträge entgehen der Organisation.

Rimes, 8. Februar.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der Parteitag nahm in der Nachtsitzung mit 193 gegen 156 Stimmen die Resolution Vaillant an, die die Fraktion auffordert, für die Altersversicherung zu stimmen.

Der Kongress der englischen Arbeiterpartei.

Report, 9. Februar. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Es sind 495 Delegierte anwesend, die sämtliche Teile des Reiches und proletarischen Organisationen vertreten. Die Ankunft der Vertreter der Delegierten rief großen Beifall hervor. Gestern wurde in geheimer Sitzung, der Stadtkonvent präsidierte, beschlossen, eine Novelle zum Gewerkschaftsgesetz einzubringen, gemäß der Forderung der Resolutionen I und II des Vorberichts (in Nr. 32 d. „Vorw.“). Dagegen wurde die Resolution III, die freiwillige Sammlungen befürwortete, zurückgezogen, da sie eine Konzeption an die herrschenden Klassen bedeuten würde.

eine alte Ausgabe von Meyers Konversationslexikon, einen Laib Chesterkäse (gut durch), ein Vogelbauer mit einem leider nicht mehr ganz frischen Dampfschiff, eine „Lournüre“ von 1876, mehrere blaue Emailgeschirre, zwei Jahrgänge der „Times“, eine Sprungfedermatratze, einen Paletot, den König Eduard als eines seiner „Jugendwerke“ erkannte, einen Halleluja-Dut von der Peilsarmee und ein etwas verstimmtes Piano. Den wichtigsten Fund aber bildet ein rot und grün gestreifter Unterrock aus Baumwollstoff, der mit den Buchstaben M. L. gezeichnet ist. Das heißt selbstverständlich Mona Lisa, und damit ist die Autorschaft Lionardos direkt bewiesen.

Die Kanalstühle, die man früher so deutlich beobachtet konnte, daß man sogar die Kanalräumer bei der Arbeit sah, sind nach neuerlichen Aufnahmen mit einem amerikanischen Riesentelegraph auf dem Mount Wilson von fünf englischen Meilen Objektivdurchmesser abhakt verschwunden. Betreffs der Ursache dieser Verschwindung tappte man in der grellsten Dunkelheit, bis mit einem neuen Riesentelegraph der Vid-Sternwarte, an dem schon das Dollar einen Durchmesser hat, der die Tubuslänge des obengenannten Teleskops bedeutend weit übertrifft, die Affäre aufgeklärt wurde. Der Grund des Verschwindens der Kanäle ist ein politischer: auf dem Mars sind zurzeit die Junker wieder oben, und diese sind, wie in Preußen — Kanalgegner! Sie haben die Kanäle zuschütten lassen, welche bekanntlich vorher — unter liberalem Regime! — sogar verdoppelt worden waren.

(Forschungszimmer der „Mensch. R. Nachr.“.)

Notizen.

— Der Pariser Radium-Kalast. Das Pariser Pasteur-Institut, das in letzter Zeit durch Erbschaft in den Besitz großer Mittel gelangt ist, hat 400 000 fr. für die Errichtung eines großen Laboratoriums ausgelegt, das zum Studium der radioaktiven Erscheinungen und ihrer Anwendung zu ärztlichen Zwecken bestimmt ist. Die Anstalt wird den Namen Radiumpalast tragen.

— Zur Früherkennung der Tuberkulose hat die staatliche Gesundheitsbehörde von Ungarn den Beschluß gefaßt, daß in einer großen Zahl von Laboratorien, die auf das ganze Land verteilt sind, kostenlose Untersuchungen des Auswurfs von tuberkuloseverdächtigen Kranken mit größter Befleißigung vorgenommen werden sollen. An alle Kräfte ist ein Rundschreiben gerichtet worden, worin sie aufgefordert werden, von dieser Bestimmung im allgemeinen Interesse Gebrauch zu machen.

— Beachtenswert auf den Südpol. Nach Meldungen aus Washington nahmen die Vorstände der Geographischen Gesellschaft und des Arctic Clubs die Einladung Pearss an, sich mit ihnen zur gemeinschaftlichen Ausrichtung einer Expedition zur Erreichung des Südpols zu verbinden. In der neuen Expedition, die auf dem Dampfer „Nautilus“ erfolgen soll, wird mit Ausnahme Pearss die gesamte Mannschaft teilnehmen, die ihn auf der Nordpol-Expedition begleitete.

Kleines feuilleton.

Die Bibliotheken der Berliner Arbeiterorganisationen. Im Februarheft des „Bibliothekar“, der jetzt bereits im zweiten Jahrgange stehenden Monatschrift für Arbeiterbibliotheken, werden die Ergebnisse einer Umfrage über die Berliner Arbeiterbibliotheken veröffentlicht. Danach besaßen 31 Organisationen 41 401 Bücher, die im Jahre 1908 128 084 Entlehnungen ergielten. 30 Organisationen beantworteten die Anfrage nicht, so daß die Gesamtziffer ein falsches Bild gibt. Ein Auszug aus der Statistik mag zeigen, wie viel Bücher die wichtigsten Organisationen besaßen und wie oft sie ausgeliehen wurden.

Name des Vereins	Bände	Entlehnungen
Arbeiterbildungsschule	2066	3242
Bäder	472	1106
Buchbinder	2000	4028
Buchdrucker	4500	12477
Fabrik- und Hilfsarbeiter	560	348
Gastwirtsgehilfen	000	2828
Glasler	1000	890
Hofarbeiter	3488	12876
Stärkner	579	1489
Lithographen und Steindruck	1084	1248
Raser und Lackierer	1263	922
Raurer	2268	3938
Metallarbeiter	10000	60451
Sattler und Portefeinler	745	1751
Schneider	822	674
Schuhmacher	609	468
Städtische Arbeiter	703	578
Tapetierer	519	808
Textilarbeiter	590	470
Töpfer	824	834
Transportarbeiter	3500	10618
Zimmerer	761	377

Der Herausgeber des „Bibliothekar“, Genosse G. Hennig, bemerkt zu dem Resultat, daß den Berliner Arbeiterorganisationen auf diesem Gebiete noch sehr viel zu tun übrig bleibt, wenn sie sich nicht von anderen Städten in kurzer Zeit völlig überflügelt sehen wollen.

In der Tat sind die Anleihschiffer der Leipziger Arbeiterbibliotheken, die in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen haben, bedeutend höher. Seit vier Jahren hat sich die Vermehrung dort verdreifacht. Im Jahre 1909 besaßen 64 Bibliotheken 140 344 Bände aus, darunter wies die größte (Blagowj-Lindenau) bei einem Bücherbestand von 5122 nicht weniger als 34 664 Entlehnungen auf. Jedes Buch ist also durchschnittlich siebenmal ausgeliehen worden. Die Berliner Statistik ergibt, daß die kleinen Bibliotheken meist geringere Frequenz haben und daß die größte

Bibliothek (die der Metallarbeiter) am besten ausgenutzt wird. Um indes Leipziger und Berliner Ergebnisse richtig vergleichen zu können, müßte eine genauere Statistik für beide Orte, die auch die Zahl der Organisierten, die Größe des Distrikts und manches andere heranzöge, aufgenommen werden.

Das Telephon in Europa und Amerika. In ganz Europa waren am Anfang des Jahres 1910 rund 2 800 000 Telephonapparate in Betrieb, während in den Vereinigten Staaten zur selben Zeit 7 000 000 benutzt wurden. Diese Tatsache gibt einem Korrespondenten der „Times“ Veranlassung zu einem Vergleich über den Gebrauch, der in der alten und in der neuen Welt vom Telephon gemacht wird. Er kommt dabei zu der interessanten Feststellung, daß die drei größten Städte der Vereinigten Staaten, nämlich New York, Chicago und Boston, allein mehr Telephone besitzen, als ganz England. In New York allein existieren 334 186 Apparate, in Chicago 184 922 und in Boston über 100 000. Die Stadt New York hat doppelt so viel Telephone als der Staat Frankreich, der deren 194 159 zählt. Nur Deutschland und Schweden lassen sich im Telephongebrauch einigermaßen mit Amerika vergleichen. Dagegen stehen Staaten wie Oesterreich, Italien, die Schweiz, Belgien hinter amerikanischen Städten zweiten Ranges zurück. St. Louis, Cincinnati oder Pittsburg zählen mehr Telephonapparate als Oesterreich, das 85 000 besitzt. Am wenigsten lassen sich die Telephonverhältnisse Spaniens mit den amerikanischen vergleichen. Während in Amerika auf je 12 Personen ein Telephon kommt, entfällt ein solches erst auf 175 Europäer. Diese Rückständigkeit der alten Welt suchen die „Times“ damit zu erklären, daß der Telephonbetrieb in Europa vom Staat besorgt wird, während er in Amerika in den Händen von Privatgesellschaften ist. Diese Tatsache reicht aber zur Erklärung nicht hin, denn drüben sind die Telephongebühren höher als in den europäischen Staaten; man muß also zur Erklärung des Unterschiedes schon die amerikanische Nationaldevisen „Zeit ist Geld“ zu Hilfe nehmen und außerdem die amerikanische Charaktereigenschaft, bei geschäftlichen Unternehmungen großer und kleiner Art an Betriebskosten nicht zu sparen. (Trotzdem würde eine Verbilligung des Telephons die Zahl der Benutzer bei uns wesentlich steigern. In Schweden, wo die Telephongebühr erheblich niedriger ist als im Deutschen Reich, ist die Zahl der Anschlüsse verhältnismäßig bedeutend höher, ohne daß dabei Nationaldevisen und dergleichen mitwirken. Die Red.)

Humor und Satire.

Die Ausgrabungen in der Florabüste werden fortgesetzt und haben schon so interessante und umfangreiche Resultate ergeben, daß man jetzt daran geht, auf der Außenwand ein häßliches kleines Forummusem zu errichten. Lionardo da Vinci hat bekanntlich die Gewohnheit gehabt, alle möglichen Dinge in seinen Wachsblättern zu deponieren, und je tiefer man in seine Wüste hinein kommt, desto merkwürdiger Sachen findet man. Lächer einem gut erhaltenen farbigen Steinbild fand man in der letzten Woche noch

Am zweiten Tage führte Herr Gardie den Vorsitz. Nach der Erwählung des Bureau's verlas er die Eröffnungsrede, die vom Parteivorstand entworfen war und etwa folgende laute: Die Partei ist jetzt 10 Jahre alt. Bei ihrer Geburt zählte sie 376 Mitglieder, jetzt 1 1/2 Millionen; damals wählte sie 16 Parlamentarier, jetzt 77. Die 70 000 Stimmen erhielten, bei diesen Wahlen kandidierten 77 Vertreter, die 505 308 Stimmen erhielten. Damals wurden nur 2 gewählt, jetzt 40. Allein Zahlen drücken nicht den ganzen Fortschritt gegen damals aus. Das Streben nach Sozialreform erfüllt jetzt das ganze Proletariat und treibt das Parlament zu Tode. Die letzten Wahlen enthüllten Schwächen unserer Organisation und ebenso Schwächen des Wahlrechts, die beseitigt werden müssen. Die Partei ist unzufrieden mit den Kandidaten, die vielfach zur Niederlage unserer Kandidaten beitrugen, obwohl die Arbeiterklasse die einzige Macht ist, die ehrlich für Homerule (Selbstverwaltung Island) ist. Die ganze Presse spekuliert jetzt, was die Politik der Arbeiterpartei sein wird. Die Partei bleibt fruchtlos selbständig, es wird kein Kompromiß mit irgend einer anderen Partei geschlossen. Sie ist der heftigste Feind der Lords, überhaupt jeder zweiten Kammer, denn diese muß ihrer Natur nach reaktionär sein. Wir bilden eine Sektion der Internationale, mit der die Diplomatie rechnen muß. Die Arbeiterpartei ist wesentlich sozialistisch, sie gewinnt immer mehr die Ueberzeugung, daß keine Hoffnung auf gründliche Besserung der Arbeiterlage ist, so lange die Privatproduktion besteht. Jeder Arbeiterkandidat muß berechtigt sein, für den Sozialismus zu agitieren. Am Nachmittag findet die Diskussion über den Jahresbericht und über die Wahlstatistik statt.

Militärfiskalische Unterchiefe vor dem Kriegsgericht.

Siebenter Verhandlungstag.

Neun acht Tage währt bereits der große Bestechungsprozess vor dem Kriegsgericht der 1. Garde-Division. Der gestrige Verhandlungstag (Mittwoch) war für die Plaidoyers bestimmt. Der Vertreter der Anklage, Dr. Kayser, stellte nach langem Plaidoyer folgende Anträge: Gegen den Wachmeister Korstadi wegen militärischen Diebstahls, Bestechung, schuldhafter Verabreichung der ihm obliegenden Beaufsichtigung Kasergebener und wegen der Unterlassung von Meldungen strafbarer Handlungen Unterbeamter ein Jahr sechs Monate Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere; gegen den Witzwachmeister Müller ein Jahr drei Monate Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere; gegen die Sergeanten Meyer und Wohl wegen der gleichen Straftaten je ein Jahr und drei Monate Zuchthaus und Entfernung aus dem Heere. Gegen Prusale, bei dem die Sache milder liege, beantragt der Ankl. je ein Jahr drei Monate Gefängnis und Degradation, gegen den Witzwachmeister Rautenberg sechs Monate Gefängnis und Degradation und gegen Hansel vier Monate Gefängnis.

In einem ausgedehnten Plaidoyer ergriff der Verteidiger des Hauptangeklagten Korstadi, Justizrat Sello, über den Prozess und suchte die Unschuld seines Klienten nachzuweisen. Es folgte das Plaidoyer des Rechtsanwalts Ulrich, des Verteidigers der Angeklagten Meyer, Wohl und Hansel. Er charakterisierte die Zeugnisaussagen und beantragte gleichfalls die Freisprechung seiner Klienten. Für die beiden Witzwachmeister Rautenberg und Müller trat Rechtsanwält Zeitschel ein. Er ist der Ansicht, daß gegen die beiden Angeklagten so gut wie nichts spreche und ihre Schuld in keiner Weise nachgewiesen sei. Als letzter Verteidiger ergriff Justizrat Winterfeld das Wort für den Sergeanten Prusale: Falls das Gericht zumunsten des Prusale urteile, so beantrage er nachträglich noch die Ladung eines Sachverständigen, der darüber Auskunft geben solle, welche Quantitäten Futter den Pferden entzogen werden können, ohne daß die Leistungsfähigkeit der Tiere leide. Die Angeklagten, zum letzten Wort gelassen, bitten sämtlich um Freisprechung, da sie sich unculdig fühlen. Sergeant Meyer erklärt, die Hälfte der Zeugen hätte einen Meineid geleistet! Das Urteil wird morgen, Freitag, mittag verkündet.

11. Verbandstag der Maurer Deutschlands.

Leipzig, 7. Februar. (Fig. Bericht.)

1. Verhandlungstag. (Abend Sitzung.)

Es werden noch die Schlussworte zum Vorstandsbericht entgegengenommen. Böhmberg: Wichtigere Einwendungen sind gegen den Vorstandsbericht nicht erhoben worden. Gedruckt konnte er nicht vorgelegt werden, weil er selbstverständlich bis zum 6. Februar nicht fertig sein konnte. Die Konferenzen sollten allerdings vor dem Verbandstag abgehalten werden, aber das war diesmal auch ausgeschlossen. Die Berliner Buhler können nicht verlangen, daß eine Buhlerkonferenz einberufen werde. Nur in wenigen Städten gibt es Buhler, sonst puzen auch Maurer. Man würde gar nicht die Delegierten dafür erhalten.

Wir hat es in gewisser Hinsicht gefallen, daß der Redaktion Vorwürfe wegen der Calwer'schen Artikel gemacht wurden. Es ist gut, wenn die Kollegen über die prinzipielle Haltung des Blattes wachen. Hier war aber der Vorwurf unbedeutend. Gerade von unserten Vorstand ist seinerzeit beim „Korrespondenzblatt“ angezweifelt worden, eine geeignete Person mit der Herausgabe einer wirtschaftlichen Rundschau zu beauftragen. Als Calwer aus der Partei ausgeschieden war, konnte die Redaktion nicht sagen, nun brauchen wir die Artikel nicht mehr ab. Die Vorstandskonferenz mußte erst Stellung dazu nehmen. Und wenn ich auch heute noch nicht sagen kann, wie die Sache sich gestalten wird, weil sie noch nicht abgeschlossen ist, so wird doch die Zeit kommen, wo wir die wirtschaftlichen Berichte bringen werden, ohne daß der Name ihres Verfassers Calwer ist. Die leitenden Leute der Gewerkschaftsbewegung brauchen die Aufklärung in den wirtschaftlichen Fragen. Dazu können wir nicht den „Vorwärts“ zur Hand nehmen. (Zuruf: „Leipziger Volkszeitung“) Auch die nicht! Calwer gibt jetzt eine Zeitschrift „Konjunktur“ heraus. Wir haben unseren Gauleitern empfohlen, diese Zeitschrift zu abonnieren, weil das die einzige annehmbare Quelle ist, aus der man sich die Informationen holen könne. Es gibt sonst keine Leute, die darüber schreiben können. (Zuruf: Dillfelding!) Ich rede nicht über die Person. Aber sagen möchte ich, dazu gehören Leute mit der Eigenart Calwer's. Wir können aber über diese Sache hinweggehen und abwarten, wie sie sich weiter gestaltet. Wenn wir noch einige Zeit die Calwer'schen Artikel bringen, wird der politische Charakter der deutschen Maurer nicht leiden.

Dann ist auch wieder über die Raiffeisen gesprochen worden. Jetzt doch das Kind einmal ruhen. Das viele Debattieren nützt nichts. Zur Beurteilung dieser Frage hat die deutsche Arbeiterbewegung eine Grundlage geschaffen, auf der wir weiter arbeiten wollen.

Selbstverständlich wird die Arbeitslosenstatistik weitergeführt werden. Wahrscheinlich wird sie 1911 wieder aufgenommen, auf jeden Fall aber 1912. Die Arbeitslosenunterstützung kann nicht eingeführt werden. Die Berliner Kollegen fallen da aus einem Extrem ins andere. Wer dort vor Jahren ihre Einführung verlangt hätte, wäre gesteinigt worden. Augenblicklich sind die Berliner für alles, da ist allgemeine Begeisterung dafür. Wenn wir ihren Wünschen Rechnung tragen würden, und nach 6 Jahren würden sich Salamisitäten ergeben, dann würden die Berliner rufen: Wir haben Euch gewarnt. (Weiter!) Dort wo das Center System eingeführt wird, müssen andere Maßregeln ergriffen werden. Der deutsche Maurer muß auch heute und noch weiter hin in jedem Monat das verdienen, was er für die Erhaltung seiner Familie im ganzen Jahre braucht. Früher wie nicht die Arbeitslosenunterstützung ein, sondern kämpfen wir für besseren Lohn! (Lobhafter Beifall)

Da heute Berlin geht in seinem Schlusswort über den Ausschlußbericht nochmals auf einige unwichtige Streitfälle ein.

Redakteur Winnig: Ich bin bereit, alles das zu verteidigen, was hier angegriffen worden ist. Im Fall Calwer brauche ich nur wenig zu sagen. Es hätte scheinen können, als ob alle Delegierte die Haltung der Redaktion verurteilten. Ich war deshalb über den Beifall erfreut, der erscholl, als Höbener aussprach, man solle das Gute nehmen, was er kommt. Ich habe darnach die Ueberzeugung, daß die Majorität unsere Haltung billigt. Es wäre kein Ruhmesblatt in unserer Geschichte, wenn wir sofort auf Calwer's Austritt hin auf seine Mitarbeit verzichtet hätten. Wir wollen die Achtung abweichender Gesinnung in unseren Reihen nicht haben. Vor dem Menschen, dem Wissenschaftler und Sozialisten Calwer habe ich die größte Hochachtung. Calwer's Argumente sind nicht die unseren; aber sie sind den Unternehmern ebenso unbedeutend.

Von den Beweggründen zu meiner Stellungnahme in der Raiffeisenfrage sollte ich eigentlich nicht sprechen müssen. Unsere Kollegen hatten einen schweren Winter hinter sich, fast zwei Drittel waren arbeitslos gewesen. Und die Trostreden der Unternehmern mußten erst genommen werden. Wir konnten nicht durch die Arbeitsruhe eine große Ausperrung riskieren. Ich bin der Meinung, daß durch die Arbeitsruhe eine wirkungsvolle Demonstration für die Sozialdemokratie nicht gekommen ist.

Muth hat und Schlappheit in der Finanzkampagne vorgeworfen. Wir haben da unsere Schuldigkeit getan. Ich scheute davor zurück, die Bewegung der deutschen Bauarbeiter durch viele Angriffe auf die Christlichen zu stören. Es kommt ja noch dazu, den Frevler der Steuerbücher heimzugahnen, und da wird auch der „Grundstein“ mithelfen.

Leipzig, 8. Februar.

2. Verhandlungstag.

Die Mandatsprüfungskommission empfiehlt die Bestätigung aller Mandate. Der Verbandstag stimmt dem zu. Der nächste Punkt ist Lohnbewegung.

Das Referat hält Böhmberg. Da hier wichtige taktische Erörterungen zu besprechen sind, wird über diesen Punkt in geschlossener Sitzung verhandelt. Im Anschluß daran wird die Posttagsfrage eingehend beraten. Ein Redner nach dem anderen betonte die Notwendigkeit höherer Beiträge, und auch die Vertreter der Zweigvereine, die früher einen anderen Standpunkt einnahmen, schwanken nun unter der Wucht der Argumente und Tatsachen, die für den Antrag sprachen.

Unter großer Begeisterung wurde der Beschluß gefaßt, zur Erhöhung der Kampffähigkeit des Verbandes den Wochenbeitrag um 10 Pf. zu erhöhen, die der Hauptklasse zuschieben sollen. Für diesen Beschluß stimmten, wie schon telegraphisch gemeldet, in namentlicher Abstimmung 26, dagegen 9 Delegierte.

Morgen wird die Verschmelzungsfrage behandelt.

Elfter Verbandstag der Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Leipzig, 8. Februar. (Fig. Ber.)

Am zweiten Verhandlungstage wurde die Debatte über den Geschäftsbericht fortgesetzt, die sich in demselben Rahmen, wie die gestrige, bewegte. In seinem Schlussworte betonte Vorsitzender Behrendt, daß sachliche Einwendungen gegen den Geschäftsbericht nicht gemacht wurden. Behrendt besprach die gegen Ausschuß- und Vorstandsentstellungen vorgebrachten Einwände. Den größten Teil seiner übrigen Ausführungen füllten die Affären Peters und Roche aus. Bei letzterer Sache seien mit wenig Sachkenntnis und wenig Rücksicht auf den Verband Angriffe auf den Vorstand erhoben worden. Dadurch sei er gezwungen, ausführlich auf sie einzugehen. Redner gab eine Schilderung davon, in welcher Weise Roche vorgegangen ist. Die Entscheidung in der Klage des Vorstandes gegen Roche müsse bald fallen. Der Vorstand habe alles versucht, zu veranlassen, daß die Verhandlung noch vor dem Verbandstag stattfinden. Es sei ihnen nicht gelungen. Die Denunziation Roches gegen Vorstandsmitglieder beim Staatsanwalt sei von diesem niedergeschlagen worden. Wegen der Erklärung des Vorstandes in der Sache Roche habe dieser die Kühnheit gehabt, Widersprüche zu erheben. — Die alten Angriffe gegen Löpfer seien unbedeutend. Der letzte Verbandstag habe Löpfer wegen dieser Sache sein volles Vertrauen ausgesprochen.

Von den übrigen Schlussworten ist hervorzuheben, daß Redakteur Köstle den Vorwurf, als ob das Verbandsorgan bei der Finanzreform nicht genügend aufklärende Artikel gebracht habe, zurückwies. Auch die Stellung der Zentrumsabgeordneten im Reichstag wurde scharf kritisiert. Es ist also nicht richtig, wenn das Gegenteil behauptet wird. Er gebe aber zu, daß er seinen Gesellen daran finde, sich Woche für Woche mit den Christlichen herumzuschlagen. Man müsse doch bedenken, daß man mit den Christlichen bei Lohnbewegungen zusammengehe, da muß man unbedingte Kritiken vermeiden. Der Redakteur des „Grundstein“ teilt ebenfalls diese Ansicht.

Nach Beendigung der Schlussworte erklärte Zeisig-Hamburg, er sei gestern ansehend falsch verstanden worden. Schon im Jahre 1907 habe er gegen Peters den Vorwurf des Streikbruchs erhoben; man hätte diesen also schon damals zur Rechenschaft ziehen können. Mit Roche habe er noch nie sympathisiert, sondern immer vor ihm gewarnt. Wenn er gesagt habe, er unterschreibe manches, was Roche anführte, so meinte er nur den Fall, in dem dem Vorstand hinterbracht wurde, was wir Hilfsarbeiter besprochen hatten. Weiter aber gar nichts!

Nach einer großen Zahl persönlicher Bemerkungen gelangt ein Antrag Hamburg, die Strafe und Kosten der Klage Peters gegen Zeisig auf die Hauptklasse zu übernehmen, einstimmig zur Annahme.

Ueber den Punkt Unsere Lohnbewegung

referierte dann Löpfer-Hamburg. Die Beratung dieses Punktes wird in geschlossener Sitzung erledigt. In der Debatte herrschte Einstimmigkeit darüber, daß der Verband sich zu den bevorstehenden Wahlen finanziell zu stärken habe. Bei allen Rednern herrschte freudige Kampfesstimmung; die Ausführungen des Referenten fanden nur lebhafteste Zustimmung. Als Resultat der Beratungen wurden folgende Anträge angenommen, und zwar der erste mit 100 gegen 8 Stimmen, der andere einstimmig.

Vom 1. März 1910 bis die Lohnbewegung offiziell beendet ist, haben alle Mitglieder, mit Ausnahme der Arbeitslosen, doppelten Beitrag zu zahlen.

Der zweite Antrag lautet: Vom 1. März 1910 bis zur Beendigung des bevorstehenden Kampfes sind Ueberschreibungen von Mitgliedern anderer Organisationen, mit denen wir in keinem Kartellverhältnis stehen, zu unterlassen.

Mit Beginn des Kampfes sind auch Mitglieder der Kartellorganisationen nicht mehr anzuschreiben. Diejenigen Bauhilfsarbeiter, die nach dem Kartellvertrag schon hätten Mitglieder unserer Organisation sein müssen, werden vom Tage des Beschlusses nicht mehr aufgenommen. Die Verhandlungen werden verlag.

Gerichts-Zeitung.

Kadefische gegen Turner.

Die staatsanwaltschaftlichen Bestrebungen der Dunkelmänner gingen seit der Zeit der Demagogikrederei dahin, das Turnen der Bürger als „staatsgefährlich“, als „revolutionär“ durch platteste Gewalttätigkeiten und harte Strafbestrafungen zu verhindern. Die Drangsalierungen Johann und seiner Turngenossen bleiben ein dauerndes Denkmal der Schande für den bornierten preussischen Bureaukratismus, der im Interesse der Junker arbeitete. Die siegreiche Revolution brachte diese hahnenschnäbeligen Wildhühner zur Strecke. Das Turnen wurde

gestattet und in den Schulen eingeführt. Seit einigen Jahren, seit dem widerrechtlichen Geheimverbot des Kultusministers Holle vom 7. August 1907, ist ein neues Treiben gegen die Turnerei amtlich eröffnet. Schommg haben die „nationalen“ Turner ohne Gefinnung und Selbstachtung. Sie sollen gefördert, vielleicht mit einem allgemeinen Ehrenzeichen für Gefinnungslosigkeit und mit der Verlegung in eine höhere Wählerklasse belohnt werden. Anders sieht es mit den Turnern der Arbeiterklasse. Unseren Lesern ist in Erinnerung, daß die auf Grund des Holle'schen Erlasses ergangenen Verbote verschiedener Regierungen und des Provinzialdiakonalcollegiums vom Landgericht Berlin bereits als gesetzwidrige anerkannt sind. Vorausichtlich wird das Reichsgericht dieser Verurteilung des Kultusministers und der Regierungen beitreten.

Zwischen durch versuchen untergeordnete Polizeiorgane den turnenden Arbeitern durch Strafbefehle Kadefische beizubringen. Ueber ein solches fruchtlos verlaufenes Stückchen aus dem Kampfe gegen die Turnerei hatte am Montag das Kammergericht zu befinden.

Die freie Turnerschaft von Westmünde hatte eines Sonntags im August des vergangenen Jahres auf dem freien öffentlichen Turnplatz an der Mainzer Straße und Gutenbergstraße zu Westmünde ihre Turnübungen abgehalten. Der Vorsitzende und Turnleiter Martchin wurde deshalb wegen Uebertretung der Verordnung über die äußere Heiligung der Sonn- und Feiertage vom 22. August 1900 angeklagt. Es handelte sich um die Zeit des Hauptgottesdienstes. Für diese sind durch die Verordnung unter anderem alle mit Geräusch verbundenen Veranstaltungen oder Vergnügungen an öffentlichen Orten verboten. — Die Strafkammer als Berufungsinstanz sprach den Angeklagten mit folgender Begründung frei: Der Turnplatz sei zehn Minuten von der nächsten Kirche entfernt. Die Leher Chaussee führe unmittelbar an dem Turnplatz vorbei. Sie sei aber dort unbedeutend und es herrsche auf ihr fast gar kein Verkehr. Wenn nun auch die üblichen Kommandos bei dem Turnen ertönt seien, so könne hier doch eine Uebertretung der Verordnung nicht angenommen werden im Gegensatz zur Staatsanwaltschaft, die darin eine Uebertretung der Verordnung sehe. Nicht jede mit Geräusch verbundene Veranstaltung oder Vergnügung falle unter die Strafbestimmung der Verordnung.

Die Polizeiverordnung, die ja dem Schutz der äußeren Heiligung der Sonn- und Feiertage diene, wolle augenscheinlich nur diejenigen mit Geräusch verbundenen Veranstaltungen und Vergnügungen treffen, die geeignet seien, das Publikum zu belästigen und es in seiner sonntäglichen Andacht und Ruhe zu stören. Das Publikum, was unbeteiligt sei, habe hier aber nicht in seiner Religiosität verletzt werden können, zumal das Turnen eine gesunde Leibesübung sei.

Die Staatsanwaltschaft legte gegen dies verständige Urteil Revision ein und machte geltend, daß hier „zweifellos“ eine mit Geräusch verbundene Gesellschaft im Sinne der Verordnung vorgelegen habe. Der Auffassung der Staatsanwaltschaft trat Rechtsanwalt Wolfgang Heine als Vertreter des Angeklagten entgegen.

Das Kammergericht verwarf auch die Revision der Staatsanwaltschaft mit der Begründung, daß das Rechtsmittel an der tatsächlichen Feststellung scheiterte, wonach eine mit Geräusch verbundene Veranstaltung oder Vergnügung im Sinne der Verordnung nicht vorgelegen habe.

Schutz gegen Schutzleute!

Wie sehr der Ruf nach Schutz gegen Schutzleute berechtigt ist, das zeigte wieder mal eine Verhandlung vor dem Schöffengericht in D.-Ruhrt.

Angeklagt war der Bergmann Michael Bednarek. Es wurde ihm vorgeworfen, am verflochtenen Silvesterabend die Polizeibeamten Tersoh und Nordmann in Hamborn auf offener Straße „tätlich angegriffen“ und sie „beleidigt“, sich auch des „Widerstandes“ schuldig gemacht zu haben. Dieser „tätliche Angriff“ gegen zwei bis an die Zähne bewaffnete Beamte gewinnt noch dadurch an besonderem Interesse, daß einer der „Schutzleute“ auch noch eine ferner Hundebestie bei sich hatte, die im Dienste der hl. Ordnung jetzt mit besonderer Vorliebe auf Menschen losgelassen werden. Der angeklagte Bergmann hätte demnach ein ganz besonders verwegener Bursche sein müssen, um die Beamten tätlich anzugreifen. Das war er nun aber durchaus nicht, sondern ein sehr harmloser Mensch. Die Sache stellte sich denn auch entgegen den eidlischen Aussagen der beiden Polizeibeamten in der Verhandlung ganz anders heraus. Nicht der Bergmann hatte die Beamten tätlich angegriffen, sondern umgekehrt hatten die beiden Polizeibeamten den Bergmann überfallen und jämmerlich verhaun. Nach übereinstimmender Darstellung des Vorganges durch den Angeklagten und verschiedene Zeugen hatte sich der Vorfall wie folgt zugetragen: Der erwähnte Bergmann Bednarek ging am Silvesterabend zu seinen Eltern. Bei dieser Gelegenheit hatte er in einem Stalle zu tun. Als er dort fertig ist und wieder die elterliche Wohnung aufsuchen will, wird er vor der Haustür plötzlich von zwei Polizeibeamten angefallen. Der eine nimmt ihn ohne weiteres beim Stragen und wirft ihn auf die Erde, und nun geht es mit der Fiempe drauf. Auch wird er von der auf ihn gehechten Hundebestie gebissen! Auf das Geschrei des also Gemißhandelten kommt seine Mutter mit der brennenden Lampe heraus und beleuchtet die Szene. Auch die Mutter schreit natürlich laut auf. Doch auch sie bekommt Hiebe und die Lampe wird ihr aus der Hand geschlagen. Ein anderer Zeuge, der hinzukommt, wird ebenfalls verhaun. Wie ein Zeuge bestimmt ausagte, hat einer von den beiden „Schutzleuten“, als die Mutter mit der Lampe erschien, zu dem anderen geäußert: „Das ist nicht der Richtige“. Daraus geht hervor, daß die beiden „Helden“ jemand aufgelauret hatten zu dem Zwecke, ihn zu verhaun! Trotzdem also die Polizeibeamten in einer so unerhörten brutalen Weise einen friedlichen Menschen überfallen und mißhandelt hatten, sagten sie unter Eid aus, der Bergmann B. habe sie tätlich angegriffen! Das Gericht glaubte ihnen indes nicht, sondern folgte den Aussagen der Zeugen, die sich mit den Aussagen des Angeklagten vollständig deckten, den es dann freisprach.

Werden nunmehr die „Wächter der Ordnung“ angeklagt werden? Oder wird sich die Staatsanwaltschaft daran genügen lassen, daß sie auf Vorschlag des Ministerpräsidenten in die zweite Wählerklasse aufrücken sollen? Der Polizeibund hat noch nicht die hinreichende Dienstzeit, um in einer Klasse mit Vorbehaltsmitgliedern wählen zu dürfen — welche Auszeichnung hat der Ministerpräsident für ihn?

Eisenbahngesährdung.

Mit einer eigenartigen Hochbahngeschichte, die wieder einmal das alte Wort von den kleinen Ursachen und großen Wirkungen illustriert, war gestern die 3. Strafkammer des Landgerichts I unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lieber beschäftigt. Wegen

Transportgefährdung und Beleidigung war der Kaufmann Max Ebel, wegen Amtsmissbrauchs der Poststellenaufseher Ernst Keller aus Niddorf angeklagt. Am 11. Juli nachmittags befand sich Ebel auf der Poststelle Barshauer Straße der Hochbahn. Er stand etwas im Gebanke auf dem Bahnsteig und hatte nicht Acht auf einen einfallenden Zug. Der Zugführer aber bemerkte, daß der linke Fuß des Angeklagten etwas über das Gleise ragte. Er verlangte deshalb die Gangart des Fußes, zog die Warnungspfeife und der Zug blieb schließlich kurz vor Station stehen. Die Fahrgäste, welche glaubten, daß sie schon aussteigen könnten, drängten in den Abteilen nach der Tür und wurden etwas zusammengeschüttelt, als der Zug dann plötzlich wieder sich weiterbewegte. Ueber die Tatsache, daß der Zug hatte halten müssen und der Betrieb fast gestört worden wäre, war der Poststellenaufseher Keller empört; er führte auf Ebel los, machte ihm energische Vorhaltungen über seine bodenlose Unachtsamkeit und fittierte ihn zur Heilstellung seiner Persönlichkeit in die Aufseherbude. Dort entwickelte sich zwischen beiden ein lebhafter Streit. Es gab lautes Rufen und Schreien und in seiner Erregung versetzte Keller dem Angell. Ebel einen nicht sehr sanften Stoß mit dem Fuß, worüber Ebel mit den Worten quittierte: „Sie frecher Grobian!“ — Dieser Vorfall hat nun beide Gegner auf die Anklagebank gebracht. Es machte einige Schwierigkeiten, das, was die Angeklagten getan, juristisch richtig zu qualifizieren. Der Staatsanwalt glaubte selbst die Anklage wegen Transportgefährdung nicht aufrecht erhalten zu können, führte dagegen aus, daß bei Ebel grober Unfug und öffentliche Beleidigung, bei Keller Mißhandlung im Amte vorliege und beantragte gegen Ebel 220 M., gegen Keller 150 M. Geldstrafe. Das Gericht nahm eine Transportgefährdung nicht an, da der Angell. Ebel zwar eine gewisse Schwierigkeit für den heranrückenden Zug bereitete, indem er den Fuß in so unzulässiger Weise hinstellte, eine Gefährdung des Transportes aber dadurch nicht hervorgerufen worden sei. Ebenfalls lag grober Unfug vor. Dagegen sei Ebel wegen Uebertretung der Betriebsordnung vom 15. Februar 1902 zu bestrafen. Denn das Hinfallen des Fußes in der hier in Frage stehenden Art sei ein betriebstörende Handlung. Außerdem habe sich Ebel einer Beleidigung schuldig gemacht. Der zweite Angeklagte war des Amtsmissbrauchs im Sinne des § 340 Str.-G.-B. für schuldig zu befinden. Er mag mit Recht gereizt gewesen sein, als Beamter müsse er sich aber zügeln können. Weil

der ganze Vorfall nicht von großer Bedeutung gewesen, hielt das Gericht bei Ebel eine Geldstrafe von 20 Mark, bei Keller eine solche von 30 Mark für ausreichend.

Angriff gegen Diensthöten.
Wegen unsittlicher Attaden, die der Kaufmann Siegfried Märzbach auf seine Dienstmädchen ausgeführt, hatte das Schöffengericht diesen zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er war mit seinen Gunstbezeugungen bei dem Dienstmädchen Fräulein A. an die Unrechte gekommen. Das Mädchen war erst einige Tage im Dienste des Angeklagten, als dieser sich eines Nachts in ihre Schlafkammer schlich und sich eines unsittlichen Attentats schuldig machte. Das Mädchen rief um Hilfe und konnte sich nur mit Mühe aus den Umarmungen ihres Dienstherrn befreien. Es ergab sich, daß M. schon vorher drei andere Dienstmädchen in derselben verwerflichen Weise seinen Gelüsten gefügig zu machen versucht hatte. Auf die vom Angeklagten eingelegte Verurteilung ermäßigte die achte Strafkammer des Landgerichts I die Strafe auf zwei Monate Gefängnis. Das Gericht schloß sich der Ansicht des Rechtsanwalts Dr. Meyerstein dahin an, daß die vom Schöffengericht erlassene Strafe doch etwas zu hoch sei, da jede Gefängnisstrafe an sich schon den bisher völlig unbescholtenen Angeklagten recht schwer treffe.

Eigenartig, daß gerade bei einem sittlich verwerflichen, ja fast an Notzucht streifenden Delikt erhebliche Milderungsgründe sich finden.

Aus der Frauenbewegung.

Die Arbeitszeit in Plättereien.
Schon Ende der neunziger Jahre war die Notwendigkeit erkannt, für die Plättereien die Arbeitszeit einzuführen, aber zehn Jahre hat man verstreichen lassen, ohne die Regelung der Arbeitszeit in Plättereien herbeizuführen. Daß die Dauer der täglichen Arbeitszeit in den Plättereien übertrieben lang ist, davon kann sich jeder Großstädter überzeugen. Wenn er in der Nacht vom Sonnabend auf Sonntag durch die Straßen geht, so kann er um 2 Uhr, auch noch um 3 Uhr die Plättereien heilig an der Arbeit sehen, um die Wäsche für Sonntag früh noch fertigzustellen. Mit der überlangen Dauer der

Arbeitszeit an den Sonnabenden, die von 9 Uhr früh bis nachts 3 Uhr, also 18 Stunden währt, sind die Mißbräuche in den Plättereien, soweit sie die Arbeitsdauer betreffen, nicht erschöpft; es kommt vielmehr häufig vor, daß schon Freitagabend ebenso lange gearbeitet wird, daß trotzdem aber Sonnabends die Arbeit schon wieder um 9 Uhr aufgenommen und abermals bis 3 Uhr nachts fortgesetzt wird. Meist handelt es sich um junge Mädchen, jedenfalls um weibliche Personen, denen solche Arbeitszeiten zugemutet werden!

Sollte es wirklich für den Reichstag und den Bundesrat so schwierig sein, hier endlich rasch einzugreifen? Gründe gegen eine Verkürzung der täglichen Arbeitsdauer gibt es nicht! Auch bei verkürzter Arbeitszeit wird die allmählich anfallende Wäsche gereinigt und geplättet werden; es liegt gar kein Bedürfnis vor, daß diese Arbeit mitten in der Nacht verrichtet wird. Es wird Zeit, daß die Arbeiterinnen in den Plättereien von der Last der Ueberstunden erlöst werden!

Alles für Geld.

Dieser Tage teilten wir die Annonce eines Stockholmer Blattes mit, in der eine uneheliche Mutter, natürlich aus den „besten Kreisen“, für ihr Kind einen Vater zu kaufen suchte, mit dem Zusatz: „er kann ganz aus der Arbeiterklasse sein. Scheidung sofort nach der Heirat wegen „Fehltritt der Gattin.““ Die Dame wollte nicht viel Geld daranwenden, sonst hätte sie folgendes Inserat aus einem deutschen Blatte benutzen können, das ein würdiges Gegenstück bietet. Obendrein hätte sie dann nicht mit einem Manne aus der Arbeiterklasse vorlieb zu nehmen brauchen. Das Inserat lautete:

„Beingeb. Staatsbeamter, distinguiert, 31, ehgl., vornehmer Charakter (hier z. Besuch), möchte nur reiche Dame, der evtl. Fehltritt verziehen wird, heiraten. Offerten unt. Patina Hauptpostl. Bremen.“

So zu lesen am 27. Dezember in den freisinnigen „Bremer Nachrichten“. — Solche Ordnung, solche christlich-heilige Ehesanktion zu erhalten, ist natürlich Pflicht der Episkop, Vierbankpolitiker, Pfaffen jeder Uniform, dienstlich korrekter Bureaukraten usw., die heuchlerisch verlogen und nach Vorschrift über die Sozialdemokratie sich entrüsten, weil diese das Familienleben gestöre.

Leserabende.

Mariehof. Donnerstag, den 10. Februar, 8 Uhr, bei Löwenhofen, Chausseest. 27: Vortrag. Genosse Kurt Heinig.

Sozialdemokratischer Wahlverein
des
3. Berl. Reichstagswahlkreises.
288. Bezirk.
Am 8. Februar verstarb unser Mitglied, der Galtwitz
Berthold Hanke.
Obre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Februar, nachm. 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Kaiser-Stichhofes, Hermannstraße, aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

Inventur-Extrapreise!
Nureinmal jährlich im
Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
abgepaßte Fenster,
weiß und crème
per Fenster 2⁵⁵, 3, 4-20 M.
mit Pointlace-Künstler-Gardinen, p. F. M. 6³⁵
Eleg. Seccions-Tüll-Stores M. 1⁸⁵
Gestickte echte Spachtel-Stores M. 7²⁵
Goldfarb. reichgest. Band-Stores M. 9⁸⁵
Tüllbettdecken, Größe 180/220 cm, M. 2³⁵
Reichgest. Erbstüllbettdecken M. 6²⁵
Elegante Tüll-Bett-rückwände M. 8⁵⁰
Brisa, Biss (Scheibenschleier) 25, 35, 40, 50 Pfg.
Nach auswärs per Nachnahme

Inventur-Extraliste
billig. Sonderangebote
gratis und franko

Hygienische
Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. H. Singer, Gummiwarenfabrik
Berlin NW., Friedrichsruhe 91/9

Kunstgeigenbauer E. Toussaint
BERLIN O.
Joachimstraße 11 C.
liert Reparaturen, auf Wunsch zugleich mit vorz.g. Soudereberung.
Spezialität:
Erzeugung des authentischen Timbres für große Säle an allen und neuen Geigen.
Mäßiges Honorar.

Die Entstehung der Religion
und was bietet das Christentum der heutigen Menschheit?
Herr Lic. Mumm ist persönlich eingeladen.
Vortrag vom Stadtverordneten Ad. Hoffmann und Ewald Vogtherr
Heute Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 Uhr,
in Freyers Festsälen, Koppenstraße 29. 57/2
Freie Diskussion. Eintrittspreis 10 Pf.
Der Einberufer: A. Harndt, Pappel-Allee 15.

Möbel Wichtig für Brautleute Möbel
Inventur-Verkauf
zu bedeutend herabgesetzten Preisen
bis 13. Februar 1910.
Besichtigung ohne Kaufzwang erbeten.
Gekaufte Möbel können bis zum Abruf kostenfrei lagern.

Otto Schmidt
Möbel-Magazin
N., Gartenstr. 52
am Gartenplatz. 4170L
Gegr. 1871 — Fernspr. Amt III, 6341

An diesem Schild sind die Läden erkennbar, in denen SINGER Nähmaschinen verkauft werden.
Instergültig in Konstruktion und Ausführung, gleich vorzüglich für Hausgebrauch u. Industrie.
Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.
BERLIN, Leipziger Straße 92.
Läden in den verschiedenen Stadtteilen.

Hagenbruch's Kautabak
ist der Beste,
nur echt mit Firmenzettel
Hugo Carl Hagenbruch, Kautabakfabrik, Mühlfeldstr. 1, Th.
Vertreter: Aug. Kleinert, Berlin SW. 47, Amt 6, 10560. Großbeerstraße 39.

Dänischer Kautabak
M. Hansen jun., Hadersleben.
Generalvertrieb:
Max Ziegenhals, Berlin NO., Neue Königstr. 70.
Amt VII, 3947.

Wohnungs-Einrichtungen:
Klub-, Speise-, Herren-, Schlafzimmer, Pianinos, Geldschränke, Teppiche, Sofas, Klubsessel, Küchen-, Kontorrichtungen etc. liefern wir an solvente Personen jeden Standes in erstklassiger Ausführung zu Originalpreisen bei bequemsten Zahlungsbedingungen und strengster Diskretion gegen 5 Proz. Zinsvergütung. Kataloge werden nicht versandt. — Man verlange den Besuch eines Vertreters ohne jede Verbindlichkeit u. gef. Zeitangabe.
Berliner Industrie-Gesellschaft m. b. H.
Berlin C., Kurze Straße 6/7, I. Etage.

44 eigene Dampfer
Essen Sie Seefische!
Vier Pfund Fleisch für 1 Mark!
Donnerstag, Freitag, Sonnabend
verkauft in infolge großer Fänge unserer Dampferflotte:
Prachtv. fetten Cabllaw im An-schnitte p. Pfd. 25 Pf.
Außerdem empfehlen wir:
p. Pfd. p. Pfd.
ff. Seelachs i. Anschnitt 28 Pf. ff. Rotzungen, Ia Nordsee 100 Pf.
Schellfisch i. Anschn. 38 „ kleinere Rotzungen 50 „
Heig. Schellfisch ca. 1-2 35 „ Große Schollen 55 „
Bratschellfisch 25 „ Bratlundern 35 „
Goldbarsch (Ersatz für Zander) 25 „ Austernisch-Karbonade 80 „
Steinbutt-Seezungen
Probieren Sie unsere:
Riesen-Fetterings p. St. 10 Pf. Ger. Lachserringe p. St. 15 Pf.
Deutsche Dampfschiffahrtsgesellschaft „Nordsee“
Größte Hochseefischerei Deutschlands
Hauptgeschäft: Berlin C., Bahnhof Börse. Tel.: III, 8904. III, 2784.
Verkaufsstellen:
C.: Bahnhof Börse, Bog. 9-10. NW.: Turmstr. 73.
N.: Invalidenstraße 131. Charlottenburg: Wilmersdorfer Straße 111.
NO.: Landsberger Str. 52-53. Schöneberg: Akazienstraße 31.
O.: Gr. Frankfurter Str. 85. Steglitz: Schloßstr. 121.
S.: Madalastraße, Bogen 8-9 (Fruchtstraße gegenüber). Zehlendorf: bei Herrn W.: Potsdamer Str. 112a. Karl Schön.

Hat jemand Rheumatismus,
Gicht, Gliederreihen, Nervenschmerzen, Hüftweh (Ischias), Orgenschwäch, Geschwulst etc. so gebrauche „Electricum“ (Wetter, Kiefermadel-er Reichels, „Electricum“ (Waldmoo 001), ein einfaches und unschädliches Naturprodukt von harter, durchgreifender Wirkung. „Electricum“ wirkt wie elektrisierend auf den Körper und nicht wie spirituelle Einreibungen nur momentan und oberflächlich, sondern nachhaltig und gründlich. H. R. I. — und 2. — Die Wirkung wird noch erhöht durch innerlichen Gebrauch von Reichels Wacholder-Extrakt, in Originalpackungen a W. 1.50 u. 2.50 (Probe-Fl. 75 Pf.). Wo in den Apotheken u. Drogeries nicht erhältlich, direct zu beziehen durch Otto Reichel, Berlin 43, Eisenbahnstr. 4. Amt IV. 4751, 4752, 4753.
Man nehme aber nur die echten Originalpackungen und achte scharf auf die Marke „Medico“!

Blumen- und Kranzbinderei
von Robert Meyer,
nur Mariannen-Straße 2.

Jugend-Liederbuch
Preis: kartoniert 20 Pfennig
gebunden 30 Pfennig
Zu beziehen durch:
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstraße 69 (Laden).

Möbel = Sonder-Verkauf Wegen Umbau und Vergrößerung **M. Hirschowitz**
zu ganz bedeutend herabgesetzten Preisen. Berlin SO. Skalitzer Str. 25
Ausgesuchte Möbel können bis zum Gebrauch kostenlos lagern! Besichtigung ohne Kaufzwang gern gestattet.
an der Hochbahn.



A. WERTHEIM

G. m. b. H.



LEIPZIGER STR.

ROSENTHALER STRASSE

ORANIEN-STRASSE

Extra-Preise Donnerstag und Freitag soweit der Vorrat reicht:

LEBENSMITTEL

Gebraunt.Kaffee

Mischung I	Pfund	95 Pf.
Mischung II	Pfund	1.05
Mischung III	Pfund	1.20
Mischung IV	Pfund	1.40
Mischung V	Pfund	1.55
Mischung VI	Pfund	1.70
Mischung VII	Pfund	1.90

Tee

Souchong-Tee	1/2 Paket	1.30
Souchong-Tee	1/2 Paket	65 Pf.
Souchong-Melange	I	1.90
	II	2.30
	III	2.80
	IV	3.40
	V	4.20
Kongo-Melange	Pfd.	2.60
Ceylon-Tee	Pfd.	3.40

Kakao und Schokolade

Deutscher Kakao	Pfund	75 Pf.
Deutscher Kakao	Pfund	95 Pf.
Deutscher Kakao	Pfund	1.70
Holländ. Kakao II	Pfund	1.80
Holländ. Kakao I	Pfund	2.10
Haushalt-Schokolade	Pfund	65 Pf.
Haushalt-Schokolade	Pfund	75 Pf.
Vanille-Schokolade I	Pfd.	1.05
Vanille-Schokolade II	Pfd.	1.15

Konserven

Kaiserschoten extra	1/2 D.	1.20
Junge Schoten extrafein	1/2 Dose	90 Pf.
Junge Schoten IV	1/2 D.	36 Pf.
Schoten u. Karotten	1/2 D.	58 Pf.
Karotten in Streifen	1/2 Dose	26 Pf.
Steinpilze	1/2 Dose	1.10
Riesen-Stangenspargel	1/2 Dose	1.75, 1/2 Dose 93 Pf.
Saure Kirschen m. Steinen	1/2 Dose	55 Pf.
Reineclauden	1/2 Dose	65 Pf.
Stachelbeeren	1/2 Dose	55 Pf.
Pflaumen ganze Frucht	1/2 D.	38 Pf.
Stangenspargel extra stark	1/2 Dose	1.65, 1/2 Dose 88 Pf.
Stangenspargel I	1/2 Dose	1.45, 1/2 Dose 78 Pf.
Stangenspargel III	1/2 D.	1.10
Grüne Spargelköpfe	1/2 Dose	1.05, 1/2 Dose 58 Pf.
Sellerie in Scheiben	1/2 Dose	52 Pf.
Preisselbeeren	1/2 Dose	60 Pf.
Pflirsiche halbe Frucht, geschält	1/2 Dose	58 Pf.
Dunstfrüchte in Gläsern		
Stachelbeeren, Johannisbeeren, Pflaumen ohne Kerne, Kirschen m. Steinen	Glas	52 Pf.

Hülsenfrüchte

Riesenerbsen	Pfund	16 Pf.
Kleine Kocherbsen	Pfund	16 Pf.
Glasierte Erbsen gelb	Pfund	23 Pf.
Glasierte Erbsen grün	Pfund	28 Pf.
Spalterbsen gelb	Pfund	19 Pf.
Algier-Erbsen grün, gespalten	Pfund	36 Pf.
Grüne Erbsen	Pfund	20 Pf.
Grosse Linsen	Pfund	20 Pf.
Mittellinsen	Pfund	14 Pf.
Grosse Bohnen	Pfund	22 Pf.
Langbohnen	Pfund	19 Pf.
Kleine Bohnen	Pfund	16 Pf.
Rangoon-Reis	Pfund	15 Pf.
Bassein-Reis	Pfund	19 Pf.
Java-Reis	Pfund	24, 28 Pf.

Backobst

Gemischtes Backobst	Pfund	30, 45, 62 Pf.
Kalifornische Pflaumen	Pfund	22, 26, 36, 43, 53 Pf.
Französ. Pflaumen	Pfund	48, 58 Pf.
Entsteinte Pflaumen	Pfund	36, 48 Pf.
Kaliforn. Birnen	Pfund	52, 62 Pf.
Kaliforn. Aprikosen	Pfund	65, 75 Pf.
Kaliforn. Pflirsiche	Pfund	58 Pf.
Italien. Prünellen	Pfund	65 Pf.
Zapfenbirnen	Pfund	23, 40 Pf.
Saure Kirschen mit Steinen	Pfund	40 Pf.
Amerik. Ringäpfel	Pfund	53 Pf.

Feiner Deutscher Weinbrand-Kognak	1/2 Flasche	2.90
Französ. Kognak in Deutschland fertiggestellt, J. G. Monnet & Co.	1/2 Flasche	3.15
Wermuth-Wein	1/2 Flasche	1.20

Hirschfleisch	Pfd.	20 Pf.
	Blatt	55 Pf.
	Keule	75 Pf.
	Rücken	80 Pf.

Apfelsinen Valencia	Dtz.	18
Messina-Blut	Dtz.	40 Pf.
Italienische Tafeläpfel	Pfund	12 Pf.

Echte Kieler Sprotten	Pfund	45 Pf.
-----------------------	-------	--------

Fleischwaren

Gänsebrust	Pfund	1.50
Zerelatwurst in Rind-darm	1.10	
Salamiwurst	Pfund	1.15
Teewurst	Pfund	1.05
Plockwurst	Pfund	1.10
echte Pommerische	Pfund	2.00
In Fettdarm	Pfund	1.30
Fetter Speck	Pfund	85 Pf.
Magerer Speck	Pfund	90 Pf.
Feine Leberwurst	Pfund	95 Pf.
Rollschinken 7-10 Pfund schwer	Pfund	1.30
Schinkenspeck	Pfund	1 Mk.
Magerer Speck	Pfund	85 Pf.
Magerer Speck	Pfund	90 Pf.
Feine Leberwurst	Pfund	95 Pf.
Landleberwurst	Pfund	80 Pf.
Fleischrotwurst	Pfund	90 Pf.
Rotwurst	Pfund	50, 70 Pf.
Bierwurst (Münchener Art)	Pfund	1.30
Frische Blut- u. Leberwurst	Pfd.	65 Pf.

Nur Leipziger und Rosenthaler Strasse

Frisches Fleisch und Fische

Rinder-Filet	Pfd. 1 Mk., ausgeschält	1.60
Roastbeef	Pfd. 95 Pf., ohne Knochen	1.25
Ochsenschwanz	Pfd.	65 Pf.
Hammelkeule	Pfund 75, geteilt	85 Pf.
Hammelrücken	Pfund 75, geteilt	85 Pf.
Dicke Rippe	Pfund	75 Pf.
Dünnung	Pfund	55 Pf.
Gulasch	Pfund	60 Pf.
Kalbskeule u. Rücken	Pfd. 1.00 bis 1.20	
Kalbskamm u. Bug	Pfd. 85 bis 90 Pf.	
Schinken	Pfund 75 bis 80 Pf.	
Schweine-Kotelettes	Pfund	95 Pf.
Rückenfett und Liesen	Pfund	75 Pf.
Kasseler Rippespeer	Pfd. 80, 85, 90 Pf.	
Gehacktes Fleisch	Pfund	60 Pf.
Lebende Karpfen	Pfund	75 Pf. u. 1 Mk.
Schellfische	Pfund	20 u. 35 Pf.
Kabeljau	Pfund 20 Pf., im Anschnitt	25 Pf.
Seelachs	Pfund 20 Pf., im Anschnitt	25 Pf.
Rotzungen	Pfund	60 Pf.
Lachs	Pfund 85 Pf., im Anschnitt	1.20
Zander	Pfund	80 Pf.
Heilbutten	im Anschnitt	Pfund 1.10

Gewerkschaftliche Rundschau.

Was die Gewerkschaften im Deutschen Reich literarisch leisten, wie sie unter den Mitgliedern über die Geschichte ihrer Organisation, über deren Aufbau und Wirksamkeit Kenntnis verbreiten, wie sie ununterbrochen bemüht sind, die tatsächlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen festzustellen, wie sie wahre Urkunden über ihre Tarife herausgeben, das ist nicht nur mühsam, es war auch mühsam. Wir sehen wie die christlichen Gewerkschaften, wie die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften sich gewöhnlich sehen, den Beispielen unserer Organisationen zu folgen, wie auch sie, wenn auch in vieler Hinsicht zurückbleibend, aber doch gegen früher starke Fortschritte aufweisende literarische Leistungen ins Feld zu führen haben. Insbesondere auf die österreichischen Gewerkschaften wirkten auch hinsichtlich der literarischen Leistungen die Beispiele unserer deutschen gewerkschaftlichen Organisationen. So sehr auch die deutschen Gewerkschaften in erfreulicher Weise auf die Gewerkschaftsorganisationen aller Länder, vor allem auf Österreich-Ungarn, auf die skandinavischen, ost- und südosteuropäischen Arbeiterbewegungen wirkten, und auch, wenn auch in viel schwächerer Weise in den angelsächsischen und romanischen Ländern beachtet werden, so ist doch die Leistung der deutschen Gewerkschaften im allgemeinen, vor allem aber in literarischer Beziehung völlig unerreicht.

Recht und auch noch immer eine Geschichte der deutschen Gewerkschaften, insbesondere für die Zeit ihrer großartigen Entwicklung seit dem Jahre 1894, sind also da die Engländer vor uns noch im Vorsprunge, so vermögen wir doch mit Genugtuung auf die Spezialgeschichten unserer Gewerkschaften hinzuweisen, denen die anderen Länder nichts Gleiches an die Seite zu stellen haben. Neben einer Reihe von Arbeiten bürgerlicher Sozialpolitiker, die durch unsere Gewerkschaften vielfach gefördert wurden, haben wir eine Reihe sehr tüchtiger und wertvoller Arbeiten in den von Mitgliedern der Gewerkschaften verfaßten Geschichten ihrer Organisationen. Das mit Recht berühmteste und vielfach anregende Werk von Bringmann,

Die Geschichte der deutschen Zimmererbewegung.

greift weit über eigentliche Thema hinaus und bietet vielfach eine Geschichte der Arbeiterbewegung im Zeitalter der Jungt bis über die Zeit der Entstehung der deutschen Gewerkschaften hinaus. Es ist eine erfreuliche und bedeutungsvolle Erscheinung, daß das Buch von Bringmann nicht nur geschrieben wurde, daß es auch gelesen wird. Das Erscheinen der zweiten Auflage des ersten Bandes des Bringmannschen Buches ist eine bedeutungsvolle Genugtuung für den fleißigen und kundigen Verfasser und eine wichtige Anregung für die anderen Gewerkschaften, es an gleichen Opfern an Zeit und Geld nicht fehlen zu lassen, um ihren Mitgliedern auch die Geschichte ihrer Organisationen zu bieten. Noch steht der Abschluß des Bringmannschen Werkes, die Fortführung bis in die Gegenwart aus. Dagegen ist die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung in diesen Wochen um ein wichtiges Werk bereichert worden, um eine

Geschichte der deutschen Bäcker- und Konditorbewegung.

die im Auftrage des Vorstandes des Verbandes der Bäcker und Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands von dem langjährigen Vorsitzenden dieser Organisation, von dem Genossen Allmann, herausgegeben wurde. Das zweibändige Werk, zusammen über 100 Seiten, ist im Kommissionsverlage der Buchhandlung Vorwärts erschienen und von der Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer u. Co. vortrefflich ausgestattet worden. Wir bedauern, daß diesem nicht nur für die Bäckerorganisation, sondern auch für die gesamte Gewerkschaftsbewegung überaus wichtigen Werke ein Register fehlt.

Die Entwicklung der Gewerkschaft der Bäcker wie die der Konditoren ist in dem Werke geschildert, nicht etwa bloß die zeitlich sehr kurze Periode des Zusammenschlusses der Bäcker- und Konditorverbände. Weit zurück wird die Gesellenorganisation der Bäcker und auch die Vereinigung der Konditoren bis in die Periode der alten Jungt hinein verfolgt. Vorausgeschickt wird eine in großen Zügen dargestellte Geschichte der Herstellung von Wehl und Brot von den ältesten Zeiten der Abtrennung des Brotbackens aus der Hauswirtschaft bis zur Entstehung eines selbständigen Handwerks. Nur wenige schwache Fäden führen aus den alten Bruderschaften der Bäcker in die moderne Gewerkschaftsorganisation; nicht so klar wie bei den Zimmerern und noch viel weniger so leicht altemäßig zu beweisen wie bei den Pfisterern liegt die Verbindung zwischen den alten Organisationen der Jungtzeit und der modernen Gewerkschaftsorganisationen der Bäcker. Hatten im Mittelalter die Bäcker kräftige und lebhaft gewerkschaftliche Organisationen, so finden wir sie in der modernen Arbeiterbewegung zuerst im Hintertreffen. Was es wohl auch selbst zur Zeit des großen Anstoches zur Gewerkschaftsbewegung im Jahre 1888 bezogene Fachvereinigungen der Bäcker, so verzweifelte man doch lange Zeit an der Möglichkeit, die Bäcker zu organisieren. Der Kost- und Logiszwang, der damit zusammenhängende schwere Druck der Meister auf die Gehilfen, der niedrige Geldlohn, die Nacharbeit, das Fehlen einer Sonntagsruhe, die geistige Abgespanntheit und das starke Ruhebedürfnis der Bäckergehilfen mußten die dauernde Zugehörigkeit zu einer Organisation, deren Wähen und Gebilden außerordentlich erschweren. Nach mancherlei mißglückten Versuchen gelang es erst vor noch nicht ganz 25 Jahren den Bäckergehilfen, eine Organisation zu schaffen, aus der die heute blühende, erfolgreiche und noch weit größere Erfolge verheißende Organisation entstanden ist, zu deren 25-jährigem Jubiläum die vorliegende Geschichte erschienen ist.

Wer die nimmermüde Tätigkeit des Leiters einer gewerkschaftlichen Organisation und im besonderen die des Genossen Allmann kennt, wenn die Zahl der Besätze eines Gewerkschaftsleiters nicht unbekannt ist, wer weiß, wie er ununterbrochen aus seinen Tätigkeiten durch unvorhergesehene Ereignisse herausgerissen wird, der muß über den Fleiß und den Eifer, mit dem das vorliegende Werk vorbereitet wurde, mit dem eine weit-sichtige und zum großen Teil nur schwer erreichbare Literatur benutzt wurde, im höchsten Maße erstaunt sein. Sicherlich wozu man vom Standpunkte der Wirtschaftsgeschichte an das Buch von Allmann manche Einwendungen zu machen haben, aber dieses Buch erhebt nicht den Anspruch einer streng methodischen, wissenschaftlichen Geschichte des Bäckergewerbes, seiner Jungt und seiner Arbeiterbewegung; dieses Buch ist für die Bäckergehilfen viel wichtiger, als eine in jeder Hinsicht hieb- und stichfeite, aber unter Umständen auch langweilige wissenschaftliche Darstellung. Das Buch ist ein überaus wertvolles, anregendes Lesebuch für die Bäckergehilfen, es wird aber auch jedem, der die Gewerkschaftsbewegung und ihre Vorläufer studiert, auf lange Zeit unentbehrlich sein. Es soll nicht nur von Bäckern gelesen werden, es soll in keiner Gewerkschaftsbibliothek fehlen.

Es ist kaum zu viel behauptet, wenn wir sagen, daß wir gerade über die Geschichte der Arbeiterbewegung in der Periode, die dem Einsetzen der modernen Arbeiterbewegung vorangeht, am schlechtesten informiert sind. Wir wissen mehr über die Gewerkschaftsbewegung des ausgehenden Mittelalters, als über die Arbeitsverhältnisse und über die mehr oder minder geheimen Organisationen in dem Jahrhundert, das der Anerkennung der Koalitionsfreiheit vorangegangen ist. Desto erfreuter müssen wir sein über die wertvollen, zum Teil durch ausgezeichnete Reproduktionen illustrierten Urkunden und Angaben, die Allmann

für jene Zeit zusammengetragen hat. Wichtig sind auch die Darstellungen über die Anfänge der modernen Arbeiterbewegung, über ihre ersten Lohnkämpfe, über die Lage der Arbeiter in jener Periode, über die Gegensätze von Lokalorganisation und Zentralorganisation. Wir werden in dem Buch wieder aufmerksam gemacht, daß, während sich die moderne Gewerkschaftsorganisation entwickelt, sich doch noch die Ausläufer alter jüngerer Organisationen bis in unsere Tage hinein erhalten haben. Eine der merkwürdigsten Urkunden, die in ausgezeichneter Wiedergabe dem Bande beigegeben wurde, ist von Elbing vom 1. Mai 1906 datiert und verdient wirklich wenigstens die wörtliche Wiedergabe, da wir sie nicht wie Allmann im Bilde reproduzieren können:

Wir Meister und Altgesellen der Bäcker-Gesellen-Bruderschaft bezeichnen mit unserer Namens-Unterschrift und Siegel, daß der Bäcker-Gesell Bildt Hausl gebürtig aus Osterode von uns nach vollendeten Lehrjahren nach Handwerksgebrauch freigesprochen und in die Bruderschaft aufgenommen worden ist. Wir bitten jede löbliche Bruderschaft, so wie alle recht-schaffenen Gesellen, denen dieser von uns ausgefertigte Bruderschafts-Schein vorgelegt wird, demselben vollen Glauben beizumessen und Inhaber dieses zu seinem Fortkommen behelflich zu sein, welches wir in jedem Falle zu erwidern bereit und willig sind.

So geschehen Elbing, den 1. Mai 1906.
Die Meister. Die Altgesellen.
H. Thimm. Hobbe Sanis.

Es ist ungeheuer dankenswert, daß derartige bedeutungsvolle Urkunden über die letzten Ausläufer einer längst überlebten Arbeiterbewegung von den modernen Gewerkschaften nicht mißachtet, sondern der Nachwelt überliefert werden. Den meisten fehlt freilich der historische Sinn, sie haben vor allem Interesse an der Gegenwart und an der Zukunft. Auch ihnen bietet überaus wertvolle Beleuchtung das Buch von Allmann. Schildert er doch auf Grund eigener Anschauung und fleißiger Studien die von uns miterlebten 25 Jahre deutscher Bäckerorganisation, dieses mühevollen Werdes, diese entfangungsreichen Arbeiten, dieses opfermutigen, immer neue Beginnen, diesen Kampf mit Kleinlichkeit und Nachsicht, mit Vorurteil bei den Segnern und in den eigenen Reihen, dieses Kampfes gegen übermächtige Gegner. Die Begleitung der Mitglieder hielt in der ersten Zeit die Organisation mehr zusammen als die heute unverständlich kleinen Unter-stützung, die noch auf dem Wege der Sammelkassen, der Fest-überschüsse, der Unterstützung befreundeter Organisationen zusammengebracht werden mußten. All das ist lehrreich, auch für die jungen Gewerkschaftler unserer Tage; es kann ihre Kritik an der Gegenwart klären und ihnen erst zeigen, was ihnen die Gewerkschaft bietet, was sie der Gewerkschaft zu danken haben. Die Abrechnungen aus den 1880er Jahren, die Urkunden aus jener Zeit, die Formen der Organisation, die Anfänge des Arbeiterschutzes, die statistischen Erhebungen, die Schwierigkeiten in der Verwaltung, all das ist geschildert. Aus tiefem Dunkel, aus den größten Mißlichkeiten entwickelt sich durch Zähigkeit und Opfer-mut eine Besserung aller Verhältnisse der Bäcker. Immer mehr wachse sie aus dem früher herrschenden Naturallohn in den Geldlohn hinein, früher unmögliche Forderungen werden nun zu Ertragenschaften, die soziale Stellung der Gehilfen den Meistern gegenüber hebt sich, aus den 600 Mitgliedern des Jahres 1895 entwickelt sich das respectable Armeekorps von 18200 Bäcker-gehilfen. Mit Stolz und Genugtuung kann die Organisation der Bäcker zurückblicken auf das, was sie in jener Zeit geleistet hat.

Auch der Verband der Konditoren hatte mit großen Schwierigkeiten zu rechnen, auch seine Geschichte ist bedeutungsvoll und ruhmvoll, wenn sie sich auch in noch kleinerem Rahmen abspielt, als der Kampf der Bäckergehilfen. Nun sind Bäcker und Konditoren vereint in einer Organisation, ein gutes Fachblatt, ein Eifer in den Mitgliedschaften, eine gute gewerkschaftliche Leitung läßt noch weit größere Eroberungen in der leider nur noch allzu indifferenten Gehilfenschaft des Bäcker- und Konditor-gewerbes erwarten. Das Buch von Allmann kann der Ausgangspunkt weiterer kräftiger Agitation werden und so ebenso nützlich für die Zukunft, wie es die Vergangenheit erleuchtet und erklärt.

In allen Gewerkschaften ist der Wunsch vorhanden, eine Geschichte der eigenen Organisation zu besitzen, aber erst wenigen konnte dieser Wunsch erfüllt werden. Wer die Schwierigkeiten dieser Arbeiten richtig würdigt, wird hierüber nicht erstaunt sein. Dann muß auch bedacht werden, daß praktische Arbeiten, Arbeiten, die der Tag bringt und zu denen der Tag zwingt, natürlich vorauszugehen müssen. So sehen wir, daß die Gewerkschaften der Fest-stellung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse weit mehr Aufmerksamkeit und Interesse schenken, weil diese Feststellungen für die praktische Arbeit der Gewerkschaften außer-ordentlich wichtig sind, weil sie zur Vorbereitung künftiger Lohn-bewegungen, zur Beurteilung von eigenen und fremden Tarifent-würfen unentbehrlich sind. Wer alles zusammenstellt, was die deutschen Gewerkschaften zur Aufhellung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geleistet haben, der muß ihnen das Zeugnis aus-stellen, daß sie das meiste zur Erkenntnis der Lohnverhältnisse und der Arbeitsbedingungen in Deutschland beigetragen haben. Die Statistik der Gewerkschaften, die sicherlich noch manche Verbesse-rung, eine größere Vereinheitlichung der Erhebungsmethoden und Verarbeitungsart vertragen würde, steht doch schon auf einem sehr hohen Niveau. Einer der besten Beweise hierfür sind die am Schlusse des vergangenen Jahres erschienenen

Erhebungen des Verbandes der Maler-, Radierer, Anstreicher, Tücher und Weißbinder Deutschlands über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse.

aufgenommen im Mai 1909. Herausgegeben vom Verbandsvorstand. (Hamburg 1909, Verlag von A. Tobler, Hamburg.) Eine derartige Erhebung ist nicht, wie das vielfach noch geglaubt wird, eine mehr oder minder überflüssige Verwendung von Geld-mitteln, eine Belästigung der Mitglieder und ihrer Vertrauens-männer und Beamten, sie steht vielmehr im engsten Zusammenhange mit der eigentlichen Aufgabe der Gewerkschaften, jede Verschlechterung der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren, Verbesserungen dieser Bedingungen durchzusetzen. Bei dem außerordentlichen Um-fange unserer Industrie, bei der Mannigfaltigkeit der Verhältnisse in den verschiedenen Orten, bei der Ausbreitung der gewerkschaft-lichen Organisationen, bei dem immer deutlicher zutage tretenden Tendenzen der Unternehmer, die Tarifverträge für möglichst weite Gebiete, wenn es irgendwie angeht, für das ganze Reich abzu-schließen, ergibt sich eine von Jahr zu Jahr wachsende Schwierig-keit für die Unterhändler der Gewerkschaften, über die Lage der Arbeiter und über die Grenzen, in denen Verbesserungen durch-gesetzt werden können, informiert zu werden. So wächst ständig das Bedürfnis nach statistischen Feststellungen in den Gewerkschaften und diesen Bedürfnisse entsprechen die Gewerkschaften durch eine rasch wachsende Zahl von immer gründlicher werdenden Erhebungen. Wer sich an die eben abgeschlossenen Verhandlungen über den Tarif der Maler erinnert, der erkennt deutlich den tiefen Zusammenhang zwischen dieser Statistik und den Tarifverhand-lungen. Zur Kühlung der Gewerkschaften gehören die Feststellun-gen über die Lohn- und Arbeitsbedingungen. Wenn sie so gründ-lich und so übersichtlich gemacht werden, wie dies von der Maler-

organisation geschehen ist, kann reich ihre Bedeutung weit über den Kreis des betreffenden Berufes. Wer z. B. bloß die Fest-stellungen der Lehrlingsstatistik genau betrachtet, erhält schon außerordentlich wertvolle Einblicke in dieses Gewerbe, nicht nur hinsichtlich der Lehrlingszucht, sondern auch in Bezug auf die eigenartigen Verhältnisse des Malerberufes. Im Gegensatz zu der stark hervortretenden Lehrlingszucht einer Gruppe von Meistern findet sich eine an Zahl bedeutendere, die keine Lehrlinge halten; vielfach weil sie keine erhalten, oft wohl aber auch, weil der überaus häufig unterbrochene Betrieb im Malergewerbe dem kleinen Meister das Halten von Lehrlingen unvorteilhaft er-scheinen lassen kann. Aus dieser Statistik ersehen wir auch, wie stark die Gewerkschaft die Verhältnisse zu Gunsten der Arbeiter ge-bessert hat. Im Jahre 1908 waren es noch 6,1 Proz., im Jahre 1909 bloß noch 2,5 Proz. der Befragten, die länger als 10 Stunden arbeiteten, dagegen kamen auf je 1000 Befragte Malergehilfen im Jahre 1906 518, im Jahre 1909 506, die weniger wie 10 Stunden zu arbeiten hatten. Die Arbeitszeit wird nicht nur nach ihrer Länge festgestellt, sondern auch der Beginn der Arbeitszeit und ihr Ende wird sehr genau untersucht. Neben der täglichen Arbeitszeit finden wir auch die wöchentliche dargestellt. Ueber den Wochenschluß, die Frühstückspausen, die Mittagszeit, die Vesper-pausen, die Stundenlöhne, für jeden Pfennig Steigerung von 25 bis 75 Pf. und außerdem noch die niedrigeren und höheren Löhne eingehend dargestellt. Gegenüber der Statistik von 1906 zeigt sich eine Erhöhung des Stundenlohnes um rund 5 Pf. Löhne über 60 und mehr Pfennige hatten im Jahre 1906 193, im Jahre 1907 aber 245 unter je 1000 Befragten. In diesem Verhältnis war die Zahl der mit niedrigen Löhnen bis 40 Pf. pro Stunde von 176 auf 92 zurückgegangen. Weitere Tabellen beschäftigen sich mit der Affordarbeit, mit den Zuschlägen für Ueberstunden, Nacht-arbeit und Sonntagsarbeit, mit der Ueberlandarbeit, den Betrieb-swechsel, mit der Arbeitslosigkeit, der Entfernung der Wohnung vom Arbeitsort usw. Die reichhaltig diese Statistik ist, ersticht man an dem Umstande, daß annähernd 60 verschiedene Feststellun-gen, die zur Charakterisierung der Arbeitsbedingungen notwendig sind, in diesem Buche trefflich verarbeitet, übersichtlich gruppiert dargestellt werden. Die Anordnung des Druckes macht sowohl dem Bearbeiter wie der Druckerei alle Ehre.

Auf einem anderen Gebiete der Sozialstatistik liegt die vom Vorstande des Deutschen Metallarbeiterverbandes bearbeitete und herausgegebene Untersuchung über

„320 Haushaltungsrechnungen von Metallarbeitern“.

Auf 169 zum großen Teil von Tabellen stark ausgenutzten Seiten finden wir da eine bedeutungsvolle Untersuchung über die Haushaltungsstatistik der Arbeiter. Die Zahl von 320 Haus-haltungsrechnungen ist eine außerordentlich ansehnliche, sie über-streift alle bisher gemachten Erhebungen von Gewerkschaften und Vereinen hinsichtlich der Zahl der verarbeiteten Jahresrechnungen, ja sie zeigt ein sehr ansehnliches Resultat im Verhältnis zu den 879 vom reichsstatistischen Amt verarbeiteten Haushaltungsrech-nungen. Ganz besonders bedeutungsvoll erscheint die Tatsache, daß von 400 ausgegebenen Haushaltungsbüchern 320 als Jahres-haushaltungsrechnungen zurückkamen. Das ist ein Ergebnis, wie es einzig dasteht, und wie es nur bei vorzüglicher Vorbereitung, genauester Auswahl der zur Arbeit herangezogenen Personen und ununterbrochener Interesse an der Arbeit möglich ist. Sehr erfreulich ist die Mitteilung, daß die Erhebungen fort-gesetzt werden, so daß man die Schwankungen im Haushalt des Arbeiters für längere Perioden beobachten können wird. Selbst diejenigen, die eine Angst vor vielen Zahlen haben, werden aus dieser Arbeit reichlichen Nutzen ziehen, denn die Verarbeitung im Text ist eine durchsichtige und interessante, sie gewährt wertvolle Einblicke in die Lebensbedingungen der Arbeiter. Das gelungene Experiment wird sicherlich auch andere Gewerkschaften zu ähn-lichen, hoffentlich auch den Metallarbeiterverband selbst zu noch umfangreicheren Arbeiten dieser Art veranlassen. Es ist an dieser Stelle und in diesem Zusammenhange nicht möglich, diese Arbeit in ihren Ergebnissen zu vergleichen, die vorangegangenen Arbeiten und ihre Resultate gegenüber zu stellen den allgemeinen Regeln, die Statistiker wie Ernst Engel, Stefan Bauer und andere aus dem bisherigen Material der Haushaltungsrechnung gezogen haben. Jedenfalls wird man bei künftigen wissenschaftlichen Erörterun-gen über die Haushaltungsrechnungen der Veröffentlichung des Deutschen Metallarbeiterverbandes große Aufmerksamkeit schenken müssen. Es wäre sehr bedauerlich, wenn diese Untersuchungen im Kreise anderer Gewerkschaften nicht die gebührende Beachtung finden würden. Lassen sich doch für alle Arbeiter Deutschlands für die Begründung ihrer Lohnforderungen, für die Erklärung ihrer Tarifentwürfe, für die Verteidigung ihrer Kämpfe sehr wertvolle Schlüsse aus diesen Materialien ziehen.

Die Gewerkschaften bilden heute große Verwaltungskörper. Diese in Ordnung zu halten, stets alles zu beachten, was im Interesse der Organisation liegt, was nach den Statuten beachtet werden muß, was unter verschiedenen Umständen zu geschehen hat, das ist nicht einfach zu entscheiden, sondern das ist eine ver-antwortungsvolle und wichtige Aufgabe, die man nicht zu-fälligen Ermägunen überlassen kann. Eine besondere Schulung der Vorstehenden, Kassierer, Schriftführer der Zahlstellen, aller der Personen, die für die Verwaltung zu sorgen haben, ist notwendig. Es ist nicht möglich, allen diesen Genossen ununterbrochen mit Lehren, mit Anregungen, mit Unterweisungen an die Hand zu gehen. Auch die Korrespondenz zwischen den einzelnen Zahlstellen und der zentralen Verwaltung muß immer die ordnungsgemäße Beachtung aller für die Verwaltung vorgesehenen Bestimmungen zur Voraussetzung haben. Deswegen hat sich das Bedürfnis herausgestellt, Lesebücher für die Beamten und die anderen Organe der Gewerkschaften herauszubringen. Diesen Büchern diene zu-meist als Beispiel

August Bringmanns Praktische Winke für die deutsche Zimmererbewegung.

die zum erstenmal im Jahre 1901 herausgegeben wurden, und soeben in dritter, verbesserter und vermehrter Auflage veröffent-licht wurden. Von 124 Seiten ist dieses Buch nun angewachsen zu 261, wozu noch eine Einleitung von 24 Seiten kommt. Bei der Reichhaltigkeit des Buches, bei der Mannigfaltigkeit seiner Unterweisungen, bei den zahlreichen Beziehungen verschiedener Teile des Buches genügt trotz seiner Ausführlichkeit das Inhalts-verzeichnis nicht, man sucht nach einem Register. Aber auch ohne dieses wird man rasch über die große Arbeit, die in den Gewerkschaften geleistet wird, und denen sich die Gewerkschafts-beamten zu widmen haben, unterrichtet. Hierin zeigt sich der große Wert dieses Buches für jeden, der in der Arbeiterbewegung steht, auch für die wenigen, die außer ihr sich befinden und zu ehelichem Anteil über die Tatsachen der modernen proletarischen Bewegung kommen wollen. Wichtig ist die klare und durchsichtige, jedermann verständliche Einteilung des Buches. Wie die Organisation ge-worden ist, wie man neue Zahlstellen gründet, wie man sich in Verfammlungen benimmt, wie man das Leben in dem Verban-de interessant macht, auch dort, wo es an geschulten Rednern fehlt, das wird außerordentlich glücklich auseinandergesetzt. Die Tätig-keit der einzelnen Beamten in der Organisation werden beleuchtet, die Stellung zu den anderen Gewerkschaften und zur sozialdemo-

Am 9. Februar, früh um 6 Uhr, starb nach kurzen, schweren Leiden mein herzlichgeliebter und guter Mann, der **Kassenangehörte Robert Weber** im 53. Lebensjahre. Dies geht schmerzhaft an **Frau Johanna Weber** geb. Klitzke. Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Fruchtstr. 43 aus nach dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde statt. 42632

Gesellen-Ausschuß der Berliner Tischler-Innung.
Robert Weber †
(9. Februar 1910.)
Einen Freund haben wir verloren, Schmerz und Wehmut erfüllt uns. Ein Jahrgang in unseren Reihen — pflichterfüllig. — Ein Vorbild uns allen.
Der Gesellen-Ausschuß. 607b

Deutscher Transportarbeiter - Verband.
Verwaltung Groß-Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Fensterputzer **Paul Weeck** am Sonntag, den 6. d. M., im Alter von 48 Jahren an Lungenerkrankung gestorben ist. 60/19
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 10. Februar, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Heilig-Kreuz-Kirchhofes, Charlottenburg, Wilmersdorfer Straße 62, aus statt. Die Verwaltung.

Nachruf.
Allen Kollegen und Bekannten zur Nachricht, daß unser Mitarbeiter der **Rürschner Paul Müller** nach längerem Leiden im Alter von 34 Jahren in seiner Heimatstadt Gannicht am 2. Februar verstorben ist. — Durch sein kollegialstes Verhalten und seinen aufrichtigen und ehrlichen Charakter werden ihm seine Mitarbeiter stets ein ehrendes Andenken bewahren. 6066
Die Kolleginnen und Kollegen der Firma **G. A. Hoffmann, Gut- und Nähmaschinen-Fabrik, Gneisenaustr. 33.**

Möbelfabrik Berolina
eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Sonntag, den 27. Februar 1910, vormittags 9 Uhr, im Geschäftszentral:
Generalversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Bilanz, 2. Wahl des Vorstandes und des Aufsichtsrates, 3. Geschäftliches. — Die Bilanz liegt zur Einsicht in unserem Geschäftszentral aus. 6026
D. Vorstand: K. Krebs, Karl Müller.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstagswahlkreis
Frankfurter Viertel, Bezirk 813
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Möbelpolierer **Robert Weber** Fruchtstr. 42, gestorben ist. **Ehre seinem Andenken!**
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Central-Friedhof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht 218/17 **Der Vorstand.**

„Männerchor Ost“ (M. d. A.-S.-B.)
Am Mittwoch, den 9. d. M., früh 5 Uhr, verstarb an Herzschwäche unser Sangesbruder **Robert Weber**
Wir verlieren in ihm einen guten Freund und Berater, der sich in seiner langjährigen Tätigkeit als Sänger sowie als Bundesvertreter die Achtung aller Sangesbrüder erworben hat.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. d. M., nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Fruchtstr. 42 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**
Die Sänger versammeln sich am 3 Uhr bei Kriemhild, Pallasstr. 52. 6096

Verband der Tapezierer. (Filiale Berlin.)
Am 7. Februar verstarb unser langjähriges Mitglied Kollege **Paul Rosenthal** (Sparstr. 22). 177/4
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 10. Februar, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause aus nach dem Heiligen Friedhof, Seestraße (Gde. Wilmersdorfer) statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Sechster Wahlkreis
Freitag, den 11. Februar, abends 8 1/2 Uhr:
Öffentliche Frauen-Versammlung
in der Berliner Backwarenerei, Abt. II, Chausseest. 64.
Tages-Ordnung:
Die preußischen Frauen im Wahlrechtskampfe.
Referentin: Frau Luise Zietz. — Freie Diskussion.
Der Vorstand: F. v. Frau Maria Rudolph, Müllerstr. 7. 234/20*

Am Mittwoch, den 9. Februar, verstarb nach kurzen, aber schweren Leiden im Alter von 52 Jahren unser Angestellter **Robert Weber**.
Wir verlieren in ihm einen braven und zu treuer Pflichterfüllung stets bereiten Mitarbeiter und werden ihm dauernd ein ehrendes Andenken bewahren.
Der Vorstand der Innungskrankenkasse der Tischlerinnung zu Berlin. 271/4

Orts-Krankenkasse der Möbelpolierer.
Todes-Anzeige.
Unser langjähriger Vorsitzender, der Möbelpolierer **Robert Weber** ist am 9. Februar an Herzschwäche gestorben.
Der sein Wirken für die Allgemeinheit kennt, wird ihm ein treues Andenken bewahren!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Fruchtstr. 42 aus nach Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand der Ortskrankenkasse der Möbelpolierer.**

Zum Küssen schön
ist ein Mund mit 
den bestexistierenden **Zähne 180 M**

Verband der baugewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.
Zweigverein Berlin und Umgegend.
Achtung! Kollegen! Achtung!
Die zu Sonntag, den 13. Februar, mittags 12 Uhr, geplanten öffentlichen Versammlungen der Bauhilfsarbeiter von Berlin und Umgegend finden wegen der Wahlrechts-Versammlungen an diesem Tage nicht statt, sondern acht Tage später. Die Lokale werden im Laufe der nächsten Woche im „Vorwärts“ bekanntgegeben. 29/4*
Der Zweigvereinsvorstand.

Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 9. Februar, verschied nach kurzen Krankenlager unser allerdienster Kollege **Robert Weber** im Alter von 52 Jahren.
Wir verlieren in ihm einen allseitig schätzten Kollegen. 271/3
Sein aufrichtiger Charakter ruft ihm ein ehrendes Andenken.
Die Kollegen der Innungskrankenkasse der Tischler.

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler **Karl Schwabbauer** am 8. Februar gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Februar, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des Heiligen Friedhofes, Chausseest. aus statt.
Am 8. Februar starb unser Kollege, der Maschinenarbeiter **Max Ewald**.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Februar, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Heiligen-Friedhofes in Nieder-Schönhausen-Korbend aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 78/18 **Die Ortsverwaltung.**

300 M. Belohnung
denjenigen, der uns nachweist, daß unsere Zähne nicht mit echten Platinstiften versehen sind. —
schmerzloses Zahnziehen 1 M.
von uns endlich erreicht und zur größten Berühmtheit der Reform-Zahnpraxis geworden Beweis: Freispruch derselben, während über 300 Zahnkünstler wegen Anknüpfung von schmerzlosen Zahnziehen verurteilt wurden.
Reparaturen von 1 M. an.
Reform Zahn-Praxis Carl Rudolph

Zentral-Krankenkasse der Maurer, Gipsler (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands.
Grundstein zur Einigkeit.
Die Mitgliederversammlung am Sonntag, den 13. Februar, fällt aus. Dafür findet dieselbe am Sonntag, den 20. Februar, im Lokale von Herrn Jannasch, Inselstraße 19, vormittags 10 Uhr, mit der bekannten Tagesordnung statt. Die örtliche Verwaltung.

Verband d. Bureauangestellten und der Verwaltungsbeamten der Krankenkassen und Berufsvereinigungen Deutschlands.
Ortsgruppe Groß-Berlin.
Am 8. Februar verstarb unser Mitglied **Robert Weber** (Annungs-Krankenkasse der Tischler).
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Fruchtstr. 42 aus statt.
Um rege Beteiligung ersucht 45/8 **Der Vorstand.**

Todes-Anzeige.
Am 28. Januar verstarb plötzlich an Herzschlag unser guter Vater, der Restaurateur und Reisende **Hugo Lindner**.
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 10. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Reform Zahn-Praxis Carl Rudolph
1. Praxis: Elsasser Str. 14.
2. „ Friedrichstr. 35.
3. „ Oranienstr. 61.
4. „ Pallasstr. 100.
5. „ Meibit, Mullenstr. 63.
6. „ Charlottenb., Wilmersdorfer Str. 117.
7. „ Lichtenberg, Frankfurter Allee 109.
8. „ Spandau, Neuenfelder Str. 100.
Bequeme Zahlungsweise.
Eigene Fabrikation im Hause!

Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Goran“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung.
Bilanz per 31. Dezember 1909.
Aktiva.
Kassa-Konto 5,84 M.
Gewinn- u. Verlust-Konto 475,94 M.
Summa 479,18 M.
Passiva.
Anteil-Konto 400,00 M.
Reservefonds-Konto 78,95 M.
Summa 479,18 M.
Die Mitgliederzahl betrug zu Anfang des Geschäftsjahres 21 Mit dem Schlusse des Geschäftsjahres (Scheiden aus durch Austritt) 18 Mitgliederzahl bei Beginn des neuen Geschäftsjahres 18 Die Mitgliederzahl betrug zum 31. Januar 1910 18 Die Kassums hat sich um 100 M. vermindert. Gesamtsumme 1050 M. Liquidations-Bilanz per 31. Januar 1910.
Aktiva.
Gewinn- und Verlust-Konto 3,94 M.
Reservefonds-Konto 3,94 M.
Zust. Beschluß der Generalversammlung vom 21. Januar 1910 wurde der Brutto durch Abschreibung von den Mitgliedsverpflichtungen und Reservefonds gebildet. 103/10
Die Firma **Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Goran“**, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, hat sich aufgelöst. Die Gläubiger der Genossenschaft werden aufgefordert sich zu melden. Berlin, 21. Januar 1910.
Barbier- und Friseur-Genossenschaft „Goran“, eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftung, in Liquidation.
Paul Liero, Otto Wormke, Julius Langner. 103/11*

Arbeiter-Bildungsschule.
Sonntag, den 13. Februar 1910, abends 7 1/2 Uhr, im **Königstadt-Kasino, Goldmarkstr. 72:**
Vortrag des Genossen **Tarnow** über: **Andreas Hofer und seine Zeit** (Zur Erinnerung seines 100jährigen Todestages). Eintritt 20 Pfennig. 6/8* Garderobe frei.
Vortrag: **Gemüthliches Frischaussein und Tanz.**

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Möbelpolierer **Robert Weber** im Alter von 53 Jahren verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 11. Februar, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Fruchtstr. 42 aus nach dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung ersucht 78/19 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
Zahlstelle Berlin.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege **Hugo Lindner** Wilmersdorfer Str. 67, Bezirk 4 verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute Donnerstag, den 10. Februar, nachmittags 2 Uhr, von der Leichenhalle des Central-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt. 74/8
Um rege Beteiligung ersucht **Die Ortsverwaltung.**

Masken-Garderobe
Carl Ernst
(Ruhbar Willi Ernst)
Lebt: Köpenicker Str. 55 b, I. Amt IV, 14009.
Gr. Auswahl! Bill. Preise!
Vorzügel dieser Annonce enthält 10 Dros. Kreiermählung.

Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher etc. — Küchenmöbelbranche. —
Freitag, den 11. Februar 1910, abends 8 1/2 Uhr:
Branchen-Versammlung
der Küchenmöbelmaler
im „Englischen Garten“, Alexanderstraße 27a.
Tages-Ordnung:
Stellungnahme zur nächsten Lokalbewegung. Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung erwartet das Erscheinen aller Kollegen 128/15*
Der Obmann.

Branche der Möbelpolierer. (Holzarb.-Verband, Zahlst. Berlin.)
Den Kollegen zur Nachricht, daß eines unserer ältesten Mitglieder, der Kollege **Robert Weber** im Alter von 53 Jahren nach kurzem Krankenlager verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet Freitag, den 11. Februar, nachm. 3 1/2 Uhr, vom Trauerhause Fruchtstr. 42 aus nach dem Gemeindefriedhof in Friedrichsfelde statt.
Um rege Beteiligung wird gebeten. 78/20
Die Branchenleitung.

Deutscher Kürschner-Verband
Filiale Berlin.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 2. Februar unser Kollege **Paul Müller** in Gemüthlichkeit an der Schwindsucht verstorben ist. 102/2
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Schmiede
Zahlstelle Berlin.
Bureau und Arbeitsnachweis: Untenstr. 73. Telefon: Amt II, 6819.
Heute Donnerstag, den 10. Februar, abends 8 1/2 Uhr, in **Dräsel's Festsaal, Neue Friedrichstr. 35:**
Große ordentliche General-Versammlung
Tages-Ordnung:
1. Abrechnung vom 4. Quartal 1909 und Abrechnung des Vergütungsausschusses. 2. Bericht der Kommission zur Vorbereitung der Anträge zur Generalversammlung in München. 3. Beschlußfassung über das revidierte Arbeitsnachweis-Reglement. 4. Anträge der Verwaltung und der Mitglieder. 5. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimiert. Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Kollegen! Wir erwarten zu dieser Versammlung einen recht zahlreichen Besuch; insbesondere erwarten wir von unseren Vertrauensleuten, daß sie alle Kollegen auf diese äußerst wichtige Versammlung aufmerksam machen und auch jeden Kollegen zum Besuch dieser Versammlung anhalten.
Die Ortsverwaltung.

Dankagung.
Für die herzliche Teilnahme und die Kranzsenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau **Nathilde Rosenhain** geb. Schimmske sage ich hiermit allen Verwandten, Bekannten und Kollegen der Deutschen Waffenfabrik meinen innigsten Dank. 6065 **Hermann Rosenhain**

Möbelfabrik
Julius Apelt, Tischler-Meister
6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
Moderne Musterzimmer: von den einfachsten bis zu den elegantesten stehen zur Ansicht zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Möbelfabrik
Julius Apelt, Tischler-Meister
6. Adalbertstraße No. 6 Hochbahnhof Kottbuser Tor
Komplette Wohnungs-Einrichtungen
Moderne Musterzimmer: von den einfachsten bis zu den elegantesten stehen zur Ansicht zu soliden Preisen in meinen großen Fabrik- und Verkaufsräumen. — Auf Wunsch Zahlungsvereinfachung.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am 12. d. M. veranstaltete der Quartettverein „Liederhain“ im Restaurant von Gutische, Landw. Kaiser-Wilhelm-Straße, einen Maskenball.

Am gleichen Tage veranstaltete der dortige Arbeiter-Gesangverein in „Ebel's Volksgarten“ einen Maskenball.

Spandan. Am Freitag, den 11. Februar, abends 7 Uhr, findet von den Bezirkslokale eine wichtige Flugblattverbreitung statt.

Bernau-Königenthal. Heute abend Jahlabend in den Bezirkslokale. Für Bernau: 1. und 2. Bezirk im Restaurant „Elysium“.

Parteienoffen! In allen Jahlabenden soll über den Agitationsbeitrag, der für den Kreiswahlverein zur Erhebung gelangen soll, abgestimmt werden.

Berliner Nachrichten.

Aus dem Verfassungskomitee der Kirche.

Die Wirschehen sind den Geistlichen aller Konfessionen gleichermaßen verhasst, weil von solchen Ehebündnissen in der Regel Leide der beteiligten Konfessionen profitiert.

In den fünf Jahren 1905-1909 wurden in Berlin 22 276, 28 245, 28 313, 21 799, 21 209 Ehen geschlossen, darunter waren 3675, 3897, 3995, 3788, 3855 Wirschehen.

Es darf als sicher angenommen werden, daß in den folgenden Jahren die Zahl der Wirschehen noch gewaltiger answellen wird.

Ueber die Vorkommnisse im Virchow-Krankenhaus teilt der Magistrat mit:

In der Sitzung der städtischen Krankenhausdeputation vom 9. Februar erstattete der Vorsitzende Stadtrat Dr. Weigert namens der in der vorigen Sitzung eingesetzten Untersuchungskommission Bericht über das Ergebnis ihrer Ermittlungen.

Das Verhalten der aus dem Leben geschiedenen Schwester Rosenkranz nach dem ihr erteilten Verweise hat ergeben, daß der Selbstmord eine Folge der ihr erteilten Rüge oder das Verhältnis der Oberin ihr gegenüber nicht gewesen sein kann.

Aus allen diesen Feststellungen heraus kam die Kommission nur zu der negativen Feststellung, daß der Selbstmord nicht eine Folge des ihr erteilten Verweises gewesen sein kann, und daß sich eine Erklärung für die Tat nicht hat finden lassen.

Schließlich schlägt die Untersuchungskommission, die alle ihre Beschlüsse einstimmig gefaßt hatte, noch die Einlegung einer Kommission vor, die auch die allgemeinen Verhältnisse im Rudolf-Virchow-Krankenhaus untersuchen soll und feststellen soll, ob die bei diesem Anlaß erhobenen Klagen begründet sind.

Wir hätten vor allem den dringenden Wunsch, daß die Untersuchungskommission sich auch eifrig der Patienten annähme.

Polizei und Kraftwagenführer. Das Polizeipräsidium veröffentlicht folgende Mitteilung: In gelegentlichen Zuschriften des Publikums, welche in den Tageszeitungen veröffentlicht werden, wird sehr häufig der Auffassung Ausdruck gegeben, als ob die Polizeibehörde nicht energisch genug gegen die Führer von Kraftfahrzeugen, welche namentlich durch zu schnelles Fahren die bestehenden Bestimmungen verletzen und die Sicherheit der Straße gefährden, einschreiten.

Wir müssen offen gestehen, daß wir nicht der Auffassung gewesen sind, als ob die Polizei die Kraftfahrzeugführer zu wenig im Gegenteile! Vielfach erfolgen gegen diese Führer Anzeigen ganz unangemessener Weise, und die vom Polizeipräsidenten angegebene Zahl der erlassenen Strafmandate legt deutlich Zeugnis ab von dem Verhalten der Polizei gegen Kraftfahrzeugführer.

Die unsittlichen Vorgänge im städtischen Obdach, welche die „Zeit am Montag“ an die Öffentlichkeit gezogen hat, geben dem „Berliner Lokal-Anzeiger“, der auf die Sensation des Montagblattes weiterleitet, den Anlaß zu einem heftigen Ausfall gegen die Obdachlosen.

Das Scherblatt hat einen Mitarbeiter nach dem Obdach entsandt, der unter Führung des Obdach-Oberinspektors Jädel durch ein Sudloch in einen Teil der zahlreichen Schlafsäle hinein sah und — natürlich! — alles in wunderlichster Ordnung fand.

Aus der Parteideputation. Die gestrige Sitzung beschäftigte sich mit der einheitlichen Regelung der Verhältnisse desjenigen Gartenpersonals, von dem eine besondere Vorbildung verlangt wird.

Zwisch Erhaltung einer sehr alten, gesunden Karpel als letztes Wahrzeichen der Neuhöhe soll beim Magistrat und bei der Stadtverordnetenversammlung eine Forderung der Bauverwaltung an der Vorkaufsstraße, an der südwestlichen Seite des Schillerparks, beantragt werden.

Ein Antrag der A. E.-G. betraf die Schaffung eines Eingangstores zu ihrem Grundstück von der Gustav-Neber-Allee aus. Die

Erlaubnis soll abhängig gemacht werden von der Bedingung, daß die Gesellschaft für Verrichtung der Hand- und Fußniederschläge Sorge trägt. Die Möglichkeit sei vorhanden.

Einem Antrage der Verwaltung des Lottototalausfalls um Ueberlassung eines Geländes vom Plänterwald für den Bau eines Kanal-dienstgebäudes wird zugestimmt mit der Maßgabe, der Bauverwaltung einen Hofstreifen von 50 Meter Länge als Anlegestelle freizugeben.

Das Militär-Luftschiff Nr. 3, das gestern vormittag zu einer Fernfahrt nach Jüterbog aufgestiegen war, traf um 4 1/2 Uhr wieder über dem Tegeler See ein.

Kein gemeinsames Obdachloshaus für Groß-Berlin. Ueber die Zweckmäßigkeit der Errichtung eines gemeinsamen Asyls für Obdachlose in Groß-Berlin fand gestern im Rathaus zu Charlottenburg eine Besprechung statt, bei der die Gemeinden Berlin, Charlottenburg, Schöneberg, Nizdorf, Wilmersdorf, Weihensee, Lichtenberg, Friedenau und Panitzsch vertreten waren.

Warnung. Der Polizeipräsident teilt mit: In hiesigen und auswärtigen Zeitungen wird unter dem Namen G. A. Mann, rue du Louvre 48, Paris, in auffälliger, marktschreierischer Inszenierung ein Heilverfahren „Radiopathie“ gemacht und in problematischer Weise allen, selbst den unheilbarsten Kranken, sichere Heilung versprochen.

Robert Weber, einer der treuen und kräftigen Vorkämpfer aus der Zeit des Sozialistengesetzes, ist am 9. Februar im Alter von 52 Jahren infolge eines schlimmen Herzleidens gestorben.

Von einem Kran getötet. Ein Unfall mit tödlichem Ausgang ereignete sich gestern mittig in der A. E.-G. in der Brunnenstraße. In der sogenannten Halle für Hochspannungen war dort der 25-jährige Monteur Wilhelm Jänide aus der Stromstr. 81 mit Montagearbeiten auf dem Laufbrette eines Lauftranes beschäftigt.

Mit Gas vergiftet hat sich das 19 Jahre alte Dienstmädchen Elise Stregitz, die Tochter eines Schneidemeisters aus Sachsen-Anhalt, die erst seit 8 Tagen bei einem Fabrikbesitzer in der Ruslaner Str. 37 in Stellung war.

Ein tödlicher Straßenbahnunfall ereignete sich am Mittwochmorgen gegen 5 Uhr in der Raakenstraße. Hier spielten eine Anzahl Kinder, die, als das manövrierende Militär-Luftschiff Nr. 3 sichtbar wurde, interessiert aufschauten und die Bewegungen des Ballons verfolgten.

Ein schwerer Zusammenstoß ereignete sich gestern vormittag an der Kreuzung der Brandenburg- und Oranienstraße zwischen dem Straßenbahnwagen 1274 der Linie 12 und der Kraftdroschke 786. Der Straßenbahnwagen sah die Droschke an der Hinterachse und zerrümmerte sie.

Mittellostigkeit scheint den 22 Jahre alten Felix Reutwig aus Münsterberg in Schlesien in den Tod getrieben zu haben. Der junge Mann kam vor vier Wochen hierher, angeblich aus Konstanz und bewohnte in der Friedrichsgracht 9 ein mobliertes Zimmer.

Im Dienste tödlich verunglückt ist gestern der 89 Jahre alte Mangierer Karl Martelod aus der Kapbachstraße 7. Beim Zusammenstoßen von leeren Wagen auf dem Anhalter Güterbahnhof geriet er zwischen zwei Wägen, die ihn an der Körperseite so schwer verletzten, daß er auf der Stelle verschied.

Ein Fahrradwärtler hat gestern in der Rosenhaleer Straße 26, in der Zeit zwischen 5 und 6 Uhr abends, ein Weichschrad mit der Nr. 7330 gestohlen. Da der Besitzer des Rades hastig nach werden Personen, die über den Verbleib des Rades Auskunft geben können, gebeten, diese an Gähler, Hollmannstr. 41, gelangen zu lassen.

Gesperrt. Das Schöneberger Ufer vom Kreuzdamm Schöneberger Ufer-Flottweilstraße bis zur westlichen Einfahrt des Potsdamer Güterbahnhofs einschließlich und die Flottweilstraße von der Lützowstraße bis zum Kreuzdamm Schöneberger Ufer-Flottweilstraße werden wegen Sanitationsarbeiten bis auf weiteres für Fuhrwerke und Reiter streckenweise gesperrt, und zwar zunächst die Strecke westliche Einfahrt des Potsdamer Güterbahnhofs bis zur nördlichen Seite der Straße am Karlsbad und alldam von der Straße am Karlsbad bis zur Lützowstraße.

Keugen gesucht. Personen, die gesehen haben, wie am Dienstag, den 8. Februar, abends kurz vor 11 Uhr, auf dem Bahnhof Reinickendorf ein Mann von einem Bahnbeamten nach dem Bahnhofsgebäude transportiert wurde, werden gebeten, ihre Adresse bei H. Hennig, Ufermünder Straße 13, abzugeben.

Händler-Wahlkreis. Eine Stola ist beim Marcel Salzer-Abend in den Sophienkaten gefunden worden. Abzuholen bei Hansch, „Vorwärts“-Expedition, Auguststr. 50.

Dachstuhlbrand in Moabit. Das villenartig gebaute Grundstück Stegmannsdorf, Ecke Schleswiger Ufer, das der Berliner Grundverwertungs-Gesellschaft gehört, wurde gestern früh von einem großen Dachstuhlbrande betroffen, der die Wehr länger als vier Stunden beschäftigte. Der Dachstuhl des rechten Flügels wurde total zerstört und erst gegen 7 Uhr waren die Aufräumungsarbeiten beendet.

Vorort-Nachrichten.

Bris.

Die letzte Gemeindevertretung beschloß die rückständigen Gemeindesteuerverträge von nach außerhalb verzogenen Einwohnern in Höhe von 1 M. niederkzuschlagen. Gen. Kising forderte das gleiche auch in bezug auf die rückständigen Steuern für hiesige Einwohner, sobald die Porto- und Einzugsgebühren das Objekt übersteigen. Dem widersprach der Vorsitzende. Des weiteren wurden gegen den Vorsitzenden die Vorwürfe erhoben, daß das Ortsstatut noch nicht herangezogen sei. — Dem Eigentümer F. Gude, Mariendorfer Chaussee, wurde die Baugenehmigung erteilt, da derselbe die von der Gemeindeverwaltung geforderten 9000 M. für Straßenregulierung rückgestellt hat. Das am Teltowkanal gelegene Grundstück des Eigentümers Matthes soll im Wege der Enteignung erworben werden. Des weiteren gab der Vorsitzende bekannt, daß der Rigdorfer Spar- und Bauverein seine Häuser Virgerstraße 84 und 85 der Gemeinde zum Ankauf angeboten hat. Hierfür ist zurzeit jedoch keine Verwendung vorhanden. Ebenfalls wurde berichtet, daß die Große Berliner Straßenbahn auf der Briger Straße des Südringes den Dreißigminuten-Verkehr einleitet hat. Mit der Ergänzung der Linie 47 ist somit in der Rudower Straße der Fünfzehnjährigen-Verkehr durchgeführt. Die Gemeindevertretung wies alldam entschieden den Vorwurf Rigdors zurück, daß Brig Rigdorf betriebs der Krankenhauverwaltung Schwierigkeiten gemacht habe. In den Gemeindesteuer-Ausschuss für 1910 wurden die bisherigen Mitglieder wiedergewählt. Der letzte Punkt: Veräußerung von Grundstücksflächen, wurde für die anschließende nichtöffentliche Sitzung vertagt.

Rigdorf.

Ein Stillschickantentent verfuhrte gestern nachmittags 4 1/2 Uhr ein etwa 23jähriger Mann von mittlerer Figur im Hause Weisestraße 4 an einem 5 1/2jährigen Mädchen auf der Treppe zu begehen. Auf das Geschrei des Kindes eilten dessen Mutter wie auch noch mehrere Frauen herbei, worauf der Fremde die Flucht ergriff. Trotdem die Frauen sofort die Verfolgung des Unholdes vornahmen, gelang es letzterem leider zu entkommen.

Charlottenburg.

Die Parteigenossen, Mitglieder und Freunde des Genossenschaftswesens werden darauf hingewiesen, daß der hiesige Konsumverein am Sonntag, den 13. Februar, nachmittags 5 Uhr, im Volkshaus, Heiner Saal, eine Warenausstellung veranstaltet. Mit Rücksicht auf den hohen agitatorischen Zweck einer solchen Ausstellung wird um recht zahlreichen Besuch ersucht. An die Ausstellung schließt sich dann ein fröhliches Beisammensein mit Tanz.

Die Verwaltung des Konsumvereins.

Potsdam.

In der Havel ertrunken ist gestern der dreijährige Sohn des in der Neuen Königstraße 28 wohnhaften Kaufmanns Albert Post. Der Knabe begab sich häufig zum Spielen an das Havelufer. Gestern mittag wurde derselbe vermißt. Der Vater eilte nach der Havel, wo er zu seinem Entsetzen einen Körper im Wasser treiben sah. Von einem Schifferknecht aus gelang es ihm, den schwimmenden Körper zu erfassen, in dem er seinen Sohn wiedererkannte. Sofort wurde die städtische Feuerwehr requiriert, deren Samariter unter Hinzunahme eines Arztes Sauerstoffinhalationen vornahm, doch gelang es nicht mehr, das Kind, das offenbar schon längere Zeit im Wasser gelegen hatte, ins Leben zurückzurufen.

Eine Kindesmiffhandlung wie in Potsdam verschiedentlich erörtert. Die Polizei hat gestern auf Grund einer Anzeige den aus der ersten Ehe stammenden Sohn des Feuerwehrmannes Gustav Schiedel, der im Hause Saarmunder Straße 6 wohnt, von den Eltern weggenommen und ins Verforgungsheim gebracht. Das Kind war über und über mit Striemen bedeckt, hatte eine große Schramme auf der Brust und offene Wunden am Unterleib. Gegen die Eltern ist Strafanzeige erstattet.

Reinickendorf-Rosenthal.

Unter ständischen Wegeverhältnissen haben die zu Tausenden hier beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen zu leiden, die des Morgens, vom Bahnhof Reinickendorf-Rosenthal kommend, die Hauptstraße entlang durch einige Nebenstraßen nach dem Bergmannischen Betriebe zu streifen. Wie aus einer mit zahlreichen Unterschriften versehenen und überlieferten Zuschrift hervorgeht, ist auf dem ganzen Wege eine einzige Laterne anzutreffen, dabei befinden sich die Straßen in einem so miserablen Zustande, daß namentlich bei unglücklicher Witterung eine Lebensgefahr für die Passanten besteht. Eine ständige Unfallgefahr ist auch für die Fußgänger bei Eiswetter vorhanden.

Wir können uns nicht denken, daß der Gemeinde dieser hier geschilderte Mifstand unbekannt ist. Jedenfalls ist es doch eine Pflicht der Gemeindeverwaltung, noch ehe ein Unglück passiert, für genügende Beleuchtung wie auch für Instandsetzung der Straßen Sorge zu tragen.

Bernau.

Diebstähle in Laubkolonien. Als sich vor einigen Tagen der hiesige Stadtförster Pippert auf dem Reviergange befand, bemerkte er einen jungen Menschen, welcher mit einem mit Säcken beladenen Handwagen des Weges kam. Da derselbe beim Anblick des Försters stuchte, hielt ihn derselbe an und untersuchte die Säcke. Es befanden sich in denselben eine ganze Anzahl Jacketts, Westen, Leberzieher, Kleider- und Schubbüchsen, ein ganz neues Jagdgewehr (Doppelflinte) und verschiedene andere Sachen. Da der Mann sich über den rechtmäßigen Besitz der Sachen nicht ausweisen konnte, benachrichtigte der Förster die hiesige Polizei, welche den Verdächtigen als den vielfach vorbestraften ledigen Maurer Paul Holzinger von hier feststellte. Wie jetzt ermittelt wurde, stammen sämtliche Sachen aus Laubendiebstählen, welche schon seit längerer Zeit fortgesetzt in den Laubkolonien an der Stettiner Bahn verübt wurden. Die Sachen liegen zur Rekognoszierung auf dem hiesigen Polizeibureau.

Vermischtes.

Brand einer Grubenhalde bei Bahze. In unmittelbarer Nähe der Königin Luise-Grube bei Bahze ist, wie von dort berichtet wird, eine große Grubenhalde in Brand geraten. Die Halde entzündete sich bereits vor acht Tagen von selbst. Der Brand konnte trotz aller Mühen nicht gelöscht werden. In der vergangenen Nacht kam das Feuer zum offenen Ausbruch und der Grubenverwaltung bleibt nichts anderes übrig, als die Gefahr durch Abtragen der Halde zu beseitigen. Ueberaus lästig ist der gewaltige Rauch, der sich bei dem Brande entwickelt. Er wird vom Wind in den dicht bei der Grube liegenden Ort getrieben und bedeutet für die Bergarbeiterfamilien, da er giftige Gase mit sich führt, eine nicht geringe Gefahr. Sämtliche Fenster müssen geschlossen bleiben. Bis jetzt sind viele Warenvorräte vernichtet worden. Unfälle sind nicht zu befürchten.

Die Hochwassergefahr.

Vom gestrigen Tage liegt aus Paris folgende Meldung vor: Da die Regierung, obwohl die Lage nicht bedrohlich ist, mit der Möglichkeit einer neuen Ueberflutwemmung in Paris rechnet, so hat der Ministerpräsident angeordnet, die gegen das Hochwasser getroffenen Maßnahmen vorläufig noch aufrecht zu erhalten. In den Stadtvierteln, die möglicherweise betroffen werden könnten, sollen die Kostige wieder hergestellt werden. Die Geländer der Kais in Berey und Passy werden erhöht, die nach der Seine hinausgehenden Fensteröffnungen der unterirdischen Bahnlinsen sollen verstopft werden.

Eine Pariser Meldung von gestern mittag lautet: Die Seine ist in den letzten 24 Stunden um 21 Zentimeter gestiegen. Für morgen wird ein neues Steigen um 80 Zentimeter erwartet. Im Quartier de la Gare ist der Straßendamm des Canal d'Orly in einer Länge von 80 Metern mit Wasser bedeckt.

Wie aus einem Telegramm aus Stuttgart hervorgeht, werden aus dem Jagittal starke Ueberflutwemmungen gemeldet. Das Tal von Elmungen bis Westhausen ist ein See. Die Verbindung zwischen Trochtelfingen und dem Bahnhof ist unterbrochen. Bei Kalen

wurde durch die Nebenflüsse des Kochers weit hin das Tal überschwemmt.

Hein und Redar sind, einer Meldung aus Mannheim zufolge, infolge des anhaltenden Regenwetters der letzten Tage rapid gestiegen. Der Wasserstand des Rheins betrug gestern früh 5,63 Meter, der des Neckars 5,98 Meter.

Ein Todesurteil. Wie aus Freiburg (Schweiz) gemeldet wird, hat das Schwurgericht von Romet nach fünfjähriger Verhandlung den Schlächter Jules Mailard zum Tode verurteilt. Die Geschworenen erklärten ihn schuldig, im Jahre 1908 seine erste Frau und im Jahre 1909 seine zweite Frau mit Arsenik vergiftet zu haben. Um den Verdacht von sich abzulenken, hatte der Mörder das Verbrechen begangen, als die zweite Frau das vierte Kind gebar. Eine junge Magd des Schlachthofes, die der Weisheit bei der zweiten Vergiftung angeklagt war, wurde freigesprochen.

Der Raubmörder von Boguslawice verhaftet.

Der Raubmörder Michael Kocinski, der verdächtigt ist, den achtfachen Mord an der Familie Wasielewski in Boguslawice verübt zu haben, ist, wie der Untersuchungsrichter von Pleschen mitteilt, in Bendzin in Rußland verhaftet worden.

Eingegangene Druckschriften.

Die soeben erschienene Nummer 4 des „Postillon“ enthält an Vollbildern und Illustrationen: Faschingszug. — Solome. — Die Diamanten in Laderbüchse. — Dementierkunst. — Der Gemüthliche. — Am Tage nach der sozialen Revolution. — Am. — Aus dem Texte erwähnen wir: Marmorne Zukunft. — Aus höheren Regionen. — Aufruf! — Der Romet. — Ideenassoziation. — Edellens Blut und Ende. — Weltpolitisches aus Trotten-dorf. — U.

Der Preis der Nummer ist 10 Pf. Grobnummern sind jederzeit durch den Verlag Paul Singer in Stuttgart sowie durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Beiträge zu den Krankheiten der Postbeamten. Von Dr. H. L. Hienstadt. II—IV. Teil. 1,50 M. Deutscher Postverband, Berlin, Große Hamburger Straße 17.

Antistischer Marktbericht der städtischen Marktbaßen-Direktion über den Großhandel in den Central-Markthalen. Marktlage: Rieflisch Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr knapp, Geschäft normal, Preise fest. Geflügel: Zufuhr reichlich, Geschäft etwas lebhaft, Preise befriedigend. Fisch: Zufuhr in Blaufischen mäßig, Geschäft lebhaft, Preise für Blaufische im allgemeinen hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Süßfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft sehr still, Preise fast unverändert.

Witterungsbericht vom 9. Februar 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 11 Uhr	Stationen	Barometer-stand am Morgen	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. 11 Uhr
Stettin	756 B	1	W	1 heiter	-1	Daprun	743 B	4	W	4 bedeckt	-9
Damberg	759 B	2	W	2 heiter	0	Uetersen	743 B	2	W	2 heiter	-7
Berlin	757 B	2	W	2 heiter	-2	Schw.	748 B	4	W	4 wolfig	-7
Frankfurt	759 B	3	W	3 bedeckt	2	Alten	745 B	3	W	3 heiter	-8
München	755 B	3	W	3 heiter	2	Wien	—	—	—	—	—
Wien	754 B	1	W	1 heiter	3						

Wetterprognose für Donnerstag, den 10. Februar 1910.
Wolfig heiter, nachts Frost, um Mittag gleichmäßig mild bei möglichen nordwestlichen Winden; keine oder unbedeutliche Niederschläge.
Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am		Wasserstand	am		am	
	8. 2.	7. 2.	8. 2.	7. 2.		8. 2.	7. 2.	8. 2.	7. 2.
Remel, Elbe	405 ²⁾	+8	407 ²⁾	+8	Saale, Großh.	145	+3	145	+3
Bregel, Jüterburg	28	+16	28	+16	Havel, Spandau ¹⁾	124	+1	124	+1
Wischel, Thom	116 ²⁾	+22	116 ²⁾	+22	Havel, Rathenow ¹⁾	153 ²⁾	-1	153 ²⁾	-1
Oder, Ratibor	198	+49	198	+49	Spre, Spremberg ¹⁾	96	0	96	0
• Krosen	153	+2	153	+2	• Daeslow	171	+1	171	+1
• Frankfur	167	+8	167	+8	• Weier, Müden	58	+76	58	+76
• Warthe, Schirum	96	+14	96	+14	• Müden	177	+59	177	+59
• Landberg	75	+13	75	+13	• Rhein, Magmillandau	520	+78	520	+78
• Rege, Borsdamm	48	+9	48	+9	• Raab	280	+18	280	+18
• Elbe, Letternich	14	+2	14	+2	• Rahn	386	+50	386	+50
• Dresden	-109	+3	-109	+3	• Redar, Heilbronn	290	+151	290	+151
• Harz	179	+2	179	+2	• Rain, Wertheim	221	+41	221	+41
• Magdeburg	145	0	145	0	• Roßel, Trier	486	+171	486	+171

¹⁾ + bedeutet Hoch, — Nied. — ²⁾ Unterbezel. — ³⁾ Eisstand. — ⁴⁾ Beizel von der Reichsgrenze bis zur Mündung eisfrei. — ⁵⁾ eisfrei.
Nach telegraphischer Meldung von heute ist die Oder bei Ratibor stark gestiegen. Der Wasserstand betrug morgens 281 cm, lag aber noch unterhalb der Ausflutungshöhe.

Nur noch Donnerstag, Freitag und Sonnabend



Besonders hervorzuheben sind:

Die noch vorhandenen Rest-Bestände aus dem

Inventur-Verkauf

stehen nur noch Donnerstag, Freitag, Sonnabend zum Verkauf

Verkauf nur Jerusalemer Strasse 38-39

Grosse Posten
Damen-Stiefel und Halbschuhe
Chevreau und Boxcalf
Stiefel, nur kleine Nummern,
Schuhe, grosse u kleine Nummern
extra billig, durchweg **5.80**

Grosse Posten
Damen-Tanz-Schuhe
in den verschiedensten elegantesten Ausführungen
besonders preiswert **2.75 4.75 6.75**

Grosse Posten
Herren- und Damen-Stiefel
Chevreau, Boxcalf, braun Chevreau
in vielen Fassons und Ausführungen
9⁷⁵ 11⁷⁵ 13⁷⁵
Serie I Serie II Serie III
früher 12⁵⁰ früher 15⁵⁰ früher 18⁵⁰
Die früh. Preise sind an jedem Paar Stiefel deutlich erkennbar

Grosse Posten
Damen-Haus-Schuhe sehr preiswert
Kamelhaar-Art
in verschiedenen Qualitäten
1.10 1.75 2.25 3.00
Ein Posten
Damen-Leder-Haus-Schuhe
mit Absatzfleck, schwarz, braun, bordeaux,
sehr vorteilhaftes Angebot .. durchweg **2.80**

Kein Kaufzwang! Um Besichtigung der Waren wird gebeten!